

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat.  
 Einzelhefte: 3 Pf. monatlich, 1,10 Mark pro Quartal.  
 Einzelhefte: 2 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtsblätter 30 Pf., für „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedruckte und Schließzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 14 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. Oktober 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Proklamation der portugiesischen Republik.

(Von unserem F. R.-Korrespondenten)

Lissabon, den 14. Oktober. Wir hatten im vorigen Artikel gesagt, daß der erste Zusammenstoß der Revolutionäre — Soldaten und Zivilisten — mit den Verteidigern der Monarchie mit einem glänzenden Siege der republikanischen Streitkräfte endete und wir hatten hinzugefügt, daß ohne einen schweren taktischen Fehler der Royalisten der erste republikanische Sieg gar wohl der letzte hätte sein können.

Aus einer Reihe von Einzelheiten, die mir von Mitkämpfern in den Reihen der Revolutionäre mitgeteilt worden sind, geht hervor, daß selbst dieser erste Sieg ohne die Ungeschicklichkeit ihrer Gegner zu einer Niederlage der Revolutionäre hätte werden können.

In der Tat, als die Municipalgarde (die königlichen Prätorianer) den Aufständischen den Weg zu verlegen suchte, hatten diese sich noch nicht organisiert. Es waren etwa 2000, darunter eine große Anzahl junger Leute aus dem Volke ohne Führer und ohne gemeinsamen Plan.

Wenn in diesem Moment die Municipalgarde sich mit aller Gewalt auf die Revolutionäre geworfen hätte, sie würden sie wahrscheinlich zersprengt haben.

Aber anstatt dessen zerteilten sich die Prätorianer in Gruppen von 8 bis 10, als wenn es sich darum handelte, einen einfachen Volksauflauf zu zerstreuen. Sie glaubten, daß sie es mit schlecht bewaffneten Leuten zu tun hätten. Aber sie mußten gar bald sehen, daß die Leute, die sie ohne Waffen oder höchstens im Besitz eines Revolvers glaubten, eine ganze Anzahl Dynamitbomben zur Verfügung hatten.

So wurde die Municipalgarde, die seit jeher wegen ihrer Brutalität und ihres provozierenden Auftretens verhaßt war, durch Bomben und Gewehrschüsse in die Flucht geschlagen und vollständig außer Gefecht gesetzt.

Die Nachricht von dieser Niederlage ist zweifellos der Leitung der königlichen Armee nur unvollkommen oder vollständig entsetzt mitgeteilt worden. Denn die Herren des Generalstabes verwandten alle zu ihrer Verfügung stehenden Truppen zu ihrer eigenen Verteidigung, anstatt diese Streitkräfte, etwa sechs Regimenter, gegen die Revolutionäre zu schicken, um zu versuchen, diese zu umzingeln.

Das ist der große Fehler der großen Väter des Generalstabes der portugiesischen Armee, ein Fehler, der den Revolutionären erlaubt hat, sich zu formieren und ihren Reihen Festigkeit zu geben. Auch gewannen diese so die notwendige Zeit, um bei ihren weiteren Maßnahmen durch die Flotte unterstützt zu werden. Denn während die royalistischen Truppen den losbaren Generalstab bewachten, brachten die republikanischen Matrosen die Besatzungen des „San Raphael“ und des „Adamastor“ zur Erhebung und schossen die Offiziere nieder, die nicht mitmachen wollten.

An Bord des „Don Carlos“ entwickelten sich die Dinge anders. Seine Besatzung war nicht vollständig und die Offiziere waren dort zu zahlreich, als daß man sie leicht hätte überwältigen können. So warfen sich die republikanischen Matrosen dieses Schiffes ins Wasser und kamen schwimmend zum „San Raphael“ und „Adamastor“. Auf dem „Don Carlos“ blieben nur 4 Soldaten mit 28 Offizieren. Sie wurden bald durch die revolutionären Streitkräfte der anderen beiden Kreuzer matt gesetzt und gezwungen, sich zu ergeben. Während man so an Bord der Kriegsschiffe arbeitete, verlor man am Lande keine Zeit. Die Soldaten, welche die Waffenfabriken bewachten, beeilten sich, die Tore weit zu öffnen und luden das Volk ein, nun einzudringen und sich mit dem Nötigen zu versehen. Bald war eine Kolonne von ungefähr 2000 Revolutionären gebildet. Sie drang vorwärts in der Richtung des Palacios das Reccafidades zu dem Zwecke, die monarchistischen Truppen zu zwingen, sich auf die Verteidigung der königlichen Residenz zu beschränken. Sie nahmen einen mehrstündigen Kampf mit den Streitkräften des Infanterieregiments Nr. 1 auf, das sich vor dem königlichen Palais befand.

Im Zentrum der Stadt in der Avenida da Liberdade schlug sich das Infanterieregiment Nr. 16 und das Artillerieregiment Nr. 1 mit den vom General Raphael Gorjao kommandierten Truppen, drei Regimentern, die in der Praça de Dom Pedro IV aufgestellt waren und über einige Maschinengewehre verfügten.

Das alles spielte in den ersten Morgenstunden des 5. Oktober. Die Revolutionäre schlugen sich mit Aufopferung und Todesmut. Aber sie verloren Terrain. Man erwartete neue revolutionäre Streitkräfte, die indessen nicht kamen.

Um diese Zeit hielten die wenigen Offiziere, die sich unter den Revolutionären befanden, einen Kriegsrat ab, um die Maßregeln zu bestimmen, die in dieser kritischen Situation zu ergreifen seien. Einstimmig beschlossen sie den Rückzug, der auch angetreten wurde. Wären sie verfolgt worden, so wäre die Niederlage schrecklich und die Revolution gänzlich verloren gewesen.

Ein Regiment Kavallerie, ein Regiment Artillerie und ein Regiment Infanterie umzingelten bereits die revolutionären Streitkräfte. Die Situation war wahrhaft verzweifelt. Noch ein Augenblick des Zögerns und alles war verloren.

In diesem kritischen Moment wandte sich ein junger Offizier der Marineverwaltung, ein Mann, der noch niemals

Truppen kommandiert hatte, der Schiffskommissär Machado dos Santos, an die Sergeanten und Korporale und fragte sie, ob sie bereit seien, sich seiner Führung anzuvertrauen. Er hielt eine kurze leidenschaftliche Rede, die alle Kämpfer mächtig ergriff. Der Vorschlag wurde angenommen.

Es war am Nachmittag des 5. Oktober, der denkwürdig bleiben wird in den Annalen der portugiesischen Geschichte. Mit wütender Entschlossenheit warf sich das republikanische Volk auf die Verteidiger des Thrones. Machado dos Santos hatte ihnen gesagt, daß sie sich nicht ergeben könnten, daß man siegen oder sterben müsse und die Revolutionäre erklärten sich bereit ihr Leben zu opfern.

Ein schrecklicher Kampf hub an gegen die drei Regimenter, die den revolutionären Truppen entgegengestellt wurden. Unaufhörlich veränderten die Maschinengewehre, die in der Praça de Dom Pedro IV standen, ihre Geschosse. Die Entscheidung war ungewisser denn je.

Plötzlich hört man, daß die Kreuzer im Hafen drauf und dran sind, das königliche Palais zu bombardieren. Das war der Augenblick, um die Anstrengungen zu verdoppeln. Es geschah und der Sieg begann allen Kämpfern sicher zu erscheinen. Der Kampf dauerte noch die ganze Nacht. Endlich am Frühsorgen des 6. Oktober zeigten die royalistischen Truppen die weiße Fahne und die Feindseligkeiten wurden sogleich eingestellt.

Kurz vorher war gemeldet worden, daß die Kanonen des „San Raphael“ und des „Adamastor“ schwere Schäden dem königlichen Palais zugefügt hätten und daß der König selbst die Flucht ergriffen habe.

„Es lebe die Republik!“ rief Machado dos Santos. „Sie leben!“ antworteten aus vollem Herzen die Revolutionäre. Ein Thron war zusammengebrochen. Einige Minuten später wurde die portugiesische Republik auf dem Plage des Stadthauses proklamiert.

### Reformen.

Lissabon, 18. Oktober. Der Ministerrat beschloß die Aufhebung des Adels außer des Geburtsadels sowie die Aufhebung der Staatsorden mit Ausnahme des Staats- und Schwertordens, die Verbannung der Königsfamilie die Abschaffung der Pairskammer und des Eides auf das Evangelium.

Der neue Finanzminister Kelbas empfing den Korrespondenten der „Königlichen Zeitung“ zu einer längeren Unterredung und betonte seine früheren Mitteilungen, daß die republikanische Partei den Standpunkt vertrete, die Leistungen der heimischen Industrie seien zu schützen und die Einfuhr von Waren, die nicht im Lande erzeugt würden, dagegen zu erleichtern, und zwar so, daß auf unverarbeitunge Waren keine hohen Finanzzölle gelegt werden sollen.

### Das Schicksal des Königs.

Lissabon, 18. Oktober. Ein Dekret über die Verbannung der Familie Braganza ist vorbereitet. Die materielle Lage der Familie wird in angemessener Weise geregelt und ihre legitimen Rechte werden respektiert werden.

### Die Ermordung des Admirals Reis.

Lissabon, 17. Oktober. Unter der Verschuldigung, den Admiral Candido Reis ermordet zu haben, sind fünf Personen verhaftet worden.

### Die Anerkennung durch England.

London, 18. Oktober. Die britische Regierung ermächtigte ihren Gesandten in Lissabon, offizielle Beziehungen mit der neuen Regierung anzuknüpfen. Diese Maßregel wird in den nächsten Tagen von der offiziellen Anerkennung der Republik durch England gefolgt sein.

Der Patriarch von Lissabon hat dem Justizminister brieflich mitgeteilt, daß er sich der Republik anschließe.

### Für Ferrer.

Paris, 18. Oktober. „Echo de Paris“ berichtet, der Präsident der provisorischen Regierung in Lissabon, Braga, habe am 18. Oktober an der Seite der spanischen Republikaner der Ferrerfeier in Lissabon beigewohnt, bei der scharfe Angriffe gegen die monarchische Regierungsform Spaniens gerichtet worden seien. Dies habe in Madrid große Verstimmung hervorgerufen.

### Unbekanntes Aufenthaltes.

Paris, 18. Oktober. „Figaro“ meldet, daß mehrere Nummern seines Blattes, die an König Manuel bega, an die Königin Maria Pia gesandt waren, gestern mit der von einem Lissaboner Postamt herrührenden Bemerkung: „Abgereicht ohne Adressenangabe“ zurückgekommen seien.

## Die Scheu vor Laienrichtern.

Am Dienstag begann die zweite Lesung der Justizgesetze in der Kommission mit der Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz.

Von den Sozialdemokraten wurde beim § 2 wieder der Antrag eingebracht, wonach die Zulassung zum Vorbereitungsdienst nicht von der politischen Gesinnung, religiösen Anschauung oder finanziellen Lage des Nachsuchenden abhängig gemacht werden darf. Ein Zentrumsdemokrat wendete sich mit der Begründung dagegen, daß die Bestimmungen über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst landesgesetzlich geregelt sind.

Man könne deswegen nicht durch die Reichsgesetzgebung Änderungen in dieser Beziehung vornehmen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, der Freisinnigen und eines Polen abgelehnt.

Ebenso wurden alle Anträge unserer Genossen, die auf eine vollständiger garantierte Unabhängigkeit der Richter hinzielen, gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Hier und da stimmten auch die Freisinnigen und Polen für die sozialdemokratischen Anträge, aber die Mehrheit verhielt sich nicht nur ablehnend, sondern man verfuhr auch gar nicht einmal, den sachlichen, auf reiches Tatsachenmaterial sich stützenden Begründungen unserer Genossen mit irgendwelchen Entgegnungen oder Abschwächungen entgegenzutreten.

Beim § 16 beantragten unsere Genossen, daß die Ausnahmebestimmungen für Kriegsgerichte und Standrechte in diesem Paragraphen gestrichen würden. Die Regierungsvorredner sprachen sich dagegen aus und gegen die sozialdemokratischen Stimmen wurde der Antrag unserer Genossen abgelehnt. Eine längere Debatte entspann sich sodann wieder beim § 23, 3. Hier hatte die Kommission in der ersten Lesung die Bestimmung gestrichen, daß die Zuziehung von Schöffen bei der Aburteilung von Verbrechen und Vergehen unterbleibt, die voraussichtlich mit keiner höheren Strafe als 300 M. Geldstrafe oder entsprechender Haft geahndet werden. Heute regten die Regierungsvorredner an, die Regierungsvorlage wiederherzustellen und dem Einzelrichter zumindest alle Uebertretungsfälle zu überweisen. Von den Konservativen und Nationalliberalen wurde diese „Anregung“ sofort aufgegriffen und zu einem Antrag verbidet. Doch die Mehrheit der Kommission lehnte den Antrag ab; sie nahm aber einen Antrag Gröber an, daß alle Fälle des § 381 Ziffer 3—8 dem Einzelrichter zur Aburteilung überwiesen werden können. Darunter fallen die Straftaten der Landstreicherei, Wettelei, Spielerei und des Müßiggangs, der gewerkschaftlichen Unzucht, Arbeitslosen und Obdachlosigkeit. Die Annahme dieses Antrages bedeutet nicht nur eine Verschlechterung des Beschlusses erster Lesung, sondern diese Bestimmung schließt auch eine Verschlechterung des geltenden Rechts in sich, noch dem nur geständige Täter dieser Delikte dem Einzelrichter vorgeführt werden dürfen.

Beim § 89 beantragte Abg. Gröber, daß die richterlichen Geschäfte an den Landgerichten nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden dürfen. Der Staatssekretär Lisco warnte vor der Annahme dieses Antrages, durch den die Rechtspflege auf Monate hinaus lahmgelegt werden würde. Seinem Kollegen im Reichsjustizamt kam noch der preussische Justizminister zu Hilfe, der die Befürchtung äußerte, daß es an den erforderlichen Richtern fehlen würde, um dem Antrage in der Praxis voll gerecht werden zu können. Ebenso wandte sich der Vertreter der preussischen Justizverwaltung gegen einen von unseren Genossen gestellten Antrag, nach dem Affessoren in Strafsachen nicht als Richter beim Landgericht tätig sein dürfen. Hier sang der preussische Justizminister dem Affessor ein Loblied sondergleichen. Danach verfuhr der Affessor nicht nur über das erforderliche juristische Verständnis und die beruflichen Erfahrungen, sondern auch über eine reiche Fülle von praktischen Lebenserfahrungen. Damit stehen freilich die heimlichen und bevorzugen Maßnahmen der preussischen Justizverwaltung gegen Affessoren in krassem Widerspruch. In der Abstimmung wurden die Anträge abgelehnt. Dagegen stimmten außer den Konservativen, Nationalliberalen, einigen Zentrumsabgeordneten auch die Freisinnigen.

In bezug auf die Zusammensetzung der Strafkammern beantragten unsere Genossen, die Strafkammer als erste Instanz aus einem Richter und vier Schöffen zusammenzusetzen. — Darauf gaben Staatssekretär Lisco und der preussische Justizminister Erklärungen ab, daß durch die Beibehaltung der Bestimmung, daß Schöffen auch als Berufungsrichter zugelassen sind, die ganze Strafprozessreform für die Verbündeten Regierungen unannehmbar sein würde. Der Staatssekretär betonte, daß diese Erklärung das Resultat einer Beratung der Vertreter der meisten Bundesregierungen sei. — Von den konservativen Abg. Giese und Wagner wurde danach der Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage eingebracht. Und als erster Redner erklärte ein Vertreter der Polen, daß jetzt die Polen — im Gegensatz zu ihrer Haltung in der ersten Lesung — gegen die Hinzuziehung von Laien als Berufungsrichter stimmen würden. Begründend führte der polnische Redner aus, daß in politischen Prozessen Laienrichter gefährlicher seien als ein Berufsrichter.

Da der Justizminister zu wiederholten Malen betonte, daß es namentlich in den östlichen Gegenden an dem erforderlichen Schöffennmaterial fehlen würde, wurde aus der Kommission der Wunsch geäußert, das Zahlenmaterial, aus dem sich diese Annahmen des Ministers stützten, der Kommission vorzulegen. Darauf hielt ein anderer Regierungsvorredner eine lange gewundene Rede, aus der sich nur das eine ergab, daß die Regierung weder das erforderliche Zahlenmaterial besitze und dasselbe auch vor einigen Wochen nicht beschaffen könnte. Auf eine Anfrage eines Zentrumsabgeordneten erklärte der Vertreter der bayerischen Regierung, daß dieselbe nach wie vor die Ansicht vertrete, daß auch Laien als Berufungsrichter zuzuziehen sind. Aber im Bundesrat stand die bayerische Regierung mit dieser Anschauung vollkommen allein.

Nach längerer Debatte wurde in der Abstimmung die Regierungsvorlage mit 18 Stimmen wieder hergestellt. Dafür stimmten außer den Konservativen, Nationalliberalen, den beiden Polen vom Zentrum: Sittard, Schwarz, Reich, Weißlein.

# Der Streik der französischen Eisenbahner beendet!

## Ein plötzlicher Umschwung.

Paris, 18. Oktober. Die ausständigen Eisenbahnarbeiter hielten gestern Abend Versammlungen ab, in denen die Fortsetzung des Streiks beschlossen wurde. Zur allgemeinen Ueberraschung hat das Streikkomitee jedoch um 2 Uhr morgens folgende Note ausgegeben:

Das Streikkomitee hat einstimmig beschlossen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit Dienstag, den 18. Oktober, auf allen Eisenbahnen erfolgen soll. Das Streikkomitee beschloß weiter die sofortige Veröffentlichung eines Manifestes, welches die Gründe für diesen Beschluß darlegt und die Eisenbahner auffordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Syndikatsorganisationen zu erhalten und weiter auszubauen.

Andererseits haben die Bahngesellschaften: Nord-, West-, Paris-Lyon, Mittelmeer- und Orleansbahn folgende Verfügung getroffen, alle Angestellten der Pariser Bahnhöfe, welche bis heute morgen die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben werden, werden ihres Amtes enthoben und ersetzt werden.

## Das Manifest des Streikkomitees.

Paris, 18. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eisenbahner- und Lokomotivführer-Verband geben ein Manifest aus, worin sie sagen: So schmerzlich die Entscheidung sei, die Arbeit aufzunehmen, so sei sie doch die einzige, die dem gewerkschaftlichen Interesse selbst entspricht. Das Komitee zög eine bedingungslose Rückkehr läugerischen Verhandlungen vor, die nicht mehr ohne Erniedrigung fortgesetzt werden konnten. Das Komitee wollte eine Rückkehr in guter Ordnung, damit die Organisation Lebenskraft und Disziplin bewahre. Da die Regierung die Maßregelungen zu definieren machen wollte und der Streik nicht mehr siegreich sein könne, wolle das Streikkomitee allein die Verantwortung tragen. Unter einer freien Regierung hätte der rein professionelle Streik Erfolg gehabt. Das Manifest protestiert gegen die Parteinahme der Regierung und die Ungefährlichkeiten, gegen die Verleumdungen der kapitalistischen Presse und die verätherische Teilnahmslosigkeit gewisser Parlamentarier. Trotzdem habe die Organisation der Eisenbahner ihre Kraft bewiesen. Die Zukunft werde Durchsetzung der Forderungen bringen. Die Organisation sei einig und fest. Die Eisenbahner werden der Hilfe der Konsolidation und der gesamten Arbeiterschaft eingedenk bleiben. Wir sind besetzt, nicht niedergeworfen.

Auch die sozialistische Fraktion gibt ein Manifest aus. Den Vertretern der Eisenbahner habe man das Parlament verschlossen. Jaurès und Pelletan protestierten dagegen vergeblich bei Brisson.

## Neue Verhaftungen.

Paris, 18. Oktober. Das Mitglied des Verwaltungsrates der Eisenbahner Vidant wurde gestern nachmittags beim Verlassen der Arbeitsbörse verhaftet. Er setzte seiner Verhaftung keinerlei Widerstand entgegen. In Lyon wurde die Verhaftung des Sekretärs des Nationalen Eisenbahner-Syndikats Chadret vorgenommen.

## Kristide Briands Jugendland.

Paris, 18. Oktober. (Fig. Ver.)

Die „Humanité“ veröffentlicht heute eine zeitgemäße Erinnerung. Es sind jaft 12 Jahre her, daß die „Petite République“, die damals ein sozialistisches Blatt war und jetzt Briands gestimmungsfester Pfeiler ist, eine Resolution veröffentlichte, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die am 16. Oktober versammelten sozialistischen Organisatoren, Deputierten und Zeitungredaktionen erklären, daß in den gegenwärtigen Verhältnissen die Republik durchzumachen hat, alle sozialistischen und revolutionären Kräfte einig und entschlossen, allen Ereignissen die Stütze zu bieten. Die ganze sozialistische Partei protestiert gegen die Angriffe auf die Freiheit der Gewerkschaften und das Streikrecht und zählt, trotz der von den bürgerlichen Regierungen begangenen Fehler auf das gesamte Proletariat, um die Republik zu verteidigen. Sie wird der militärischen Verschwörung nicht gestatten, die alle republikanischen Freiheiten anzufassen und wird die Strafe nicht der Reaktion und deren Gewalttätigkeiten überlassen. Zu diesem Zwecke hat sie einen permanenten Sicherheitsausschuß, der alle organisierten Kräfte des Sozialismus repräsentiert, ins Leben gerufen. — Es lebe die soziale Republik!“

Unter den Mitgliedern des Sicherheitsausschusses, die diese Proklamation gezeichnet haben, befinden sich Briand, Millerand und Vidant. — Der Leitartikel der „Petite République“ vom selben Tage enthält den von Gaston Cogniard, heute Briands zu allem willfährigen Leibschreiber gezeichneten Versammlungsbericht, aus dem hervorgeht, daß Briand im Sicherheitsausschuß mit Groussier, Solochy, Peterin und Pierre Bertrand die „Coalition révolutionnaire“, eine ausgesprochene anarchistische Gruppe repräsentierte.

Es geschah namentlich auf Briands Intervention, daß der Protest gegen die Angriffe auf das Streikrecht in die Resolution aufgenommen wurde. Heute aber läßt derselbe Briand Leute einsperren, weil sie ihr zweifellos gesetzlich feststehendes Streikrecht ausüben und erklärt, mit einem Streikkomitee nicht zu verhandeln.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Oktober 1910.

### Die neue Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Die preussische Regierung hat nach den Meldungen bürgerlicher Blätter endlich den Bundesstaaten den Grundriß des Verfassungsentwurfs für Elsaß-Lothringen mitgeteilt. Der Entwurf soll in zwei bis drei Wochen an das Plenum des Bundesrats gelangen, nachdem die Verhandlungen zwischen den Bundesstaaten die Uebereinstimmung der größeren Bundesregierungen ergeben haben.

Was den Inhalt des Entwurfs anbetrifft, so wird berichtet, daß die Reichslande das Zweikammersystem erhalten sollen. Die Erste Kammer wird aus dem bestellten Grundbesitz, aus den Oberbürgermeistern der größeren Städte und einer Anzahl von Persönlichkeiten, die vom Kaiser in die Erste Kammer berufen werden, gebildet. Das Wahlrecht zur Zweiten Kammer ist ein stark abgestuftes Pluralwahlrecht mit geheimer und direkter

Wahl. Bezüglich der sonstigen Verwaltung des Landes findet eine Veränderung nicht statt. Die Gewährung des Stimmrechts im Bundesrat ist endgültig abgelehnt worden.

### Schach — der Polizei.

Magdeburgs weiße Polizei interessiert sich ganz besonders für die Jugendbewegung. Vor etwa vierzehn Tagen hatte der Vertrauensmann der jugendlichen Arbeiter eine Versammlung einberufen, in der Dr. Hanauer aus Brüssel über die belgische Jugendbewegung sprach. Die Polizei entsandte dazu nicht weniger als fünf Beamte. Zwei Geheimnisse hielten zu beiden Seiten des Saaleingangs treue Wacht, vor dem Saaleingang sah ein Uniformierter auf Ordnung, und im Saale selbst waren zwei Beamte bereit, irgend etwas zu verhüten oder zu beschließen. Als ein Jugendlicher gegen Schluß der Versammlung dem Referenten einige Grüße an die Brüsseler Jugend ausbringen wollte und dabei auch auf die Ueberwachung zu sprechen kam, forderten die Polizeibeamten die sofortige Wortentziehung. Nach Schluß der Versammlung griffen die Geheimpolizisten zwei junge Leute aus der Schaar heraus und verhafteten sie. Die beiden Uebeltäter wurden aber bald wieder entlassen.

Zum letzten Sonntag hatten nun die Jugendlichen eine neue Versammlung einberufen mit dem recht gefährlichen Thema: „Kampf der Bauern wider den König“. Plötzlich stellten sich wieder zwei Polizeibeamte ein. Eifrig machten sie Notizen über die Ausführungen des Referenten, bis sie endlich merkten, daß dieser über — das Schachspiel sprach.

Auf Kosten der Polizei wird in Magdeburg wieder einmal viel gelacht.

### Die Einigen.

Kardinal Fischer will es seinem Breslauer Kollegen im scharlachenen Mantel nicht vergelten, daß dieser ihn des „Modernismus“ und der Verleumdung des Weltens“ geziehen hat. Erzbischof Fischer steht ein, daß die Zeiten ernst sind, daß nur das Zusammenhalten aller gläubigen und staatsertreuenden Elemente die Kirche und das Zentrum retten kann. Deshalb hat er am Sonntag in Köln in einer Zentrumsversammlung seinen Gläubigen die Notwendigkeit der Erneuerung der „heiligen Allianz“ ans Herz gelegt, jenes Bündnisses aller Rückwärtsgeringer und Vorkämpfer aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts. Und er selber gibt zur Einigkeit das anfeuernde Beispiel, indem er verkündet, daß er mit Kardinal Kopp ein Herz und eine Seele sei. Die Zeiten seien ernst, meinte Antonius Fischer, die Stürme mehrten sich und wehten von den verschiedensten Seiten, alles mahne zur Bewahrung der Einigkeit!

In den letzten Zeiten sind bei uns im eigenen Lager etwelche Zwiepalte entstanden. Schadenfroß hat sich allseitig eine gewisse Presse derselben bemächtigt, bauscht sie auf, sucht Streit zu schüren und redet höhnisch von der Spaltung der deutschen Katholiken. Man hat sich nicht entblödet, in dieser Hinsicht allerlei Märchen zu verbreiten, insbesondere auch in bezug auf die Person des Erzbischofs von Köln, hat gar den Versuch unternommen, die beiden deutschen Kardinalen gegeneinander auszuspielen, sie als entzweit darzustellen, von einer Aktion des Heiligen Vaters zu reden, die bevorstehe; andere sagen gar, sie sei bereits ergangen. Ich protestiere mit Entrüstung gegen diese unsauberen Machenschaften. (Stürmischer Beifall.) Die Leute, die auf eine Uneinigkeit des deutschen Episcopats spekulieren, werden sich gründlich täuschen. Die Bischöfe, und zumal die deutschen Kardinalen, werden ihnen diese Freude nicht machen; dazu sind wir viel zu umsichtig und viel zu gewissenhaft. Aber jene Leute werden sich auch täuschen, wenn sie überhaupt mit einer Uneinigkeit unter den deutschen Katholiken rechnen und daraus Schlüsse für die Zukunft ziehen. In der Tat, die deutschen Katholiken mühten geradezu den Verstand verloren haben, wenn sie in den dormaligen Zeitläuften sich spalten und gegenseitig befeindeten wollten. (Beifälliger Beifall.) Bestehen gewisse Differenzen, so werden sie dieselben mit Klugheit, mit Mäßigung, mit Liebe und Selbstverleugnung auszugleichen suchen, aber sie werden darüber nicht unterlassen, die Einheit, die geschlossene Einheit zu bewahren, die, zumal in der jetzigen Zeitlage, eine Gewissenspflicht für die deutschen Katholiken ist. Sie war bisher ihre Stütze, sie wird es auch ferner sein: einzig alle untereinander im Dienste unserer gemeinsamen heiligen Sache — einzig in Nord und Süd, in Ost und West — einzig die verschiedenen Stände — einzig die Laien, der Klerus, der Episcopat — und endlich einzig alle in vollendeter Einheit um den Mittelpunkt der Einheit geschart, um den Apostolischen Stuhl!

Kardinal Fischer und Kardinal Kopp sind also wieder einig. Und am selben Tage fanden sich an einer anderen Ecke der Rheinprovinz noch zwei andere Seelen. In Kempten, im Reiche des streitbaren Bischofs Korom, wo der Zentrumspartheitag für den Regierungsbezirk Trier stattfand, redete Herr Karl Trimbom, den man der Kölner Richtung zuzählt, über die Einigkeit im Zentrum, welchen Worten, wie die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrem Bericht bemerkt, der Abgeordnete Koeren sich unter großem Beifall angeschlossen. So wären also auch die feindseligen Urüber von Köln und Trier wieder einig, die Wachen-Trimbom und die Richtung Koeren-Ditter liegen einander in den Armen und im Zentrum herrscht Ruhe, Frieden und Einigkeit. Wir wollen abwarten, wie lange es vorhält.

### Zur Reichstagsnachwahl im Wahlkreise Labiau-Wehlau.

Die Parteien sind jetzt offiziell mit ihren Kandidaten aufmarschiert und haben den Wahlkampf eröffnet. Welt bisher trotz eines entgegenstehenden Urteils des Oberverwaltungsgerichts jede nachgeschickte Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel von den Amtsvorstehern, dem Landrat und dem Regierungspräsidenten verweigert wurde, mußte von sozialdemokratischer Seite am Sonntag der Wahlkampf in der großen Stube eines ländlichen Besitzers durch eine Mitgliederversammlung eröffnet werden. Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Parteisekretär Genosse Hermann Linde, der als alter Bekannter sich seinen Wählern nicht erst vorzustellen brauchte, erhielt nach seinem Referat auch von den kleinen Besitzern die Zusicherung, sie würden die Agitation zugunsten der sozialdemokratischen Partei nach Kräften fördern.

Nicht so schlicht und einfach wie der sozialdemokratische Kandidat, sondern mit großem Lantam zog am Sonnabend und Sonntag der von der „fortschrittlichen Volkspartei“ aufgestellte „liberale“ Kandidat, der früher der konservativen Partei angehörende Bürgermeister Richard Wagner aus Topiau, in die Wahlkämpfe. In den in zwei Städten abgehaltenen Versammlungen war er von einem ganzen Stab freisinniger Berliner und Königsberger Feldherren umgeben, die in Automobilen herangerausht kamen. Abgeordneter Dr. Wiemer, Abgeordneter Justizrat Ghylling, Chefredakteur Dr. Herzberg, Stadtrat Oese, Rechtsanwält Klatschinsky und eine Reihe anderer Freisinnigen bildeten das Bureau der Versammlungen, von denen die eine genau 91 Besucher zählte.

Als Großagrarien extremer Richtung und Gegner des Reichstagswahlrechts stellte sich am Donnerstag voriger Woche auch der konservative Kandidat, der Landesrat a. D. Burghard-Barpau den Wählern vor. Er rechnete ziemlich scharf mit den Freisinnigen ab

und stellte einige recht knifflige Fragen, nicht an das sich liberal nennende Wahlkomitee, sondern an die „fortschrittliche Volkspartei“.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Wahlkampf ein sehr heftiger und erbitterter werden wird. Die Freisinnigen wollen mit Hilfe der Nationalliberalen einen Diebstahl-Erlös über die Konservativen erlangen. Und die Konservativen schiden sich an, im Kampfe um ihr bisheriges Besitztum alle Kräfte einzusetzen.

### Reichstagsnachwahl Labiau-Wehlau.

Parteilosen im Reich, die Verwandte oder Bekannte in diesem Wahlkreise haben, werden zwecks Wahlagitation gebeten, möglichst bald deren genaue Adressen dem Parteisekretär H. Linde-Königsberg i. Pr., Münzstraße 24b, mitzuteilen.

Die Parteizeitungen im Reich werden um Abdruck obiger Zeilen ersucht.

### Die Reichstagswahl in Ost- und West-Preußen.

Für die am 4. November stattfindende Wahl haben jetzt sämtliche Parteien ihre Kandidaten aufgestellt. Für die Sozialdemokratie kandidiert Genosse Redakteur A. Szemski-Posen. Die Polen haben den Großgrundbesitzer Moorowski aufgestellt. Für die deutschen Parteien kandidiert ebenfalls ein Großgrundbesitzer, ein Herr Schwarzkopff. Die demokratischen Polen scheinen keinen Kandidaten aufstellen zu wollen, wahrscheinlich stimmen sie für Moorowski, der sein Programm bereits entwickelt hat und für eine agrarische Politik eintreten will.

Der Sozialdemokratie ist es nicht möglich, auch nur einen Saal zu einer Versammlung zu bekommen. Sie ist deshalb gezwungen, sich mit einem Flugblatt an die Wähler zu wenden, und darin den Wählern das Programm der sozialdemokratischen Partei darzulegen. Trotzdem hofft die Sozialdemokratie, in diesem Wahlkreise eine ganz ansehnliche Zahl von Stimmen auf den Genossen Szemski zu vereinigen. Die polnischen Arbeiter sind über die neuen Steuern sehr aufgebracht. Natürlich sind es auch hier die Geistlichen, die als polnisch-agrarische Schutztruppe den Arbeitern von den Wohlstanen der Junker vorzuziehen. Und die armen, fast noch leibeigenen Arbeiter beugen sich meist der kirchlichen Autorität.

### Billige Fleischpreise in — Rußland.

Jenseits der Grenze sind die Fleischpreise gegenwärtig außerordentlich niedrig. Es kosten, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ meldet, Schmelzfleisch 35 Pf., Schöpfenfleisch 30 Pf., Kalbfleisch 10 bis 20 Pf., Rindfleisch 20 Pf.

### Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur.

Die Hamburger Bürgerschaft hat sich wiederholt mit der Frage der Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur beschäftigt und nach langen Erörterungen in Ausschuss und Plenum hat man den Senat ersucht, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß zum Zwecke eines besseren Schutzes der Jugend die Bestimmungen der §§ 184 und 184a und b des Strafgesetzbuches und der §§ 56, 12 und 42a der Reichsgewerbeordnung ergänzt und erweitert werden. Die auf positiv gesetzgeberische Maßnahmen abzielende Richtung, bestehend aus Dunkelmannern aller Art, die im Sinne der berunglückten Leg Heinze die Polizei mit der Ausrottung der beregten Mißstände betrauen möchte, hatte die Oberhand gewonnen.

Jetzt hat der Senat geantwortet auf den Beschluß der Bürgerschaft vom Dezember 1909. Er hält im Interesse eines wirksameren Schutzes der Jugend gegen die Schmutz- und Schundliteratur eine Ergänzung und Erweiterung der einschlägigen reichsgesetzlichen Bestimmungen auch seinerseits für geboten und ist an zuständiger Stelle — im Bundesrat — zunächst dafür eingetreten, daß in den von dem stehenden Gewerbebetrieb handelnden Titel II der B.-O. Bestimmungen aufgenommen werden, welche die Säuberung der Schaufenster und Schaukästen von der sogenannten Schundliteratur, insbesondere von solchen literarischen Erzeugnissen ermöglichen, die durch die Art der Schilderung verbrecherischer Vorgänge die Begeisterung für die verbrecherische Handlung wachzurufen oder zur Nachahmung des Verbrechertums anzuregen geeignet sind. Weitere Anträge hat sich der Senat für die Verhandlungen über den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches vorbehalten.

In welcher Richtung diese Anträge liegen, ist unschwer zu erraten. Erfreulicher ist die Mitteilung des Senates, wonach der Bürgerschaft Anträge unterbreitet werden sollen, daß 1. zur Ermöglichung der Verteilung von 38 000 Hefen der deutschen Jugendbücherei unter die Schüler und Schülerinnen der städtischen Volksschulen (Oberklassen), der Landklassen sowie der Gewerbe- und Fortbildungsschulen 28 M. angewendet werden; 2. zum Erwerb von Jugendbüchern und anderen guten Büchern, welche Schülern und Schülerinnen der städtischen Volksschulen und der Landklassen zu Eigentum überwiesen werden sollen, zunächst auf die Dauer von drei Jahren je 5000 M. bewilligt werden.

### Der Protest gegen das System Moabit.

In einer Volksversammlung, die am Freitagabend in Solingen stattfand, sprach Genosse Redakteur Dittmann über die Vorgänge in Moabit. Der Referent ging die Moabiter Ereignisse durch und befahte sich dann unter dem lebhaften Beifall der Versammlung mit den im Anschluß an diese Ereignisse hervorgetretenen Scharfmachereien der reaktionären Parteien und ihrer Presse, die auf eine systematische Hebe auf Erlaß eines Justizhausgesetzes und eines neuen Sozialistengesetzes hinauszielten; dabei sei schon das Koalitionsabrecht so gut wie aufgehoben. Genau wie in Moabit sei die Polizei bei den verschiedensten Anlässen auch in Solingen verfahren. In einer scharfen Resolution, die einstimmig angenommen wurde, protestierten die Versammelten gegen die einseitige Parteinahme der Polizei gegen die um bessere Arbeitsbedingungen kämpfende Arbeiterklasse und verpflichteten sich, gegen diese Anschläge der Reaktion den Kampf energisch aufzunehmen.

In Stuttgart sprach am Sonntag Genossin Luzemburg in einer Rieserversammlung. Die Parteileitung hatte, da ein genügend großer Versammlungssaal nicht zur Verfügung stand, den Zirkusbau gemietet, in dem seinerzeit auch Bebel sprach. Kopf an Kopf war der weite Raum besetzt. Genossin Luzemburg sprach über „Klassenkampf und Tagespolitik“. Sie kennzeichnete scharf den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Proletariat und Bourgeoisie und legte an Hand der politischen Geschichte des Liberalismus dar, daß die Arbeiterklasse von diesem kein Heil zu erwarten hat, sondern auf die eigene Kraft angewiesen ist in den bevorstehenden schweren Kämpfen. Denn alles deute darauf hin, daß es die herrschenden Klassen wieder mit Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokratie versuchen wollen. In diesem Zusammenhang besprach die Rednerin auch die Moabiteri der Berliner Polizei. Die Tausende stimmten der Referentin stürmisch zu. Genosse Badner brachte eine scharfe Protestresolution ein gegen die Moabiteri und die Scharfmacherei. Sie fand einstimmige Annahme. Mit einem dreifachen Hoch auf die

internationale revolutionäre Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende Westmeier die imposante Versammlung.

In Jülichau versammelten sich am Sonntag auf dem Rädlichen Wasserumplatz an 300 Männer und Frauen unter freiem Himmel. Der sozialdemokratische Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Trauer, Nichtenberg, referierte über das Thema: „Preußen als Polizeistaat und die Arbeiterbewegung“.

### Ein Oberlandesgerichtsurteil gegen das Oktroi auf Wild und Geflügel

wurde in Colmar i. El. am letzten Freitag gefällt. Die oktroi-erhebenden reichsständischen Städte haben sich nämlich, wie dies auch in Preußen geschieht, im Gegematz zu Bartenberg und im Widerspruch auch mit einer schon vor Monaten in der badischen Residenz Karlsruhe gefällten richterlichen Entscheidung auf den Standpunkt gestellt, daß Wild und Geflügel kein „Fleisch“ oder „Fleisch“ im Sinne des § 13 des Posttarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 ist, wodurch bekanntlich die Weitererhebung des Oktrois auf die notwendigen Nahrungsmittel seit dem 1. April d. J. verboten ist.

## Oesterreich.

### Vom tschechischen Separatismus.

Nach der Zersplitterung von Gewerkschaften und Genossenschaften gehen jetzt die tschechischen Separatisten daran, die Zusammenfassung der von sozialistischen Arbeitern verwalteten Krankenkassen zur Lösung gemeinsamer Aufgaben und zur Abwehr gemeinsamer Gefahr, die Reichskommission der Krankenkassen Oesterreichs zu zerstören.

Die Reichskommission zählt gegenwärtig 277 Klassen mit 1.300.000 Mitgliedern, worunter etwa 44 Klassen mit einer 155.000 Personen betragenden Mitgliedschaft tschechischer Nation. Mit der Gründung einer eigenen tschechischen Reichskommission folgen die tschechischen Sozialdemokraten bezeichnenderweise dem Beispiel der bürgerlichen oder gelben Deutschnationalen, die hierbei mit ihrer Reichsvertretung der „deutschnationalen“ Krankenkassen voranzugehen.

So wirkt der Kopenhagener Beschluß auf die tschechischen Separatisten, die erst vor wenigen Tagen eine Versammlung tschechischer zentralistischer Arbeiter in Prag durch wilde Dämungen sprengten.

## Türkei.

### Ministerkrise.

Konstantinopel, 18. Oktober. Infolge der Forderungen des Kriegsministers, dem der Großvezier Dalki Pascha Widerstand entgegensetzt, ist es zu einer Ministerkrise gekommen. Mahmud Schewket Pascha hat dem Kriegsministerium und den höheren Offizieren die Lage auseinandergesetzt, die durch die Ablehnung seiner Forderungen durch den Finanzminister geschaffen sei.

## Griechenland.

### Die Ministerkrise.

Athen, 18. Oktober. Der König hat Venizelos ermächtigt, die Kammer, wenn erforderlich, aufzulösen. Das neue Ministerium wird sich wahrscheinlich folgendermaßen zusammensetzen: Vorkrieg, Krieg und interimistisch Marine: Venizelos; Inneres: Apulos; Justiz: Dimitrapoulos; Finanzen: Coromilas; öffentlicher Unterricht: Alexandri; das Postsekretariat des Kabinetts behält Callergis.

## Persien.

### Das Vorgehen Englands.

London, 18. Oktober. Während die konservativen Blätter in der englischen Rote an Persien eine notwendige Aenderung der englischen Politik erblicken, erklärt „Daily News“, daß die Rote die schwerste Verantwortung erwecke, da eine solche Politik zur Teilung Persiens führen müsse.

„Daily Graphic“ schreibt: Wenn das Ultimatum ausgeführt wird, wird Persien aus der Reihe der selbstständigen Staaten gestrichen werden. Das Blatt beklagt das Vorgehen der Regierung, denn die Eroberung Südpersiens werde keine leichte Aufgabe sein und eine große dauernde Verantwortung begründen und äußert mit Besorgnis, daß die anderen Mächte Kompensationen fordern würden, wodurch neue internationale Reibungen entstanden.

## Aus der Partei.

### Die Organisationen zum Parteitag.

#### Königsberg.

In einer außerordentlichen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Königsberg (Stadt) wurden die Berichte gegeben über den Internationalen Kongress in Kopenhagen und über den Magdeburger Parteitag. Die erste genannte Tagung behandelte Genosse Hugo Haase, die zweite Genosse Donatius. In der am Bericht sich anschließenden Diskussion sprach zunächst Genosse Kohn seine Verwunderung aus über die unerbittliche Haltung des Genossen Haase gegenüber der badischen Fraktion.

Die Versammlung nahm hierauf folgende Resolution einstimmig an: „Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Magdeburger Parteitages einverstanden und billigt das Vorgehen der Königsberger Delegierten bei der Abstimmung über die Budgetangelegenheit.“

Durch den Vorsitzenden der Versammlung, Genossen Hartwig, wurde dann bekanntgegeben, daß Genosse Dr. Gottschalk sein Amt als Vertreter Königsbergs im Bezirksvorstand niedergelegt habe. (Genosse Gottschalk übte in genannter Hinsicht die Funktionen des Vorsitzenden aus.) Die Generalversammlung wählte an Stelle des Genossen Gottschalk den Genossen Otto Braun mit allen gegen eine Stimme.

#### Strasburg-Land.

Im Wahlkreis Strasburg-Land beschäftigte sich eine Parteiverammlung zu Schiltigheim mit dem Magdeburger Parteitag. Das Referat hatte der Strasburger Parteitagdelegierte Reaktor Schneider übernommen, der sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärte bis auf die Budgetfrage, wobei er sich besonders gegen die Beschlüsse der Mehrheit in der Nachsicht wandte. Ihm traten unter Billigung der Mehrheitsbeschlüsse, auch soweit der Antrag Zubeil

in Betracht kommt, der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Fuchs, und Genosse Ziegler-Wischheim entgegen, der erklärte, früher die Münchener Resolution in der Budgetbewilligungssache nicht gebilligt zu haben, heute jedoch sei er mit der scharfen Verteilung der Badenener voll und ganz einverstanden. In längerem Schlußwort vertrat Genosse Schnei der nochmals seinen Standpunkt. Am Mittwoch wurde die Abstimmung betagt. Es lag nur eine Resolution vor, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages in vollem Umfang einverstanden erklärte. — Auch in den anderen elsass-lothringischen Wahlkreisen ist noch keine endgültige Stellungnahme zu den Parteitagbeschlüssen erfolgt.

### Der Bezirksparteitag für das östliche Westfalen und die lipplischen Fürstentümer

fand am Sonntag, 18. Oktober, in Salzgulen (Lippe) statt. Es waren aus 7 Wahlkreisen 81 Orte durch 185 Delegierte vertreten. Außerdem waren mehrere Genossen anwesend als Vertreter der Bezirksleitung, Bezirkskommission, Redaktion und Geschäftsleitung der „Vollmacht“, der Reichstagsabgeordnete für Westfalen-Bezirk Genosse Sebring, Landtagsabgeordneter Schmuck-Lippe und Reichstagskandidat Weder-Lippe und für den Parteivorstand Genosse Pfannkuch-Berlin.

Aus dem Geschäftsbereich und Kassenbericht des Jahres 1909/10 sei folgendes hervorgehoben. Zum Bezirk gehörten bis 31. Dezember 1909 12 Reichstagswahlkreise. Davon sind ab 1. Januar 1910 die drei Wahlkreise Münster-Gesfeld, Lüdinghausen-Redum-Barenborn und Tecklenburg-Einfurt-Khanz wegen ihrer Entwidlung zu Vergaubezirken dem Bezirk für das westliche Westfalen angeschlossen worden. Der noch weiter nordwestlich gelegene Kreis Rinteln-Weppen-Hümmling ist vorläufig dem Bezirk noch verblieben, doch ist bei der großen Entfernung und dem Mangel an Organisation in dem Kreis eine Agitation doch recht schwierig.

Die Agitation gestaltete sich sonst lebhaft, insbesondere der Wahlrechtskampf, der den Organisationen viele neue Mitglieder und der Presse neue Abonnenten zuführte. Auch die Bauarbeiterauspöterung wirkte auftrüttelnd. Es wurden 78.000 Flugblätter, über 20.000 Exemplare der „Vollmacht“ und außerdem ein Flugblatt „An die Tabakarbeiter“ in 50.000 Exemplaren verbreitet. Agitationsergebnisse fanden in sechs Kreisen statt 115, außerdem über 700 Mitgliederversammlungen und Besprechungen und 85 öffentliche Frauenversammlungen. In den Wahlkreisen Warburg-Sögel, Rabenborn-Bären und Rinteln-Weppen-Hümmling besteht noch keine Möglichkeit für Abhaltung von Versammlungen; in Lippe-Stadt-Beilon ist sie noch sehr gering.

Die Zahl unserer Vertreter in den Gemeinde- und Stadtoberordnetenversammlungen stieg von 83 Ende Juni des Vorjahres auf 105 Ende Juni 1910. Es entfielen auf Viesefeld-Wiedenbrunn in 8 Gemeinden und in Stadt Viesefeld mit 15 Stadtoberordneten in der 3. Klasse 39 Vertreter gegen 37 im Vorjahre, davon 4 in der 2. Klasse; auf Herford-Galle in 14 Gemeinden 23 (13), davon 1 in der 2. Klasse; auf Minden-Lübbecke in 8 Gemeinden und Stadt Lübbecke 13 (11); in Lippe in 10 Gemeinden und Städten 19 (16); in Schaumburg-Lippe 8 (4), (Stadthagen, alle 6 Bürgervertreter der 3. Klasse).

Der Stand der Presse hat sich finanziell weiter gebessert und die Abonnentenzahl ist um 1148 gestiegen.

Die Zahl der Mitglieder stieg von 7598 auf 9585, also um 1987 = 26 Proz. Davon zählt Viesefeld-Wiedenbrunn 5565 gegen 4655 im Vorjahre, Herford-Galle 1871 (1920), Minden-Lübbecke 916 (709), Lippe 807 (808), Schaumburg-Lippe 239 (288). Weibliche Organisierte waren insgesamt 682 gegen 318. Ortsgruppen bestanden am 30. Juni d. J. 94 gegen 78 am 30. Juni 1909. In den übrigen 4 Kreisen besteht noch keine feste Organisation, doch sind dort insgesamt 127 zählende Genossen gegen 125 im Vorjahre vorhanden.

Von der Zentralkasse des Bildungswesens in Viesefeld wurde ein naturwissenschaftlicher Wanderkursus über: „Die Geschichte unserer Erde“ in den Städten Minden, Herford, Viesefeld durch den Genossen Engelbert Graf-Berlin abgehalten. In einem zweiten Kurzus in denselben Städten werden im Herbst von diesem Redner die Themen „Vom Urtier zum Menschen“, „Die Entwicklung der Lebewesen“ behandelt.

Die Einnahmen und Ausgaben der 9 Wahlkreise bezifferten sich inklusive der Kassenbestände insgesamt auf 31.523,56 M. gegen 30.261,01 M. im vorigen Geschäftsjahre. Die Kassenbestände betrugen am 30. Juni 1910 8000,75 M., gegen 7207,94 M. am 30. Juni 1909. Die erhöhten Beiträge werden die Finanzgebarung wieder günstiger gestalten. In den Parteivorstand lieferten die Kreise ab 1444,67 Mark gegen 2514,19 M. in 1908/09.

Die Bezirksleitung hatte an Einnahmen aus den 9 Kreisen zu verzeichnen 1515,92 M.; Zuzuschuß vom Parteivorstand 3580 M. und Kassenbestand 698,64 M.; mithin eine Gesamteinnahme von 5794,56 M. Demgegenüber standen an Ausgaben 1045,75 M. Zuschüsse an 4 Wahlkreise (davon noch 650,75 M. an die drei abgetrennten Kreise); Beitrag zu den Kosten der Reichstagswahlwahl in Lüdinghausen-Redum-Barenborn 192,80 M.; 804,87 M. für Agitation und 981,06 M. diverse; zusammen 5273,88 M. Es verblieb ein Kassenbestand von 520,68 M.

Einige Anträge betr. die Agitation wurden angenommen beziehungsweise dem Agitationskomitee zur Berücksichtigung überwiesen. Genosse Sebring hielt zum Schluß ein Referat über die nächsten Reichstagswahlen.

## Soziales.

### Östdeutsches Schulkinderleben.

Auf dem dieser Tage in Bissa stattgefundenen „Östdeutschen Frauenkongress“ wurde u. a. auch das Resultat der von den ostmärkischen Frauenvereinen veranstalteten Erhebung über die Schulspeisungen der Volksschulkinder bekannt gegeben. Das Komitee hat 612 Fragebogen an ebenso viel Gemeinden Ostdeutschlands versandt. Davon kamen 212 unbeantwortet zurück. Auf Grund der ausgefüllten Bogen wurde festgestellt, daß in von den antwortenden Gemeinden mit zusammen 820.000 Einwohnern kein erstes Frühstück erhielten 4917 Kinder, Schulküchen erhielten 3362 Kinder, hauptsächlich in Danzig und Posen. Kaltes erstes Frühstück im Elternhaus erhielten 1900 Kinder. Kaffee und Brot als Mittag erhielten 2071 Kinder. Warmes Mittagessen durch private Wohlfahrtsvereinigungen erhielten 412 und von öffentlichen Speiseanstalten 1802 Kinder. Kein Abendessen bekamen 692 Kinder. Annähernd regelmäßig erhalten Bier 3382, Schnaps 850 Kinder.

Diese grauenhaften Zahlen aus den ostdeutschen Städten und Dörfern demonstrieren deutlich die völlig unzureichenden Lohnverhältnisse der Arbeiter. Über bürgerlichen Frauen bleibt diese auf der Hand liegende Erklärung ein Rätsel. So führte in der Debatte Frau Friedländer-Dreslau diese erschreckenden Zustände darauf zurück, daß die unteren Volksschichten gar keine Kenntnis von Kinderpflege und Kinderernährung haben. Diese tiefste als kindlich-alberne Auffassung wäre der Frau Kommerziant erspart geblieben, wenn sie eines Arbeiters Kind wäre oder sich die Nähe genommen hätte, die Einkommensverhältnisse der Eltern in Erfahrung zu bringen. Sie hätte dann bemerkt, daß mancher Arbeiter im Monat weniger verdient als eine Frau Kommerziant in einer Minute für einen Hut ausgibt. Diese „Kenntnis“ und „Ahnung“ hätte die Frau Kommerziant sich schon aneignen sollen, bevor sie über die Dinge sprach. Sie sollte wissen, daß die „Kenntnis“ und „Ahnung“ alle Arbeiterfamilien haben, daß Essen und Trinken für Schulkinder sehr nötig ist, daß aber trotz aller Kenntnis und Ahnung die Mittel zum täglichen Gattessen oft fehlen, obwohl Vater und Mutter von früh bis spät schuften müssen. Eine andere „ostdeutsche Frau“, Frau v. Bismarck, empfahl für Arbeiterfamilien die Kochkiste zur Vereitung warmen Frühstücks. Wo die Mittel zur Füllung der Kochkiste herzunehmen sind, verzwieglie die in „Wohltätigkeit“ panische Dame. Vielleicht dämmert den Damen doch bei stärkerem Nachdenken die „Ahnung“ auf, daß die künstliche Verteuerung der Lebensmittel durch geschlechtsrecht der Arbeiter die elende Lage der Kinder mitverschuldet.

### Die Wirkung der Tabaksteuer!

Die Zigarrenfirma Richter in Jülichau hat ihren 30 Arbeitern und Arbeitinnen anbelangend, Mitte des Monats Dezember einmal anzuklopfen, ob und in welchem Umfang die Wiederaufnahme des Betriebes erfolgen könne! Bis dahin können die Arbeiter, die zum Teil 27, 30 und 32 Jahre bei einem Durchschnittsdienst von 13—14 J. die Woche dieser Firma gefrondet haben, über die Segnungen der „Finanzreform“ in aller Ruhe nachdenken!

Dem freikonservativen Reichstagsabgeordneten des Kreises, Bürgermeister Schlüter-Sommerfeld, der für die Tabaksteuer gestimmt hat, aber gegen den Antrag der Sozialdemokraten auf Entschädigung der brotloswerbenden Arbeiter, widmen die dreißig auf die Straße gesetzten Arbeiter sicher die freundlichsten Wünsche.

### Landtagswahlwahl in Breslau.

In Breslau hat eine Landtagswahlwahl für den verstorbenen Abgeordneten Fisch (Zentrum) stattgefunden. Der Breslauer sozialdemokratische Verein beschloß in seiner Mitgliederversammlung am Montag die Wahlbeteiligung. Als Kandidat wurde Genosse Löwe aufgestellt. Einen Vorschlag der Demokratischen Vereinigung, durch den ein Wahlkompromiß zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen empfohlen wurde, lehnte die Versammlung einstimmig ab. Die Partei will bei der Hauptwahl selbständig vorgehen. Falls eine Stichwahl nötig wird, soll für diese später eine Entscheidung getroffen werden.

### Preussische Schande.

Man erinnert sich des Falles der galizischen Magd, die um nichts und wieder nichts, nur weil sie Ausländerin war, acht Monate lang in preussischen Gefängnissen schmachten mußte. Die kulturwidrige Behandlung der Ausländer in Deutschland ruft natürlich in den anderen Staaten energischen Protest hervor. Auch in der österreichischen Delegation wurde die preussische Praxis ausführlich besprochen. Ueber das Verhalten der österreichischen Regierung gab dabei der Sektionschef Freiherr v. Machis folgenden Bericht:

Was die Arrestierung der bei einem Landwirt in Hofstein bediensteten Magd polnischer Nationalität namens Josefa Ciasto alias Roszaniwna anlangt, so wurde die Volkspartei in Berlin sofort, nachdem die betreffenden Zeitungsaufstellungen erschienen waren, angewiesen, die Angelegenheit bei der deutschen Regierung unerbittlich zur Sprache zu bringen. Wie die gedachte Kommission unter dem 21. September d. J. meldet hat, ist die vom preussischen Minister des Innern im Gegenstand eingeleitete Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Die Kommission ist inzwischen neuerdings beauftragt worden, bei der deutschen Regierung auf den beschleunigten Abschluß der in der Sache angeordneten Enquete zu dringen.

Vom 21. September 1909 bis 1. Oktober 1910 ist die Intervention des Ministeriums des Innern von 158 österreichischen und 8 ungarischen Staatsbürgern, im ganzen also von 166 aus dem Deutschen Reich ausgewiesenen Personen, in Anspruch genommen worden. In 90 Fällen sei die Ausweisung nicht zurückgenommen worden, in 44 dieser Fälle sei jedoch im Hinblick auf die eingetretene Verwendung der Ausgewiesenen von der deutschen Regierung eine entsprechende Zeitverlängerung bis zu einem Jahre zur Ordnung ihrer Angelegenheiten bewilligt worden. In mehreren Fällen sei außerdem ausgesprochen worden, daß sich der Ausgewiesene außerhalb Preussisch-Schlesiens in anderen Teilen Preussens umschlagen aufhalten könne. In 25 Fällen wurde die getroffene Ausweisungsbefehl zurückgenommen, der weitere Aufenthalt bis auf Widerruf gestattet.

Dah diese Debatten die Achtung vor der preussischen Regierung im Ausland nicht gerade vermehren, kann man sich natürlich denken.

### Ins Irrenhaus.

Die Beschwerde des Professors Lehmann-Hohenberg gegen den Beschluß des Schöffengerichts Weimar, ihn zur Beobachtung seines Geisteszustandes einer öffentlichen Irrenanstalt zu überweisen, ist von der Strafkammer abgelehnt worden.

# Gewerkschaftliches.

## Wenn Zwei dasselbe tun . . .

Ein eigenartiger Nötigungsversuch im Sinne § 153 der Gewerbeordnung wurde dem verantwortlichen Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen, Genossen Wendemuth zur Last gelegt. Während des Streiks bei der Firma Hugo Vieder, Deltawerk in Solingen, über den der „Vorwärts“ wiederholt berichtete, wurden in der Nummer 58 der „Arbeiterstimme“ vom 10. März dieses Jahres die Namen der sämtlichen Arbeitswilligen der Firma Vieder mit Angabe der Wohnungen und der Beschäftigung, aber ohne jede sonstige Bemerkung veröffentlicht. Hierin erblickte die Anklagebehörde eine Verrufserklärung zu dem Zwecke, die Arbeitswilligen zum Niederlegen der Arbeit zu nötigen, weshalb sie Antrag auf Strafverfolgung stellte, dem das Gericht auch stattgab. Genosse Wendemuth erstattete darauf auch gegen den Arbeitgeberverband Anzeige wegen des gleichen Vorgehens, da dieser durch schwarze Listen die Streikenden ebenfalls in Verruf gebracht und sie genötigt habe. Dies Verfahren wurde aber von der Staatsanwaltschaft, die eine strafbare Handlung in diesem Falle sonderbarerweise nicht für vorliegend erachtete, eingestellt. Der Angeklagte Wendemuth erklärte in der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Solingen, daß mit der Veröffentlichung der Namen der Arbeitswilligen lediglich der Zweck verfolgt worden sei, der Arbeiterschaft, die ein Interesse an dem Stand des Kampfes hatte, die Zahl der Streikenden bekannt zu geben. Von einem Nötigungsversuch könne keine Rede sein. Das Gericht erachtete aber den Genossen Wendemuth im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte ihn zu drei Tagen Gefängnis. — Wenn zwei dasselbe tun . . .

### Berlin und Umgegend.

#### Tarifbewegung der Leistenvergoldner.

Die Vereinigung der Goldleistenfabrikanten ist kürzlich der freien Vereinigung der Holzindustriellen beigetreten. Die Fabrikanten haben den Wunsch geäußert, mit den Vergoldnern, die im Holzarbeiterverbande organisiert sind, einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Kommission der Arbeiter hat insofern einen Vertragsentwurf ausgearbeitet. Am Montag wurde derselbe einer Brandenburger Versammlung der Vergoldner unterbreitet. Der Entwurf lehnt sich im allgemeinen an den Vertrag der Holzarbeiter an und sieht eine wöchentliche Arbeitszeit von 51 Stunden vor, die am 1. Oktober 1911 auf 50 Stunden verkürzt werden soll. Der Mindestlohn soll betragen für Kocharbeiter 31,50 M., für Arbeiterinnen 18 M., für jugendliche Arbeiter 15 M. pro Woche. — Die Versammlung stimmte dem Entwurf zu und beauftragte die Kommission, ihn den Fabrikanten zu unterbreiten und mit ihnen darüber zu verhandeln.

Hierauf wurde die Durchführung des Tarifs der Rahmenvergoldner besprochen, der kürzlich mit einigen Verbesserungen erneuert worden ist.

#### Vom Centralverband der Isolierfirmen Deutschlands erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 212 Ihres Blattes brachten Sie auf der 4. Seite des Hauptblattes einen Bericht über eine Versammlung des Verbandes der Isolierer. Da dieser Bericht Mängel aufweist, die den Tatsachen nicht entsprechen, so ersuchen wir Sie unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes um gefl. Aufnahme der vorstehenden Berichtigung:

1. Es ist nicht wahr, daß unsere Verbandsfirmen die Einstellung von Isolierern in ihren Betrieben von der Nichtzugehörigkeit zum Verband der Isolierer abhängig machen; auch geht unser Bestreben keineswegs dahin, die Mitglieder des Verbandes der Isolierer von der Beschäftigung in unseren Verbandsfirmen auszuschließen.
2. Es ist also auch nicht wahr, daß wir schwarze Listen veröffentlichen, die sich mit der Zugehörigkeit zum Verband der Isolierer befassen, und die das Koalitionsrecht der Isolierer unterbinden sollen.
3. Es ist nicht wahr, daß die Firma Rosnansky u. Strelich in Berlin Isolierer ausgesperrt hat; selbst das Organ des Verbandes der Isolierer, der „Grundstein“, hat in seiner Darstellung dieser Angelegenheit der Wahrheit gemäß berichtet, daß die betreffenden 10 Isolierer die Arbeit freiwillig niedergelegt hatten, d. h. in einen Streik eingetreten waren.

Zu dieser Berichtigung ist zu bemerken, daß die zehn Arbeiter bei der Firma Rosnansky u. Strelich die Arbeit niedergelegt haben, weil sie bei den angebotenen Löhndifferenzen nicht mehr zurecht kommen konnten. Die Organisation der Arbeiter bekämpft gerade die Annahme der Unternehmer, die Isolierer zu zwingen, zu selbstherrlich festgesetzten Preisen zu arbeiten oder — die Arbeit niederzulegen.

Was die schwarzen Listen anbelangt, so wird diese Berichtigung widerlegt durch eine andere Berichtigung in der gleichen Angelegenheit, die der „Grundstein“ erhielt (Nr. 40), und worin es heißt:

„Als Herr Samuels (ein Inhaber der Firma P. u. St.) dem Centralverband der Isolierfirmen Deutschlands und somit den übrigen hiesigen Firmen der Branche von der Arbeitsniederlegung der zehn Isolierer Kenntnis gab, handelte er nicht als Vorsitzender, sondern als Mitglied des Verbandes und war dazu nach den Vorschriften des Verbandes . . . verpflichtet.“

Da also! Somit ist doch die Wirkung der schwarzen Liste ersicht, und diese Wirkung nennt man eben: eine schwarze Liste herausgeben. Tatsächlich wurden verschiedene Arbeiter mit der Begründung abgewiesen, daß sie nicht eingestellt werden könnten, weil sie zu denen gehörten, die bei P. u. St. die Arbeit niedergelegt haben.

Kann hört sich der erste Punkt der Berichtigung ganz sonderbar an, wenn man erfährt, daß dieselbe Firma, die hier berichtet, daß das Bestreben der Verbandsfirmen keineswegs dahin geht, die Mitglieder des Verbandes der Isolierer von der Beschäftigung in Verbandsfirmen auszuschließen, — daß dieselbe Firma Arbeitern die Anstellung verweigert, weil sie dem Verbandsfirmen angehören. Einem Arbeiter wurde sogar erst die Anstellung zugesagt und dann die Zusage zurückgezogen mit der Begründung, daß man seine Zugehörigkeit zum Verbandsfirmen festgestellt habe. Und Herr Samuels, ein Inhaber der Firma, besitzt einen maßgebenden Einfluß im Verband der Isolierfirmen.

Damit ist der Wert dieser Berichtigung wohl genügend charakterisiert.

#### Löhndifferenzen im Weltener Töpfergewerbe.

In der norddeutschen Kachelofenmetropole Weltener hatten am 1. Juli d. J. die Töpfer den Tarif gekündigt, der am 1. Oktober d. J. abgelaufen ist. Die Verhandlungen zogen sich durch das Verschulden der Fabrikanten sehr in die Länge und ergaben schließlich, daß auf die Wuster der zurzeit bezorgten neuen Einrichtung die Arbeiter einigermaßen zufriedenstellende Löhne erzielen. Bei den Ornamenten älteren Stils und beim glatten Handlachelzeug wollen sich aber die Unternehmer zu keinerlei Zugeständnissen bequemen. Da jedoch diese Ware zu einem erheblichen Prozentsatz noch in Weltener hergestellt wird und weiter vermutet wird, daß sie zukünftig sich wieder noch mehr einbürgern dürfte, sind die Töpfer mit dem bisher Erreichten keineswegs zufrieden. Eine am 16. Oktober abgehaltene und stark besuchte Versammlung beschloß, bis zum Freitag, dem

21. Oktober, die Arbeit fertig zu stellen und in den Streik zu treten, falls nicht bis dahin auch in der Frage der Arbeiten alten Stils befriedigende Zugeständnisse erfolgt sind.

### Deutsches Reich.

**Metallarbeiter!** Die Differenzen der Werkzeugmacher und Metallarbeiter auf dem Messingwerk Heegermühle bei Eberwalde sind beigelegt, und die Sperre ist hiermit aufgehoben. Deutscher Metallarbeiterverband. Bezirksleitung.

Die gesamte Belegschaft der Schwerkotwerke bei Contra und Renterhausen auf dem Ringau (Hessen-Rassau) ist in den Ausstand getreten und gestern morgen nicht eingefahren. Die Ursache des Ausstandes ist darin zu suchen, daß die Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden verlängert werden sollte.

### Saarabisches aus dem Ruhrrevier.

Eine treffliche Illustration über das slavische Abhängigkeitsverhältnis der Einwohner der Hochwälderkolonien zu den Grundbesitzern bietet nachfolgendes Vorkommnis: Auf der „Königsgrube“ bei Wanne wurde zwei Tage vor der Knappschafstälteste Wahl gefeiert. Der Direktor Bonader ließ nun durch den Kolonievogt Buchs sämtliche in der Kolonie wohnende Ausländer, die zur Knappschafstwahl wahlberechtigt waren, auf das Steigerbureau bestellen. 78 Mann hatten sich eingefunden. Zunächst mußten sich die Kostgänger allein aufstellen. Dann mußten diejenigen vortreten, die einer Organisation angehörten. 14 Mann traten vor. Nun mußten diese sich wieder gesondert nach Organisationen aufstellen. Die Gruppe Vergarbeiterverband war die größte und wies 8 Mann auf, dann folgte der Gewerksverein mit 4 Mitgliedern und die Hirsch-Dunkerischen mit 2 Mitgliedern. Darauf wurden die Verbände entlassen, nachdem ihnen der Direktor scharf ins Gewissen geredet hatte, sich doch lieber in den Gewerksverein überschreiben zu lassen. Diese Organisation könne ihm, so erklärte er, jetzt nicht mehr als ein großer Tisch sein, der zu den Steigerkonferenzen verwandt wird. Mitten dazwischen mußten die Steiger sich niederlassen. Nun begann der Herr Direktor seine Rede. Als er einige Worte hervorgebracht hatte, setzte ein Oesterreicher, dem die Sache offenbar ungemiein komisch vorkam, ein lächerliches Gesicht auf. Der strenge Blick des Direktors hat den Uebeltäter schon erwischt. Zum Kolonievogt Buchs gewandt: „Buch, schreiben Sie den Mann auf! — Kommt mir das nochmal vor, muß ich Strafe verhängen.“ — Und dann hielt der Herr Direktor eine Agitationspause gegen den Vergarbeiterverband, die einem M.-Glückhader Jüngling alle Ehre machte. Doch auch dies hat nichts nützen können, denn es wurde trotzdem der Verbandsmandat gewährt.

### Der Straßenbahnstreik in Bremen.

Bremen, 18. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auch heute ist nicht ein einziger Wagen gefahren. Der gestrige Materialschaden wird auf 700 M. veranschlagt. Das Streikbrecherlogis war bereits in aller Frühe von einer großen Menschenmenge umlagert. Die Polizei verstärkte gegen Abend die Posten bedeutend und nahm Absperrungen vor. Die Streikbrecher sind zu folgenden Bedingungen engagiert: Tageslohn 3,50 M., freie Kost und Logis. Wenn der Streik binnen drei Tagen beendet ist, gibt es für jeden einen Judoslohn von 20 M. extra. Dauert er 8 Tage, dann einen solchen von 10 M. Außerdem in allen Fällen freie Rückfahrt nach Hamburg. Einige Arbeitswillige sind schon wieder fortgelaufen. Heute morgen fanden Einigungsverhandlungen auf der Polizeidirektion statt, die aber kurz nach Eröffnung verlagert werden mußten, da die Lohnkommission die Hinzuziehung der Organisationsvertreter verlangte. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde die Frage der Hinzuziehung der Verhandlungsvertreter nochmals aber ohne Erfolg ventiliert. Polizeisenator Lürmann verlangte von der Kommission, daß sie die Streikenden beeinflusse, sich einverstanden zu erklären, daß die Verhandlungen ohne die Organisationsvertreter gepflogen würden. Dieses Ansuchen lehnte die Kommission strikte ab, erklärte aber gleichzeitig, daß sie jederzeit zu Verhandlungen bereit sei.

### Ein Streikbrecherhäftling vor Gericht.

Der Geschäftsführer der sächsischen gelben Arbeitswilligen- und „Redakteur“ des Crimmitschauer Streikbrecherorgans, der „Nationalen Volkszeitung“, Max Gneuß, stand wegen Beleidigung der Genossen Hecht-Kirchberg und Fiedler-Crimmitschau als Angeklagter vor dem Crimmitschauer Schöffengericht. Lange, viel zu lange, haben unsere dortigen leitenden Genossen die Ehrabschweiberei und Reichsverbändnermanieren des gelben Organs erduldet, ohne darauf zu reagieren. Höchstens, daß man den nationalen gelben Maulhelden in der Presse ordentlich eins verwischte, sonst ließ man sie laufen. Als das Blatt dem Genossen Hecht anlässlich seiner Vernehmung vorwarf, daß er seine Rolle in Crimmitschau ausgespielt habe, weil ihm der Boden zu heiß geworden sei und daher in Kirchberg auch keine Bäume umreißen werde — und ihm noch andere Verdächtigungen nachsagte, hatte die Geduld unserer Genossen ein Ende. Vor Gericht bestritt der sächsische Hünze Nr. 2 die Absicht der Beleidigung, er erklärte, daß er dem Genossen Hecht nichts Ehrenrühriges nachsagen könne und nachdesagt habe. Es seien nur allgemeine Redensarten (1), die er gegen Hecht gebraucht habe und die der Belämpfung des sozialdemokratischen Systems dienen sollten. (1) Dieser Kampf bringe solche scharfe Polemiken hervor, meinte sein aus dem Crimmitschauer Kampfe und seinen gerichtlichen Nachspielen bekannte Rechtsbeistand Rechtsanwalt Tische und bezog sich dabei besonders auf unser Zwidauer Parteiorgan, das den Kampf gegen das gelbe Streikbrechergeheißel schon seit Jahren führt. Das Gericht fand offenbar auch wenig Verständnis für diese Verleumdungen gelber Preßhelden und verurteilte, obwohl der Vorbeside, ein junger Amtsrichter, es für nötig hielt, der „Leipziger Volkszeitung“ so nebenbei und ganz unmotiviert einen Dsch zu versehen, den Leiter der sächsischen Arbeitswilligen-Gesellschaft m. b. H. wegen Beleidigung zu 20 M. Geldstrafe, event. 4 Tagen Haft und Tragung der Kosten.

**Achtung, Metallarbeiter!** Die Sperre über den Arbeitsnachweis des Metallindustriellenverbandes in Leipzig besteht unverändert fort.

Die Leipziger Metallindustriellen machen krampfhaft Versuche, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Da vielfach die Meinung verbreitet ist, daß nur der Arbeitsnachweis gesperrt ist, machen wir darauf aufmerksam, daß alle Metallarbeiter mit Ausnahme der Bauknechte, Metallbrüder, Feilenhauer, Grabbeute und Heizungsmonteur Leipzig vollständig zu meiden haben. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Ortsverw. des Deutschen Metallarbeiterverbandes Leipzig.

### Zum Streik der Hamburger Cafetellner.

Am dem nunmehr drei Wochen dauernden Streik sind 400 Cafetellner beteiligt, die nach dem Rückgebot der Cafetellers ein halbes Jahr lang keine Arbeit erhalten sollen. Die Kellner hatten einen kostenlosen Arbeitsnachweis, den angestammten sich die Cafetellner weigerten. Die Kellner sollen den gewerksmäßigen Stellenvermittlern zur Ausübung überlassen werden und für eine Vermittlung bis 20 M. zahlen. Obwohl die Cafetellers keinen Pfennig Lohn zahlen, müssen die Kellner ununterbrochen bis zwölf Stunden pro Tag arbeiten und bis eine Mark Budget zahlen. Hausdiener, Aufwächterinnen unterhalten, Strichhölzer usw. kaufen.

Die organisierte Arbeiterschaft von Hamburg, Altona und Umgegend hat am Montagabend zu diesem Verhalten der noblen Cafetellers Stellung genommen und den Boykott über diejenigen Cafés verhängt, deren Inhaber die Ausbungerung der Streikenden beschließen. Dreizehn Cafetellers haben sich mit ihren Kellnern friedlich geeinigt, während über etwa 30 Cafés der Boykott verhängt ist.

### Ausland.

Eine Lohnbewegung der Goldarbeiter Wiens dürfte infolge der vom Unternehmerverband kommandierten Halsstarrigkeit des Unternehmers in den nächsten Tagen zum offenen Konflikt führen. 2000 Arbeiter kommen in Betracht.

**Rascher Erfolg.** Die Bediensteten der verstaatlichten Oesterreichischen Staats-Eisenbahn-Gesellschaft, Iuzweg Steg genannt, hatten Forderungen eingereicht, deren Erledigung die Regierung verschleppen wollte. Kurz vor dem Beginn einer Konfirmandenversammlung der „Eieger“, die Sonnabend den Eintritt in die passive Resistenz beschließen sollte, traf die Bewilligung der Forderungen ein.

### Straßenbahnerausstand in Pola.

Wegen nicht bewilligter Lohnforderungen sind die Bediensteten der elektrischen Straßenbahn von Pola in den Ausstand getreten.

### Ein Streik ägyptischer Bahnarbeiter.

Eine große Anzahl von Angestellten der Regierungsbahnen in Oberägypten sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen höhere Löhne und erheben auch gegen das herrschende Strafgesetzbuch Widerpruch. Es handelt sich namentlich um die Angestellten der Eisenbahnwerkstätten von Sula, welche die Abfahrt von Lokomotiven nach Oberägypten verhindern. Ägyptische Truppen bewachen diese Eisenbahnwerkstätten. Unter dem Eisenbahnpersonal herrscht große Erregung. Die Polizei wurde mit einem Hagel von Steinen empfangen, worauf es zu einem heftigen Zusammenstoß kam, bei dem viele Verwundungen vorliefen und mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

## Letzte Nachrichten.

### Wieder einer?

Berlin, 18. Oktober. („Preß-Telegraph“.) In der Leitung des preussischen Kriegsministeriums bereitet sich ein Wechsel vor. Die Stellung des Kriegsministers von Heeringen darf — wie der Preß-Telegraph aus wohlinformierter Quelle erfährt — als erschüttert gelten, so daß bereits in Kürze mit seinem Rücktritt gerechnet werden muß.

In informierten Kreisen sollen als Nachfolger des Kriegsministers von Heeringen in Betracht kommen: der Chef der Landgendarmarie Generalleutnant Freiherr von Wedern und der Oberst mit dem Range eines Brigadefeldkommandeurs Herr von Gontard, der voraussichtlich bereits am 22. Oktober, dem Geburtstag Ihrer Majestät der Kaiserin zum Generalmajor befördert werden wird.

### Von der Wellmanschen Fahrt.

Washington, 18. Oktober. (W. T. W.) Präsident Taft hatte das Marineamt beauftragt, alle Maßregeln zur Rettung Wellmans zu treffen und nötigenfalls ein Kriegsschiff zu entsenden, um Wellman aufzusuchen. Im Marineamt ist man der Ansicht, daß Wellman Glück gehabt hat, weil der Teil des Ozeans, wo Wellman aufgefunden wurde, außerhalb der gewöhnlichen Dampferoute liegt und nur zwei Dampfer einen regelmäßigen Dienst zwischen New York und Bermuda machen. Jedenfalls aber habe der Ballon „America“ eine ununterbrochene Fahrt von 69 Stunden zurückgelegt und damit alle Distanz, und Zeitverlore gespart.

New York, 18. Oktober. Eine drahtlose Meldung des Dampfers „Trent“ an die „Associated Press“ besagt: Der Ballon „America“ telegraphierte dem „Trent“ um 4 1/2 Uhr früh, die Mannschaft wolle den Ballon verlassen. Der „Trent“ wurde er sucht, dem Ballon, der mit einer Geschwindigkeit von 12 Meilen dahinslog, zu folgen. Die Niederlassung des Rettungsbootes des Ballons gestaltete sich sehr schwierig. Nachdem das Boot losgemacht war, schoß der Ballon in die Höhe. Wellman erklärte, der Ballon sei so weit aus dem Kurs getrieben worden, daß er es nicht für ratsam gehalten habe, weiterzufahren.

### Der Polizeifabel in Bremen.

Bremen, 18. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den Absperrungen am Hafensperrwerk kam es auf dem Spielplatz zu Zusammenstößen mit der Polizei. Letztere ging in Trupps von 20 Mann mit der blanken Waffe vor und hieb auch auf Frauen und Kinder ein. Der Richterstatler der „Bürgerzeitung“ wurde, trotzdem er sich legitimiert hatte, tätlich angegriffen. Aus einer Wirtschafft wurden die Gäste, darunter ein siebenjähriger Knabe, herausgeschleift.

### Landtagswahlwahl in Blauen-Land.

Blauen i. S., 18. Oktober. (W. T. W.) Bei der heutigen Landtagswahlwahl im Wahlkreise Blauen-Land wurden abgegeben für den Landwirt Sammler (L.) 5414, für den Postsekretär Rausch (natl.) 2149 und für den Parteisekretär Meier (Soz.) 2153 Stimmen. Sammler ist somit gewählt.

### Erschossen aufgefunden.

Frier, 18. Oktober. (W. T. W.) Der Polizeidirektor in Rome (Togo), Max Reinhard, ist heute mittig in seiner hiesigen Wohnung mit durchschossenem Kopfe aufgefunden worden. Reinhard wollte in vierzehn Tagen heiraten. Es wird Selbstmord angenommen, doch ist die gerichtliche Untersuchung hierüber noch nicht beendet.

### Millionenunterschlagung eines russischen Staatsbeamten.

Petersburg, 18. Oktober. („Preß-Telegraph“.) Der Oberingenieur Oberstaatsrat Alexandrow ist aus seinem Bureau hinweg verhaftet worden. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des Verhafteten hat Dokumente zutage gefördert, die eine Millionenunterschlagung bei russischen Bahnbauten erkennen lassen. Die Höhe der Unterschlagungen konnte noch nicht festgestellt werden.

### Massenwanderung.

Cetinje, 18. Oktober. (W. T. W.) Die Auswanderung aus den Blajets Kofowo und Stutari nach Montenegro nimmt täglich größere Dimensionen an und zieht die montenegrinische Regierung immer größeren Verlegenheiten aus. Alle Bemühungen der Emigranten, Straflos in ihre Heimat zurückzukehren zu können, haben keinen Erfolg. Heute hat die Regierung aller hiesigen Vertretern der Großmächte ein Memorandum überreicht, worin sie auf die schwierige Lage hinweist, in der sie sich befindet. Ein Ausschuh von Bürgern hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, worin um freiwillige Gaben für die Emigranten gebeten wird.

### Aus Land geschwemmt.

Rudhøbing (auf Langeland), 18. Oktober. (W. T. W.) Heute morgen wurde am Brohøfstrand die Leiche eines etwa 30jährigen Mannes, anscheinend eines Seemanns oder Fischers, gefunden. Die Leiche trug einen Rettungsgürtel mit der Aufschrift: Unterweser.

Wieder eine Grubenkatastrophe.

Der Tod hält im deutschen Bergbau reiche Ernte. Nach dem erst am Montag mehrere brave Bergknappen auf Zeche Schanroed ihr Leben lassen muhnten und eine größere Anzahl Bergleute im Interesse des Kapitalismus zu Krüppeln geschlagen wurden, kommen schon wieder Nachrichten über ein schweres Grubenunglück. In dem Schacht des Kaliber (Provinz Hannover) erfolgte am Dienstag früh sechs Uhr eine Dynamitexplosion, durch die wahrscheinlich fünfzehn Arbeiter getötet wurden. Das Unglück ereignete sich 750 Meter unter Tage beim Sprengen von Kalisalzen. Es wird vermutet, daß eine Riste des zum Sprengen der Salzblöcke benutzten Dynamites explodiert ist und die Katastrophe herbeiführte. Die von den Kameraden der Verunglückten in opferwilligster Weise vorgenommenen Rettungsarbeiten wurden durch die im Schacht befindlichen Explosionsgase so sehr erschwert, daß zwei zur Rettung in die Tiefe Gestiegenen durch Einatmung der Gase ersticken. Bis zur Stunde ist es erst gelungen, einen der Verunglückten tot ans Tageslicht zu bringen. Als festliegend ist leider anzunehmen, daß auch die übrigen zwölf Mann, die auf der Sohle beschäftigt waren, der Explosion zum Opfer gefallen sind. Mit heroischem Mute versuchen die Rettungsmannschaften immer wieder, in den Schacht einzudringen, um den untröstlichen Anverwandten der Verunglückten Gewißheit über das Schicksal ihrer Lieben zu geben. Doch die furchtbare Hitze und die entwickelten Gase treiben die Heldentätigen stets wieder zurück. Von den Rettungsmannschaften sind die meisten an Ersticken anfallen erkrankt.

Die Königl. Bergbehörde teilt am Dienstag über das schwere Unglück folgendes mit: Heute früh gegen 6 Uhr ereignete sich auf dem Kalibergwerk der Gewerkschaft „Siegfried“ in Groß-Gießen, Landkreis Hildesheim, eine Grubenexplosion. Ein Arbeiter und zwei Rettungsleute sind tot und geborgen, etwa 12 Leichen sind noch zu bergen. Art und Ursache der Explosion sind noch nicht feststellbar; man nimmt an, daß eine Explosion der zum Schichten gebrauchten Dynamitkisten erfolgt ist. Die Bergungsarbeiten der Leichen sind im Gange, werden aber durch die Explosionsgase sehr erschwert. Schacht und Grubenbau sind mit Ausnahme des Ortes der Explosion unversehrt. Oberbergamt Müller und Bergamt Richter befinden sich seit heute früh an der Unfallstätte und leiten die Rettungsarbeiten.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom 18. Oktober.

Die Beratung des 5. Buches zog sich sehr in die Länge. Es handelte sich um die „Beziehungen der Versicherungsträger zu einander und zu anderen Verpflichteten“.

Dazu hatten die Berufsvereinigungen eine ganze Reihe von Entwürfen eingebracht, die Abg. Semmler aufnahm und durchzuarbeiten suchte. In einigen Punkten wurde dann auch wirklich der Entwurf nach den Wünschen der Berufsvereinigungen berichtigt, freilich waren die Änderungen durchweg von geringerer Bedeutung. Auf der anderen Seite werden auch die meisten Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten abgelehnt.

Besonders hervorzuheben ist aus der Sitzung mit folgendem: Wenn ein Arbeiter infolge eines Verkehrsunfalls verletzt ist, steht ihm nach Ablauf der ersten 13 Wochen für die Zeit seiner Krankheit der Anspruch auf seine Krankenkasse zu, und außerdem kann er

meistens von der Berufsvereinschaft die Unfallentschädigung verlangen. Um eine doppelte Entschädigung in zu weitem Umfange zu vermeiden, schreibt der Entwurf der Reichsversicherungsordnung vor, daß die Krankenkasse — wenn nicht andere Vereinbarungen mit den Berufsvereinschaften getroffen sind — den Verletzten die statutenmäßigen Leistungen gewähren muß. Dafür steht der Kasse ein Anspruch auf den Ertrag ihrer Leistungen an die Berufsvereinschaft zu, die dann ihre Leistungen an die Verletzten in demselben Maße kürzt.

Der Anspruch auf diesen Ertrag soll aber nach dem Entwurf ausgeschlossen sein, wenn er nicht spätestens sechs Monate nach Beendigung der Kassenleistungen bei dem Träger der Unfallversicherung geltend gemacht wird.

Das ist eine Verschlechterung des geltenden Rechtes, in dem die Frist auf drei Monate festgesetzt ist. Dabei hat die Erfahrung gezeigt, daß die kürzere Frist bei ordnungsgemäßer Geschäftsführung der Krankenkassen völlig genügt. Je länger aber die Frist ausgedehnt wird, desto nachteiliger ist das für die Verletzten, deren Rente nachträglich noch gekürzt wird. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Frist wieder auf drei Monate beschränkt.

Nächste Sitzung morgen.

Aus aller Welt. Wellman gelandet.

Zwei Tage lang waren die Amerikaner, die erst über das immer wieder aufgeschobene Flugunternehmen ihres etwas reklamesüchtigen Mitbürgers spotteten, über den Verbleib Wellmans im unklaren. Die Funkstation in Siasconset hatte sich mit allen durch drahtlose Telegraphie erreichbaren Schiffen in Verbindung gesetzt, aber nichts über den Aufenthalt des Ballons in Erfahrung bringen können. Man legte große Vorurteile, daß Wellman vom richtigen Wege abgekommen sei, weil sein Ballon fast vom Augenblick des Aufstieges an vom Nebel eingeschlossen war. Die Vorurteile um das Leben Wellmans und seiner Begleiter war grundlos, denn ein drahtloses Telegramm des Kapitäns des Dampfers „Arctur“ meldet nach New York, daß Wellman und seine Begleiter sich an Bord des Dampfers befinden. Der Kapitän sichtete gestern früh 5 Uhr den Ballon „America“, der signalisierte, daß er Hilfe brauche. Nach dreistündigem Wandern bei starker Brise wurde die Luftschiffgesellschaft an Bord des Dampfers gebracht. Der Ballon wurde nach der Ausschiffung der Insassen seinem Schicksal überlassen. Die Rettung erfolgte ungefähr 400—500 Seemeilen südlich von Sandy Hook etwa unter dem 35. Breitengrade und dem 68. Längengrade. Abzuweilen hat sich demnach der Ballon nicht vom Festlande entfernt.

Der Tod in den Wäldern.

Während eines Sturmes auf der Ostsee ist wahrscheinlich der der Hamburger Reederei Kirsten gehörige Dampfer „Valeria“ untergegangen. Das Schiff ist seit zwei Tagen überfällig und besand sich auf der Rückfahrt von Petersburg. Von der Besatzung sind vier mit Rettungsgürteln versehene Leute auf der Insel Desel als Leichen angetrieben worden. Das Schicksal der übrigen zwölf ist unbekannt.

Auch aus Südamerika bringt der Telegraph die Meldung über den Untergang eines Dampfers. Der einer argentinischen Reederei gehörende Dampfer „Port Rarnad“ hat bei Kap Frio Schiffsbruch erlitten. Zwölf Personen sind umgekommen; das Schiff ist verloren.

Ein Kaplan als Revolverheld.

In der ungarischen Gemeinde Szorna stellte der Kaplan Sütö den Redakteur des dortigen Wochenblattes auf offener Straße zur Rede, weil er sich durch einen Artikel des Blattes getroffen fühlte. Im Verlaufe der Auseinandersetzung richtete der Kaplan den Lauf eines Revolvers mit der Bemerkung gegen die Brust des Re-

daakteurs: „Nun werden wir abrechnen“. Der Redakteur schlug dem Kaplan jedoch den Revolver aus der Hand. Der schiefhalsige Gottesstreiter zog es nun vor, die Abrechnung auf eine spätere Zeit zu verschieben, denn er rückte aus und zog sich in das Kloster zurück. Das verübte Attentat auf den Redakteur wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Neues Unwetter auf Kuba.

Nachdem erst vor einigen Tagen ein Orkan auf der Insel Kuba große Verberungen angerichtet und viele Menschen zum Opfer gefordert hatte, ist am Montag wieder die Insel durch einen Sturm heimgesucht worden. Wie aus Havanna gemeldet wird, stieg die Wasserhöhe in der Stadt infolge des Orkans derart, daß das nördliche Stadtviertel überschwemmt wurde. Die Städte Martinus, Guana le Grifa, Punta Carpes, Cortez und der größte Teil von Artemisa sind zerstört worden. Die Zahl der bei dem Sturm ums Leben gekommenen und Verletzten wird auf etwa 1000 geschätzt. In den Provinzen sind Tausende obdachlos.

Auch die Halbinsel Florida, die südlichste Spitze Nordamerikas, ist von dem Unwetter schwer getroffen worden. Die Eisenbahn ist meilenweit überflutet oder weggeschwemmt. Die letzte telegraphische Meldung aus Key West besagt, daß das Wasser im Begriff ist, in das Telegraphengebäude einzudringen. Menschenleben sind auf der Halbinsel nicht vernichtet worden, jedoch wird der Schaden auf 1 Million Dollar angegeben.

Kleine Notizen.

Ein am Sonntag in Saarbrücken aufgestiegener Ballon wurde während seiner Fahrt nach Frankreich abgetrieben. Nach Angabe der Fahrteilnehmer erhielt der Ballon über dem Fort von Verdun in der Nacht Feuer von französischen Posten; die Balloninsassen blieben aber unversehrt. Der Führer suchte darauf höhere Luftschichten auf, um aus Frankreich herauszukommen. Nach zehntägiger Fahrt landete der Ballon glatt in der Nähe von Etville am Rhein.

Bei einer Kirchweihfeier in Straubing in Bayern kam es im Gasthause zum bayerischen Hof zu einem Streit zwischen dem Wirt und zwei umstürzenden Gästen. Der Wirt griff zum Revolver und erschoss den einen, der zweite wurde durch zwei Angeln schwer verletzt.

Eisenbahnunfall. Bei der Einfahrt in die Station Laufkirchen stieß ein von Diefenhofen in Bayern abgegangener Lokalbahnzug infolge Ueberfahrens des Haltesignals auf einen rangierenden Güterzug. 13 Personen wurden leicht verletzt, 11 Wagen sind beschädigt.

Um 65 000 Kronen betrogen wurde die Lemberger Filiale der österreichischen Kreditanstalt von einem zugereisten Fremden. Er zeigte an der Kasse ein gefälschtes Auftragschreiben vor und erhielt die Summe ansichtslos ausgezahlt. Von dem Schwünder fehlt jede Spur.

Eingegangene Druckschriften.

- Die Juden in Deutschland. Von einem jüdischen Deutschen. 1 B. R. Curtius, Berlin W. 33.
Die Dieterlin, Roman von R. Sander. 4 B., geb. 5 M. Verlag von Karl Reithner in Dresden.
Gerechtigkeit! Ein altes Wort an die moderne Christenheit von H. Kutter. 2,50 M., geb. 3,50 M. — Im Kampf um die Christenheit. Von H. Staudt. 1,50 M. — Das wertvolle Zeugnis vom Leben Jesu. Von S. Lubinski. 3 M., geb. 4 M. — Die müssen! Ein offenes Wort an die christliche Gesellschaft von H. Kutter. 2,50 M., geb. 3,50 M. C. Paderborn, Jena.
Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in Steiermark. 26 Seiten. A. Lindner, Graz.
Das schwarze Buch der Reaktion. Herausgegeben vom Zentralvorstand der Demokratischen Vereinigung. 24 S. — Angestellte und Demokratie. Von S. Kuffner und H. Widemann. 29 S. Demokratische Vereinigung, Schürberg, Kolonnenstr. 64.
Fischer's Bibliothek zeitgenössischer Romane. Bd. 1. Fremden, Wirrungen. Roman von Th. Fontane. — Mary. Roman von Björnstaerne Björnson. — Ironikerleben. Novellen von Gabriele Reuter. Einzelband 1 M., geb. 1,25 M. S. Fischer, Berlin, Hofstr. 10.

Moderne Journalistik.

Manchmal begehe ich in dieser oder jener albernen Träumerei die Torheit, mir einzubilden, daß ich fünfzig oder hundert Jahre später lebe. Dann nehme ich die Bücher der bedeutendsten Autoren, die hervorragendsten Zeitschriften, die bekanntesten Tagesblätter des längst verflohenen Jahres 1910 zur Hand — und wundere mich, wundere mich entsetzlich. Ich wundere mich mit dem Erlaunen eines denkenden Menschen, eines einfach denkenden Durchschnittsmenschen aus dem Jahre 1900 oder 1910 über die literarische Produktion der herrschenden Klasse um 1910. Sind sie denn vor fünfzig Jahren (träume ich) alle dem Vogel Strauß gleich gewesen, daß sie nicht sehen wollten oder nicht zu sehen wagten, oder steckte die gewaltigste gesellschaftlich und geistige Bewegung, die mächtiger als das Christentum und grandioser als alle früheren revolutionären Strömungen über die Welt zog, damals im Jahre 1910 noch so tief in den Ninderschub, war sie noch so unbedeutend und hilflos, genoh sie noch so wenig Ansehen, daß die meisten noch nichts von ihr wußten oder sich ihr gegenüber spöttisch verhielten? Ich schlage die Werke der besten Autoren, der allerrenommiertesten, auf, und suche vergebens nach der schwächsten Widerspiegelung des gigantischen Zusammenstoßes zwischen Kapital und Arbeit. Das (Frage ich 1900) Hauptmann nach seinen Webern nicht mehr gelebt? Hat er nicht gesehen, nicht beachtet, nicht entrückt gelitten beim Ringen derer, die nach oben zu gelangen trachteten? Welch ein entsetzliches Blindheitsspiel trieb man denn in jenen Tagen, daß so viele helle Köpfe, so viele Männer mit ursprünglichem bedeutendem Talent, nichts gehört, nichts begriffen, nichts ergründet, nichts vorempfunden haben. Ich nehme (immer um 1900) die Romane und Dramen von Hulda, Subermann, Wedekind, Dirschfeld, Schnitzler, v. Wolzogen, Maja Viebig, Hermann, Thomas Mann, Gabriel Reuter, und wie sie sonst noch heißen, in die ersten Hände und suche nach einem Echo, einem Refler, einer erkannten Stimme. Nichts. Nicht der leiseste Widerhall. Und weil mir diese überraschende Uebereinstimmung bei den besten dieser Dichter, so gegen 1910, unerklärlich erscheint, und ich andererseits doch gewöhnt bin, aus den anschwellenden Ereignissen jener Tage anzunehmen, daß die Alarmglocken damals doch fast jeden, und sicher die Intelligenzesten, wohl geläutet haben müssen, suche ich nach einer Erklärung. Was war die Ursache? Wie kam das? Warum lebten so viele außerhalb ihrer Gemeinschaft, außerhalb des Westens ihrer Zeit? Warum wirkten sie, trotzdem die meisten von ihnen finanziell unabhängig waren, ausschließlich für die herrschende Klasse, für ihren eigenen Ruhm, ihre eigenen Interessen, ihre eigenen Freuden? Warum waren sie durch ihre „neutrale“ Haltung Feinde des Proletariats und der proletarischen Lebensanschauung? Warum wagte sich keiner der „modernen“ Dichter um 1910 in das Gedränge einer politischen Arbeiterbesammlung? Warum...? Warum hielten sich die besten Zeitschriften in die Gloriosaufklebung der „Objektivität“, warum verhielten sie sich vornehm „über den Parteien stehend“, warum nahm die „Politik“ bei ihnen neben Romanliteratur, Theater- und Kunstkritik eine untergeordnete Stelle ein...?

Da ich des Rätsels Lösung nicht finde und nicht zufrieden bin mit dem armeligen Resultat meiner historischen Untersuchungen (ich lebe immer noch gegen 1900), schlage ich alte Zeitungsjahrgänge nach, bide Bände aus vergilbtem Holzpapier. Mit gierigem Eifer durchblättere ich Monat auf Monat der damals angehenden „Sozialistischen“, das damals einflussreiche „Berliner Tageblatt“, und des damals bei Dose geliesenen Blatt Scherls. Ich trachte ein Bild der damaligen großen Ereignisse in Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal, Rußland zu gewinnen, nötigenfalls ein photographisch-journalistisches Bild — und ich entdehe wohl sensationelle Telegramme, Spalten voll „Neuener Nachrichten“, aber das Hauptfachliche, Bedeutendste, Maranteste und Prägnanteste jener Zeit steht hinter einer spanischen Wand verborgen, um weniger Aufmerksamkeit zu erregen, wird mit „feiner Ironie“ behandelt oder totgeschwiegen. So gut wie die berühmte „Glendmalerei“ aus der Kunst hinweggekehrt ist, so gut werden auch die hervorragendsten Zeitungen mit Arbeiterangelegenheiten und Arbeiterinteressen so viel wie möglich verschont. Die bemerkenswertesten Proteste des Proletariats, Protestversammlungen und Aufzüge, internationale Beschlüsse und Massenfundgebungen, wie sie in keiner anderen Geschichtsperiode, nicht einmal in den Revolutionstagen der Bourgeoisie selbst zu finden sind, werden bei Wiederholung mit ein paar Zeilen in einem unwichtigen Artikelchen vertuscht. Wenn ein Hiesensireif oder eine Ausschließung länger als einen oder drei Tage währt, scheint das in den Jahren um 1910 herum die Leser zu langweilen, sucht man vergeblich einen schlichten Bericht. Wenn der französische Eisenbahnerstreik nicht tägliches Ungemach mit Reisenden, Gepäck und Briefen gesiegt hätte, würde man schon wieder über etwas anderes geredet haben — vermute ich: 1900. Die Energie, der Mut, die Aufopferung Zehntausender, das prächtige Schulten an Schulten marschieren spielt keine Rolle. Ein durch einen Säbelstich getöteter Arbeiter kommt nicht in Betracht. Leonidas, der mit seinen dreihundert Spartanern im Paß von Thermopyla kämpfte und starb, ist ein Held, ein von Gott erkorener Großer — die modernen Proletarier, die tagtäglich ohne viel Geschrei, ohne äußere Aufdringlichkeit gegen einen mächtigeren Feind handhalten, die oft aus Solidaritätsgefühl ihre Familie verhungern lassen und aus Solidaritätsgefühl zu den schönsten Taten gelangen, Taten, die eines Homer würdig wären, heißen nicht Helden, nicht vortreffliche Menschen, sie nennt man Vaterlandsverräter, unzufriedenes Gefindel, Ausschuß, wofür die Maschinengewehre noch zu gut sind.

Ich blättere weiter in der Journalistik aus 1910... Ich lese in einem Telegramm von vier Zeilen über eine Grubenexplosion irgendwo in America, wobei 200 Bergarbeiter umgekommen sind. In vier kurzen, kaum die Aufmerksamkeit erregenden Reihen steht es da, die Todesnachricht von 200 Menschen — und gleich daneben wird ausführlich und anregend in stattlich-breiten Spalten die Beschreibung einer „Metropoltheaternacht“ gegeben. In derselben Nacht ist ein neues Lustspiel, wo nur Sekt getrunken werden darf, das „Trocadero“ (Unter den Linden) eröffnet worden. Man höre was der Journalist mit verklärten Augen darüber schreibt: „13 Uhr nachts. Ich sehe im „Trocadero“ und schreie die Füße hochhalten, weil unter mir eine Flasche Sekt auf dem neuen Teppich ihr Dasein aushaucht. Gott sei Dank habe ich zu ihr nicht die geringsten Beziehungen. Aber in diesem kleinen gelben Vergnügungs-

tempel tobt die Stimmung bis an die Decke. Enganeinander gedrückt sitzt die Gesellschaft. Enttäuschte Frauen und die dazu gehörenden Männer legitimen und illegitimen Charakters lachen und trinken und singen die Refrains der Walzer mit, die eine lustige Wiener Kapelle spielt. Herrgott san mer lustig!... Auf den Wangen tanzen die Haare und stoßen die Sektflaschen mit den Radtiefeln fort, daß sie herumrollern wie die Wurmeln... Ich bin so müdel. Das Leben ist hart — es ist um „Sektische zu werden“, sagt Giampietro als Gardeleutnant...“ (Edmund Edel.)

Ich blättere weiter auf meinem Sofa im Jahre 1900, lese zehn Zeilen über zirka zweitausend Arbeiter, die arbeitlos sind, „weil eine momentane Ueberproduktion in der Industrie vorherrschte“ — und daneben ein padend gefühlvolles, literarisch-sorgfältiges Feuilleton über Essen und Trinken:

„Nicht lange mehr und der Frau ist wieder das einzig unentbehrliche Kleidungsstück. Wästen wir jetzt schon tapfer dieser Zukunft ins Auge. Nur wenige Wochen noch, und sie ist wieder Gegenwart. Dann harren sie wieder unser: die Bouillon in Tassen, das Filet von Seezunge mit gebadenen Ausern, der Rehrücken und die treffliche Putz, die kurzen dicken Spargel, Eis, Rubbing und die Käsefüßel, die der Konditor berichtigt muß, daß sie nicht nach Käse ausseht, sondern eher wie Petit four. Und um die Tische wandeln sie wieder, jene Männer, deren Exterieur ganz dem unsren gleicht, nur daß sie (Hört, Leser!) Baumwolle an den Händen tragen und in den Händen eine Flasche, aus der es schäumt, und die zum größten Teil durch eine Serviette bedeckt wird. Teils damit man nicht merkt, mit welcher Marke man zu kämpfen hat und sie erst am anderen Morgen je nach der Art der Kopfschmerzen erkennt. Teils, damit man nicht sieht, daß die Flaschen nie voll sind. Und schließlich, damit die Herren in den Baumwollenen sich ungehörig den beträchtlichen Rest jeder Flasche selbst einverleiben können. Die Schouwerkläre ist vorbei, die Saison hat uns wieder!“ (Kurt Kraus.)

Ich blättere weiter, überfliege ganze Monate, lese endlose Spalten über Morde, Betrug, aufsehenerregende Prozesse, Theater und Wörse — ich lese von dem welterschütternden Ereignis, daß eine Dame aus Berlin-Weiden zu ihrem Vergnügen, nicht des Geldes wegen, in einem Berliner Kabarett auftritt —, ich lese tausenderlei, aber ein wahres, unverfälschtes Bild von dem, was sich im Volke zuträgt, im arbeitenden Volk, das den Hauptteil jeder Nation ausmacht, bekomme ich nicht. Sonderbar, unerklärlich, dieses unbewußte und zum Teil bewußte Lügen, Schweigen, Nichtbeachten oder völlige Uebersehensein mit dem, was vorgeht, bei allen „Dichtern“, Literaten, Journalisten — um 1910...“

Wenn ich dann genug geträumt und gegrübelt habe, halte ich den Kopf unter die Brause, und der Wirklichkeit von 1910 zurückgegeben, frei von dem unsinnigen „Voraussehen“ meiner Gedanken, zwinge ich mich zu praktischer Arbeit und beginne eine Studie im Geiße unseres Freundes Diehgen über „Klassenegoismus, Trocadero und Schouvertüren“, in der Hoffnung, daß die Großindustriellen, die bei der Hundertjahrfeier der Universität soviel Geld für wissenschaftliche Forschungen zur Verfügung gestellt, es auch mit ermöglichen werden, nach dieser Richtung hin weitere Forschungen anzustellen. Heinz Sperber.



Abzahlungsgechäfte

Credit-Haus Bellealliance... Credit-Haus Moabit... Tarnstraße 55, Ecke Waldstr.

Lubascher, S. Spandau, Potsdamerstr. 231.

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause) Gen-Vertret. Otto Starck

Franz Abraham Hand-Maschinen u. Röhrenwerk

Goldtröpfchen H. Neese, Möhlhäuser Str. 4.

Arbeiter-Bekleidung F. Falk! Nohnen & Jöring

Bäckereien, Konditor. Feronia

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte

Bäckerei „Nordstern“ Inh.: Gest. Müller

Carl Kappler Kunze, Crossbäckerei

Rich. Liebenow Rixdorf, Bergstr. 143

Mache, Carl, Bismarckstr. 11

Peter's Grofsbäckerei In allen Stadtteilen u. Gebirgen

Ulrich Heinrich Witter

Badenanstalten Anstalten von Admiraigarten-Bad

Bürger-Bad Weibitz

Canitz-Bad, Münstraße 2

Bad Frankfurt, Gr. Prkt. Str. 156

Erscheint 2 mal wöchentlich.

National-Bad, Brunnenstr. 2

Bad Ostend Ost-Bad, Pallasenstr. 75

Passage-Bad Reform-Bad, Wiener Str. 45

Römer-Bad Rixdorf, Rumb. Str. 4

Schiller-Bad Schönhausen, Schick Allee 18

Silesia-Bad Schlesische Str. 31

Wende, A., Optiker

Bandagen, Gummw. Lange, A. E., Brunnenstr. 167

Beerdig.-Anst. Sargm. Berndt, W., Pallasstr. 1

Beleucht.-Bogenst. Becker, Reinh., Rixdorf

Bunzel, R., Rixdorf

Kronen-Grossmann Hissauer Str. 92

Neupend, O. P., L. d. Sperr-Nord

Preibisch & Schmiedel

Schramm, W., Richardstr. 118

Berufsbekleidung Wilh. Scholem

Schuch, M., Rixdorf

Wecker, A., Kottbusdamm 28

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Goldbier ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk

S. D. Moewes Hohersteinweg 67

Münchener Brauhaus Berlin

Phönix-Brauerei A.-G.

Richter & Co., J. C. A., Weinfabrik

Roland Schade, Grüner Weg 111

Schlossbrauerei Schöneberg

Westmann 1. Geschäft: Mohrenstr. 27a

A. Kieper, Nowawes Friedrichstrasse 28

Drogen u. Farben Adler-Drogerie

Adler-Drogerie, Apoth. Urban

Michaelis & Co., G. m. b. H.

Butter, Eier, Käse Butterhandlung

J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin

Oskar Seck 13 Geschäfte

Fritz Bartz 8 Filialen

Carl Franke Nachf. 1881

Göbel, Wilh., Hallesche Str. 10

Gorgas, M., Chorinerstr. 13

Alb. Kasnlke Filialen in allen Stadtteilen

Klein, Wilh., Möllerstr. 184

Damenkonfektion Hugo Ahronfeld

Max Arnsdorff Granenstr. 176

König, W., Köpenickerstr. 12

Westmann 1. Geschäft: Mohrenstr. 27a

A. Kieper, Nowawes Friedrichstrasse 28

Drogen u. Farben Adler-Drogerie

Adler-Drogerie, Apoth. Urban

Michaelis & Co., G. m. b. H.

Butter, Eier, Käse Butterhandlung

J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin

Oskar Seck 13 Geschäfte

Fritz Bartz 8 Filialen

Carl Franke Nachf. 1881

Göbel, Wilh., Hallesche Str. 10

Fledler, G., Spand., Klosterstr. 40

Klinik d. Westens Epenierstr. 47a

Krüger, Rich., Linienstr. 2

Ernst Machnow Größtes Fahrradhaus

Rund um Berlin Weinmeisterstr. 5

Gebr. Erbguth Berliner Dampf-Wäscherei

O. Naefe Färberei u. chem. Wäscherei

Taubert, J., Sebastianstr. 68

Fischhandlungen C. Dittmann

Kahl, W., Weidenweg 79

Winkler & Barthold, R. W. Str. 33

Fleischer u. Wurstw. Wilhelm Behr

Robert Bludschus Nachf. Panoramasstr. 1

Bollhardt, J., Rixdorf

Wurst, Speck, Schinken Anton Fehlau

August Halfer Wurst- u. Fleischwaren

Fleisch- u. Wurst-Zentrale Brunnenstraße 76

Feine Fleisch- u. Wurstwaren Landaberger Str. 20

Rockstroh, Karl Grüner Weg 42

Sandow, Rud., Reinkend-Str. 120

R. Wangerin Reinkend-Str. 120

Herron-Artikel Berth. Art, Pennstr. 60

Amerikan. Verkaufshaus Frankfr.

J. Baer Bedstr. 26

Max Flatau Oranienstr. 165

Hamburg-Steghitz, Schulstr. 103

Hirschfeldt Reichenbergerstr. 65

Inhaber Perleberg nur in Fa. S. Perleberg

Max Kaplan, Friedrichstr. 1

S. Kalmel O. Gr. Frankf. Str. 104

Marcus, S., Rixdorf

Marks, F., Rixdorf

D. Perleberg Berlin N., Chausseestraße 63

S. Posner Brunnenstr. 172

Heinr. Ferester Reinkendorferstr. 8

Rosner, Max Schneidormeister

Kohlen, Koks, Briketts

Rud. Beier & Co., Sviernieder Str. 44

Gersberger & Müller Wehlstr. 18

Aug. Grimberger Huslitenstr. 40

Guse & Co., Rixdorf Reuterplatz 3

A. B. Koch Krossenerstr. 1

M. F. Leyke Hauptkontor

J. Ferdinand Leyke sen. Kottbusdamm

Georg Knöpfel & Sohn Lynarstr. Brunnenstr. 14

Gebr. A. & J. Podzuweit Gilmstr. 62

L. Sager & Co., Blumenstr. 22

Heinr. Schunke Filialen in Moabit

Kolonialwaren E. Altkockatz

Gustav Behrens Akazienstr. 180

August Dankert Carl Hinke, Cöpenick

Joh. Eichler Huzelstr. 25

Carl Hinke, Cöpenick

Radolf Pink Turmstr. 6

Heinrich, R., Rixdorf

Kolonialwaren (Fortsetzung)
Karl Mercier, Huttenstr. 3
Meyer, Gust., Insterburger Str. 2
Michaelis, Paul, Nord-Berlin.

Lederwaren
Carl Fessel, Nachstr. 11, Gr. Frankf.-St. 135
Lehranstalten
Harikes Zuschneide-Akademie, Schloßplatz 3, Damen-Wäschschneid., Prospekte frei.

Lau, W., Krumme Str. 54
Lonz & Jagmann, Wabstr. 53
Rob. Linde, Lüdike, Fruchstr. 67
Manka, M., Casperstr. 12
W. Marx, Charl., Osnabr.-Str. 27

Hopp, Jul., Brunnenstr. 133
Janitzkow, F., Turmstr. 45
Gebr. Kassner, Kl. Teilschlag
Herm. Kogel, Hermannstr. 12
Ernst Krämer, Waldstr. 7

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker
Dase, Paul, N. Müllerstr. 174

Selton
Gustav Gembal, Kantstr. 64
Heideke, Paul, Burgsdorferstr. 13
John, A., Memeler Str. 49 a
R. Somrau, Wrangelstr. 118

Warenhäuser
Bernhard, G., Ober-Schöneweide
Bieber, Nl., Yorkstr. 37, am Blf.
Max Blumenreich, Str. 1
Warenhaus Max Codik

Möbel-Lechner
am Rosenthaler Tor Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor
Wohnungseinrichtungen auf Kredit
Eisen-Auswahl

PERSIL
lässt Spitzen, Gardinen, Batist, Waschselle,
alle zarten Stoffe beim Waschen wieder wie neu werden!

Reste
Damenstüchle, schwarze und farbige, Costumes-Stoffe, neueste Muster.
Confection
Paletots, Jacketts, Regenmäntel, Cochenas und Costumes

Eine grosse Ehre
legt die Hausfrau mit dem Inhalt ihres Leinenschrankes ein, wenn sich derselbe schneeweiss und unverdorben dem Auge präsentiert.
Dr. Thompson's Seifenpulver

Henke's Bleich Soda
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalzer, Berlin 4, Tieckstr. 11.
Möbel
Helfert auf Teilzahlung bei kleinsten Anzahlung in bequemer Weise

C. Pelz, Kottbuserstr. 5
Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren
Vorjährige Winter-Paletots Herbst-Anzüge
jetzt 20-40 Mark. Täglicher Verkauf. Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 u.

Sechster österreichischer Gewerkschaftskongress.

(Schluß der Montagssitzung.)

Zunächst erhält Queber den Rechenschaftsbericht der Reichskommission: Die Krisis von 1908/09, die so scharf eingestrichelt hat, ist noch nicht überwunden. Aber sie hat finanzielle die Gewerkschaften nicht erschüttern können. Kein Zentralverband ist genötigt gewesen, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen. In den drei Berichtsjahren haben die Zentralverbände 6340 000 Kr. für Arbeitslosen- und andere Unterstützungen ausgegeben, die Kampfschärfe tragen, vor 3 Jahren waren es nur 3 Millionen. Die Zeit eines verhältnismäßigen Friedens mit dem Unternehmertum ist vorbei. Es laufen über 2000 Tarifverträge im kommenden Jahre ab, wir werden uns in Kämpfen mit dem Unternehmertum zu messen haben. Mehr als 350 000 Arbeiter werden um die Erneuerung der Tarife kämpfen müssen. Wehe uns, wenn wir nicht geschlossen in diese Kämpfe eintreten! Die Zerplitterter werden die Folgen tragen müssen, die Zeit wird kommen, wo die Arbeiterschaft von ihnen Rechenschaft fordern wird. (Beifall.) Die Gewerkschaftsorganisation ist nicht auszurotten, sie kann es nur momentan schlecht haben. Sie wird alles überwinden, nicht weil die Führer es wollen, nein — da entscheiden die Arbeiter allein! Zum Schluß wird der Arbeiter doch zur Ueberzeugung kommen, wohin er gehört. Aus dem Bericht ist die erfreuliche Tatsache hervorgehoben, daß ein dauernder Mitgliederverlust nicht zu verzeichnen ist. Auch die Aufspaltung der Tschechen hat nicht viel geschadet. Die gegenwärtige Situation ist so, daß die Mitgliederzahl aller Verbände im Steigen begriffen ist. Die Organisation der Jugend leistet uns gute Dienste. Sie hat uns 1600 Mitglieder zugeführt und hat selbst 7029 Mitglieder. Wir wünschen, daß die Genossen die Jugendorganisation überall entsprechend unterstützen. Die gewerkschaftliche Organisation ist bis zu einem gewissen Grade eine bürokratische, nur muß der Bürokratismus so leicht erträglich wie möglich gemacht werden. Aber Organisationen, die Millionen verwalten, können nicht ohne allen Bürokratismus bestehen. Wir brauchen gründliche und erfahrene Männer. — Für Lohnkämpfe hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren 5 1/2 Millionen Kronen ausgegeben, doch nicht vergebens, denn für 146 000 Arbeiter wurden Lohnerhöhungen erzielt und für 65 000 Arbeiter Verfürzungen der Arbeitszeit.

Der Ausfenderbericht der Reichskommission ergibt, daß sie 374 000 Kronen eingenommen und 343 000 Kr. ausgegeben hat. Für Schweden hat die Reichskommission 60 200 Kr. gesammelt, die Retaltalarbeiter allein außerdem 50 000 Kr. Ein Solidaritätsfonds, zur Abwehr größerer Angriffe des Unternehmertums wurde vor 3 Jahren geschaffen, läßt aber noch manches zu wünschen übrig. Näheres wird in der vertraulichen Sitzung mitgeteilt werden. Das bisherige System der Markenabnahme ist nicht völlig zufriedenstellend. Wie hoch der Fonds ist, sagt Redner, werde ich hier nicht angeben. Das braucht der Unternehmer nicht zu wissen und manche Organisation auch nicht, die da glauben würde, es sei nicht notwendig, den Fonds noch weiter zu stärken. Für Ausbau und Unterhaltung der Verbände geben wir nicht einen Knoden her. (Weiter.) Wir lassen uns auch durch Versprechungen einer glänzenden Vergütung nicht davon abbringen. Wir haben das Geld auf der Bank und nehmen lieber 1 Proz. weniger, haben es aber dafür stets zur Hand. Redner schließt mit dem Wunsch, daß die Arbeit der Kommission überall anerkannt werden möge. (Beifall.)

Die eingelassenen Begrüßungsbesuche werden verlesen, darunter eine von Rudolf Werta in Brünn, der bedauert, daß er, obgleich von den zentralistischen Gewerkschaften delegiert, nicht teilnehmen kann. Werta ist Beamter der allgemeinen Arbeiterkassen in Brünn, deren Obmann der tschechische sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Banjsek, der bekannte Führer der Separatisten, ist, und es ist dem Genossen Werta der Urlaub zur Teilnahme am Kongress verweigert worden. (Entrüstungsraufe.) Als Grund wird angegeben, daß Werta Mitberausgeber des zentralistischen Arbeiterblattes „Proletar“ und Vorsitzender der zentralistischen Brünnener Gewerkschaftskommission sei, die an erster Stelle den Kampf gegen die Einheitslichkeit der tschechischen Partei führen.

Unter lebhaften Kundgebungen geht der tschechische Genosse Viktor Stein-Wien dieses unerhörte Vorgehen Banjseks an und er beantragt die Abendung eines Sympathiegramms an Werta, worin dieser nochmals zur Teilnahme am Kongress eingeladen wird. Der Kongress beschließt einstimmig die Abendung dieses Telegramms.

Im Namen der tschechisch enorganierten Arbeiter Niederösterreichs spricht Dofegal-Wien, der den Kongress begrüßt und sagt, daß die tschechischen Arbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit an der internationalen Befinnung unüberbrüchlich festhalten, daß sie die Einheitslichkeit der Organisation über alles andere stellen und daß sie vom Kongress erwarten, daß er im Zeichen der Einheit tagen und aussprechen werde, daß alle Feinde der gewerkschaftlichen Einheit Schädiger des Proletariats sind. (Beifall.)

Dierax erstattet Abgeordneter Rudolf Müller vom Eisenbahnerverband den Bericht über die Tätigkeit des Arbeitstatistischen Amtes im Handelsministerium, Abgeordneter Widholz den über die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission und Queber den über die Tätigkeit des Wasserstraßenrates.

Die Weiterverhandlungen werden auf morgen (Dienstag) vertagt.

Wien, 18. Oktober.

(Telegraphischer Bericht.)

Zweiter Tag.

Den Vorsitz führt Hanula.

Der Kongress erteilt der Reichskommission zunächst einstimmig Dehage. Auf dem Kongress sind anwesend 314 Delegierte der Verbände und Vereine mit 359 150 Mitgliedern, ferner 19 Delegierte der Dets-Polabverbände und Kommissionen, 55 Vertreter der Redaktionen der Fachblätter, 17 Mitglieder der Gewerkschaftskommission, 6 Landessekretäre und 28 Gäste, zusammen also 430 Personen.

Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsorganisation.

Referent Queber: Nun sind wir zum wichtigsten Punkt unserer Tagesordnung gelangt. Quymans hat uns gestern aus der Stimmung der Prager Genossen mitgeteilt, daß sie zum Frieden geneigt seien. Die Bohemische hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! (Gehr richtig.) Adler hat uns dargelegt, den guten Willen zum Frieden zu haben, aber die Frage ist doch die, ob der gute Wille allein auch genügt. Ich habe die Versicherung, daß es haben und drüben sich nicht nur um das Wollen, sondern bereits auch um das Können handelt. Die tschechischen Genossen haben immer gesagt, wir sind zu Verhandlungen, zum Frieden geneigt. Aber diese Vereitschaft zu Verhandlungen ist man erst dann in der Lage zu beurteilen, wenn man die Handlungen unserer tschechischen Genossen von der Nähe ansieht. Es scheint mir, daß sie sich hier an das Rezept halten: Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein. (Weiter.) So ähnlich wird es nämlich gegenüber den tschechischen Zentralisten gehandelt. In Kopenhagen ist der Kampf entbrannt, aber der Konflikt besteht, so lange wir die Gewerkschaftsorganisation in Oesterreich haben, seit jener Zeit, seitdem die politische Parteiorganisation getrennt worden ist. (Gehr richtig.) Der Redner gibt eine eingehende Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschafts- und Parteiorganisation in Oesterreich, um diese Ver-

hauptung zu beweisen. Das war in all diesen Jahren, daß die tschechischen Genossen nicht vom Standpunkt der Forderungen der Gleichberechtigung und des Bedürfnisses, nicht von den gewerkschaftlichen Notwendigkeiten ausgingen, sondern in ihren Forderungen immer rein nationale Momente hervorkehrten, gegen die sich die Gewerkschaften stemmen mußten. Sie behaupten, daß die deutschen Genossen die Gewerkschaftsorganisation zur Germanisierung benutzen. Dies wurde schon im Jahre 1904 in einem Briefe an das Internationale Bureau ausgesprochen. Ein solch schwerer Vorwurf mußte uns verletzen, weil er absolut unbegründet war. Alle sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse der tschechischen Genossen haben wir erfüllt, bei Kämpfen haben wir niemals gefragt, ob der Unternehmener ein Deutscher oder ein Tscheche sei, sondern wir sagten uns, wenn er ein Prolet ist, müssen wir alle Kraft anwenden, um seine Progrei zu überwinden. Bei allen Streitigkeiten sagten die Tschechen: Weht uns das und jenes und wenn das erledigt ist, werdet Ihr Frieden haben. Man hat gegeben, was man geben konnte, nur das nicht, was die einheitliche Führung des Kampfes unmöglich gemacht hätte. Daran sind alle Vermittlungsversuche gescheitert. Die Delegierten werden ja berichten können, wie wir den sprachlichen und kulturellen Bedürfnissen Rechnung getragen haben. Nur auf dem einen beharren wir, auf dem gemeinsamen Rahmen der Organisation, auf der Einheitslichkeit und auf der Gemeinsamkeit der Verwaltung unserer Kriegsfonds. Als man das ablehnte, mußte natürlich die Trennung sich vollziehen. Es ist heute so, daß bereits nur noch die Eisenbahner nicht gespalten sind. Wie lange noch, weiß ich nicht. Man hat jetzt auch die Bergarbeiter, wenn auch nicht offiziell, so doch faktisch bereits gesprengt, und unter welchen Formen hier die Spaltung sich vollzieht, darüber werden Ihnen die Bergarbeiterdelegierten selbst Mitteilung machen. Traurige Zustände sind eingetreten. Aber nicht nur traurig für uns. Unmittelbar trifft uns das Vorgehen der tschechischen Separatisten nicht. Wenn man den Leuten den Rat gibt, so und so die Gelder zu verwalten zu lassen und das zu einer besonderen Moral erhebt — nun so lange sie mit uns loszulegen, war es ja gut. Wenn sie aber von uns los sein werden, wird die Sache anders aussehen. Die Leute werden sich an diese Moral gewöhnt haben und der Spieß wird sich dann gegen sie wenden. Es ist bedauerlich, daß eine sozialdemokratische Partei zu einem solchen Mittel greift. (Beifall.) Das, was jetzt in die tschechische Arbeiterschaft hineingetragen wird, wird sich furchtbar an der sozialdemokratischen Partei rächen. Unsere gute Erziehung der Arbeiterklasse hat es mit sich gebracht, daß die heute noch jede andere Strömung von den Gewerkschaften fern gelassen ist, daß noch keine Strömung entstanden ist, die sich direkt gegen die Partei gewendet oder Neutralität zum Prinzip erhoben hätte. Das Schlagwort „Weg von jeder politischen Partei“ ist uns fern geblieben. Aber man läßt sich schon zu viel auf den guten Sinn der Arbeiterschaft hin. Die Gewerkschaften können nicht allein von den politischen Notwendigkeiten der Partei geleitet werden. Dagegen hat sich Rebel gewendet, dagegen haben sich alle führenden Genossen gewendet. Wohl soll bis zu einem gewissen Grade Einheit zwischen der Partei und der Gewerkschaft bestehen. Aber daß die Gewerkschaften unter einer gewissen Parteiführung stehen, das vertritt dieser große Körper nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Dieser Zustand ist nun bei der tschechischen Partei eingetreten. Die tschechischen Gewerkschaften sind untergeordnet und eingezwängt unter die politischen Notwendigkeiten der tschechischen Partei, und zwar ist diese Notwendigkeit nicht unmittelbar eine soziale Notwendigkeit, sondern sie ist eine nationale Notwendigkeit. Wir sind aufrichtig bemüht, daß die Genossen mit heiler Haut herauskommen aus dem, was sie sich selber angezettelt haben.

Auf dem Kongress in Kopenhagen ist unser Standpunkt von den hervorragenden Vertretern des internationalen Sozialismus gebilligt worden. Wir haben den Kongress angerufen nicht, um die Tschechen anzulügen, sondern um sie unter seinem Einfluß wieder auf den richtigen Weg zu führen. Wir wollten ihnen durch eine internationale Entscheidung den Weg zurückbahnen, daß sie ihren Genossen sagen konnten: Sehet, so hat die Internationale entschieden, vielleicht waren wir im Irrtum. Von heute auf morgen werden wir unsere Organisationen nicht auflösen, aber dem Beschluß der Internationale müssen wir Rechnung tragen und ihn im Laufe der Zeit durchführen. Daß es ganz anders gegangen ist, wissen sie. Ich fürchte, man kann drüben nicht mehr zurück, weil es sich schon nicht mehr um die Frage der Organisationsform handelt, sondern Gegensätze, prinzipielle Gegensätze (stürmischer Beifall) gewerkschaftlicher und politischer Art vorhanden sind. Daß wir den Willen zum Frieden haben, ist sicher; aber zu einem Frieden, der möglich ist, einem Frieden, der die Schlagfertigkeit und Kraft der gewerkschaftlichen Organisation nicht unterbindet. Ein Frieden, der das nicht bringt, ist unmöglich, und schade um die Zeit, die wir daransetzen, um zu verhandeln. Von jenem Geist sind wir befreit, und wenn die tschechischen separatistischen Genossen gegen uns den Verdacht hegen, daß wir in dieser Stunde von den Politikern geleitet werden, so irren sie.

Der Redner legt folgende Resolution vor:

„Der sechste ordentliche Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs begrüßt den Beschluß des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, der die einheitliche gewerkschaftliche Organisation in allen Staaten richtunggebend gemacht hat. Die Weisung der Vertreter der Sozialdemokratie der Welt entspringt nicht nur der theoretischen Erkenntnis allein, sondern ist vielmehr aus den praktischen Erfahrungen aller Kämpfe, die das Proletariat um mehr Brot und Kultur in allen Staaten, in Oesterreich insbesondere, führen mußte, hervorgerufen worden. Es ist festzustellen worden, daß die Organisationsform der Gewerkschaft kein lehrer Rahmen ist, sondern einen wesentlichen und grundlegenden Inhalt enthält, die Konzentration der Mittel und Kräfte in sich trägt, die dem kämpfenden Proletariat den Erfolg leichter zu erringen vermag, als durch das getrennt Marschieren und bereint Schlagen. In einer Zeit der wachsenden Macht des international organisierten Unternehmertums, der Groß-, Mittel- und Kleinindustrie, der Beherrschung der Industrie durch Trusts und Banken des In- und Auslandes, wäre es ein verhängnisvolles Beginnen, wenn die Gewerkschaften Oesterreichs auf die einheitliche Führung des Kampfes der organisierten Arbeiterschaft sowohl im Angriff, wie in der Abwehr verzichten wollten, und deshalb verzichteten wollten, weil nationale Biernisse sich dieser Einheitslichkeit entgegenstellen. Von dieser Erkenntnis durchdrungen beschließt der Kongress, an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen organisatorischen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art, sowie der Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hiervon nicht abzuweichen. Der Kongress billigt, daß die Reichskommission im Sinne des Kopenhagener Beschlusses ihre Zustimmung zur Befehdung der Einigungsorganisation, die von der gesamten Exekutive der Sozialdemokratie in Oesterreich in Vorschlag gebracht wurde, gegeben hat. Die Reichskommission ließ sich bei der Beschlußfassung über die Befehdung der Einigungsorganisation von dem Grundsatz leiten, vor dem Gewerkschaftskongress einer Pflicht der Internationale gegenüber und den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Situation zu entsprechen. Anders beurteilt die Prager Kommission die Wichtigkeit des Zusammentritts dieser Einigungsorganisation, indem sie sich die Befehdung dieser Kommission erst nach der Abhaltung des tschecho-slavischen Kongresses vorbehalten. Die Hinausschiebung des Termins der verbindlichen Aussprache über die prinzipiellen Streitfragen, die für den Kongress der Zentralverbände sowie für den Kongress der tschecho-slavischen Organisationen von größter Bedeutung sind, läßt eine Friedensstimmung bei den Separatisten selber

nicht erwarten. Die willkürliche Ausschließung guter und im Dienste der Arbeiterschaft ergrauter Parteigenossen, die rücksichtslos, jeder Verantwortung bare Sprache der tschechischen Parteipresse in Böhmen und Mähren benimmt fast jede Aussicht, einen dauernden Frieden auf diesem Wege zu erreichen. Mit Rücksicht jedoch auf den Beschluß des Kopenhagener Internationalen Kongresses ermächtigt der Gewerkschaftskongress die Reichsgewerkschaftskommission, falls die Prager Gewerkschaftskommission geeignete Verhandlungsvorschläge macht, in Unterhandlungen einzutreten. Sollten diese Verhandlungen dann zu einer die Gewerkschaften befriedigenden Lösung nicht führen, so würde den Zentralverbänden der Kampf um ihre Einheit aufgezwungen werden. So schmerzhaft dieser Kampf sein würde, so müßte er leider in Oesterreich durchgeföhrt werden. Der Kongress richtet daher an alle Arbeiter aller Nationen den Appell, an der Zentralisation der Organisation festzuhalten, die allein den siegreichen Kampf gegen das übermächtige Kapital in Gegenwart und Zukunft dem Proletariat in Oesterreich verbürgt. Es lebe die internationale Organisation des Klassenbewußten Proletariats in Oesterreich!

Sie glauben, es sind Widersprüche und Kompromisse in der Resolution enthalten. So steht die Frage nicht. Wir sind als Sieger von Kopenhagen weggegangen und wir wollen die Geschlagenen nicht demütigen, sondern unseren tschechischen Genossen den Weg zeigen, der zur Einheit führt. (Beifall.) Das kann durch ein Uebergangsstadium ermöglicht werden. Was wir vorschlagen ist noch kein Kompromiß, sondern der Weg dazu. Ein Kompromiß ist noch weit weg. Erst werden die Verhandlungen stattfinden, und die werden erst zeigen, ob ein Kompromiß möglich ist. Da werden unsere tschechischen Genossen selbst zu sagen haben, wie sie sich den Weg zur Einheit in der Organisation vorstellen. Rechnen sie das ab, ja dann haben wir unser Lehtes getan. Sie haben unseren guten Willen gesehen. Aber der Versuch muß jetzt unternommen werden. Wir werden auf diesem Kongress vielleicht beständigen Widerstand finden, besonders bei den tschechischen Genossen, die glauben, daß wir von dem, was der Kongress beschlossen hat, jetzt etwas nachlassen wollen. Das ist ein Irrtum. Von dem, was uns das wichtigste ist, von der Einheit der Organisation, lassen wir nichts ab. Sie glauben, jetzt sei unter allen Umständen die Einheit zu brechen; wir glauben, daß ein Uebergangsstadium geschaffen werden muß. Das sind beide Meinungen, und dessen bin ich gewiß, daß die Meinungen hier aufeinanderprallen. In anderen Ländern ist eine andere Entwicklung. In anderen Staaten haben wir den Sozialismus und den Anarchismus, und anderwärts haben wir die Neutralität, die so weit führt, daß man mit den Bürgerlichen geht. Wir haben unser österreichisches Erbteil. Vielleicht ist es gut, daß der Nationalismus jetzt dreingekommen hat, damit wir den Prozeß schneller überwinden. Bieleicht wäre er noch furchtbarer und zerstörender, wenn er später käme. Heute halten wir ihn noch auf, und ich glaube, wir werden ihn überwinden. Wollen das die Genossen drüben nicht, dann bleibt natürlich nichts übrig als Kampf, aber Kampf nicht nur als gewerkschaftlicher, sondern dann muß der Kampf auf der ganzen Linie, auch politisch, entbrennen. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion beantragt Partune! (Tscheche, Wien), die Resolution einer Kommission von 20 Mitgliedern zu überweisen, um ihr eine verhässliche Fassung zu geben.

Wesla-Brünn beantragt, alle Beziehungen mit den Organisationen abzubrechen, die ihre Beiträge an die tschechische Gewerkschaftskommission in Prag absühren.

Konak-Wien verliest folgende Kundgebung der tschechischen Delegierten:

„Die tschechischen Delegierten zum sechsten Gewerkschaftskongress in Wien haben bei ihrer, am 17. Oktober 1910 abgehaltenen Beratung folgende Kundgebung beschlossen: Nach dem Kopenhagener Beschluß über die gewerkschaftliche Streitfrage in Oesterreich wurden gegen Genossen Dr. Adler verhässliche, in der sozialistischen Bewegung unerhörte Angriffe rein persönlicher Art gerichtet. Die Absicht dieser Handlungsweise ist klar. Durch diese Angriffe soll Genosse Dr. Adler eingeschüchert und dazu gebracht werden, gegen uns den Wünschen der tschechischen Separatisten gemäß Stellung zu nehmen. Der scheinbare Grund dieser Angriffe ist die von Genossen Dr. Adler im Namen der tschechischen Zentralisten in Kopenhagen gehaltene Rede. Wir danken Genossen Adler für seine zutreffenden und männlichen Worte, die aus sozialistischer Ueberzeugung gesprochen wurden und ganz im Einklang waren mit der bisherigen Tätigkeit des Genossen Dr. Adler. Gerade diese seine Tätigkeit berechtigt und berechtigt ihn, Anerkennung, Dankbarkeit und Vertrauen fordern zu dürfen. Das Lebenswerk des Genossen Dr. Adler, die Einigung des Proletariats in Oesterreich zu einer einheitlichen Bewegung, ist hoch erhaben über jede häßliche Kritik und wird von der gesamten Internationale anerkannt. Nur in der tschechischen Partei werden gegen ihn Angriffe gerichtet, und zwar um so schärfere, je weniger Verantwortung in Organisationsarbeiten die Urheber haben, je weniger Verantwortung sie für ihre Handlungsweise zu tragen haben. Wir aber, die wir mit unserem Mut und mit unserer Gesundheit die Organisationen aufgebaut haben, die wir seit Jahrzehnten die Tätigkeit des Genossen Adler verfolgen, die wir wissen, was er für das gesamte Proletariat in Oesterreich und für das tschechische im besonderen vollbracht hat, halten die gegen ihn gerichteten Angriffe für Beschmähungen der Ehre der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die mit Achtung zu dem Manne emporsieht, dessen Leben dem Wohle des Proletariats gewidmet war und ist. Sie dankt dem Genossen Dr. Adler für alles, was er für die Arbeiterschaft vollbracht hat, sie verichert ihm, daß die gesamte sozialdemokratische tschechische Arbeiterschaft von Hochachtung und Vertrauen zu ihm erfüllt ist, sie ersucht ihn, er möge die groben Angriffe nicht für Kundgebungen der Arbeiterschaft, sondern nur als Kundgebungen von einzelnen Unverantwortlichen beiveren. Wir erwarten vom Genossen Dr. Adler, daß er, getragen von dem Vertrauen der tschechischen Arbeiterschaft, auch weiterhin die schwere Aufgabe eines Führers der Sozialdemokratie, in der er sich so glänzend bewährt hat, erfüllen wird. Auf die tschechische Arbeiterschaft kann er absolut rechnen.“

Dr. Adler dankt den tschechischen Genossen, die die Resolution eingebracht haben, aufs herzlichste. Meine Person ist mir gleichgültig bei all diesen Angriffen. Meine lieben Genossen aus Prag, ich sage das in vollem Ernst. Denn mit den Genossen, mit denen wir heute die Differenz haben, habe ich seit 25 Jahren Schulter an Schulter gearbeitet und gekämpft. Sie kennen mich genau und wissen ganz gut, daß das den Alten gar nicht geniert, daß er einen breiten Buckel hat, und daß sie sich da etwas erlauben können. (Weiter.) Ich glaube auch nicht, daß sie mich einschüchtern wollen, unter den vielen Tugenden und Lasten, die ich habe, ist Schüchternheit nicht. (Weiter.) Um etwas ganz anderes handelt es sich. Man wünscht die zentralistischen tschechischen Genossen in dem Licht erscheinen zu lassen, als wären sie nicht selbständig, als würden sie geschoben und beeinflusst von der deutschen sozialdemokratischen Partei in Wien und von der Gewerkschaftskommission in Wien, die man in Prag als deutsche Kommission bezeichnet, während sie in Wahrheit eine internationale Kommission ist und war und sich immer ihrer internationalen Pflichten bewußt war. Ich fühle mich nicht durch die Mißtrauensresolution getroffen. Ich bin überzeugt, die tschechischen Genossen in Prag meinen es mit dem Mißtrauen gar nicht so schlimm. Sie haben im Gegenteil großes Vertrauen zu der Liebe, die ich für alle Parteigenossen, auch für die Separatisten, habe. Sie haben so felsenfestes Vertrauen zu mir, daß sie wissen, sie können mich in dieser Liebe durch die Mißtrauensresolution nicht erschüttern. Den tschechischen Genossen hier sage ich, sie machen die bittersten Tage

Simon wider Reeh.

Eine alte Sache wurde in einer Verhandlung des Schöffengerichts Berlin-Mitte Abteilung 140 am 15. Oktober ausgeglichen. Angeklagt war der frühere Redakteur der anarchischen Zeitung „Der Freie Arbeiter“ Reeh, Privatkläger der Leiter des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Landtagsabgeordneter Genosse Josef Simon zu Nürnberg, der durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin, vertreten wurde.

Im Dezember 1908 brach bei der Firma Frankenstein in Burscheid ein Streik aus, in dessen Verlauf der Privatkläger Simon sich zeitweilig in Burscheid aufhielt zur Schlichtung der Differenzen mit der Firma und auch der Streitigkeiten, die während des Streiks und der sich daran anschließenden Ausperrung zwischen den Gewerkschaften entstanden waren. Ueber diese Tätigkeit des Privatklägers brachte nun der „Freie Arbeiter“ am 17. April 1909 einen Artikel, in dem Simon des Verrats an den Interessen der Arbeiter bezichtigt wurde. Der Artikel enthält auch im übrigen eine Anzahl Beleidigungen. Der Vorstand des Zentralverbandes der Schuhmacher berichtigte in seinem Jahrbuch alsbald diese Entstellungen, und Genosse Simon erhob Privatklage. Diese zog sich nun deshalb so lange hin, weil die Zeugen auswärts vernommen werden mußten und weil der Angeklagte Reeh wegen eines politischen Artikels verhaftet, vor dem Reichsgericht unter die Anklage des Hochverrats gestellt und schließlich zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. In der jetzigen Verhandlung kam ein Vergleich zustande. Reeh gab folgende Erklärung ab:

Die Angaben, die in einem Artikel des „Freien Arbeiter“ Nr. 16 vom 17. April 1909 „Der Schuhmacherkreis in Burscheid“ über eine angebliche eigennütige und Arbeiterinteressen schädigende Tätigkeit des Privatklägers Simon als Leiter des Schuhmacherverbandes gemacht sind, haben sich durch die Beweisaufnahme als unrichtig herausgestellt, und ich nehme sie und die in dem Artikel enthaltenen sonstigen Beleidigungen zurück.

Reeh verpflichtete sich, diese Erklärung im „Freien Arbeiter“ zu veröffentlichen und die Kosten zu tragen. Kläger nahm darauf die Klage unter der Bedingung zurück, daß die Veröffentlichung auch wirklich erfolge.

Revolververhältnisse im Schwurgerichtssaal.

Zu einer kleinen Revolversehenserei — allerdings ganz harmloser Art, kam es gestern in einer Sitzung des Schwurgerichts des Landgerichts I, welches unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt mit einer neuen Tagung begann. Vor Anklage stand ein völlig unblutiger verlaufenes Liebesdrama, bei welchem verschiedene zum Teil recht tragikomische Momente zur Sprache kamen. Wegen versuchten Totschlages war der Kernmacher Adolf Fische angeklagt. — Der 24jährige Angeklagte war in der Kernmacherei der Aktien-Gesellschaft für Metallindustrie vorm. J. Vuhle u. Co. in der Ritterstraße 12 beschäftigt. Hier lernte er die in derselben Abteilung beschäftigte erst 17jährige Arbeiterin Emma Sander kennen. Zwischen den beiden jungen Leuten entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches nach Angabe des Angeklagten auch zu einer Ehe führen sollte. Schon nach kurzer Zeit glaubte J. Anlaß zur Eifersucht zu haben, da ihn die S. auffallend kühl behandelte. Die eigentliche Ursache der Zurückhaltung des jungen Mädchens war jedoch, daß Fische sehr nervös und leicht erregbar war und ihr häufig ohne jede Veranlassung Vorwürfe machte. Die Folge war schließlich, daß die S. ihrem Liebhaber den Laufpaß gab. Der Angeklagte kaufte sich für einige Mark einen Schießprügel, der eigentlich schon mehr zum alten Eisen gehörte. Mit dieser Waffe versehen lauerte er der S. am Morgen des 1. September auf. Als diese erschien, gab er einen Schuß ab, der fehl ging. Seine Versuche, noch mehr Schüsse abzugeben waren vergeblich, da der Revolver freiste. — In der gestrigen Verhandlung wurde von dem Verteidiger des Angeklagten die Behauptung aufgestellt, daß der Revolver überhaupt nicht geeignet sei, einen Menschen zu töten. Es wurde daraufhin ein Sachverständiger herbeigeholt, der auf dem hinter dem Schwurgerichtssaal gelegenen Karriboir Schießversuche anstellte, welche ergaben, daß es sich um eine völlig minderwertige Waffe handelt. Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Keine Klassenjustiz?

Russische Studenten hausten in der Nacht vom 18.—19. Mai auf der Straße Schönborn-Reichbäcker bei Ritzow. Chausseebäume brochen sie teils ganz ab, teils wurden die Bäume stark beschädigt, von Kirschbäumen, Linden und Eichen wurden die Hauptäste abgebrochen, ferner große Steine in den Verkehr hindernder Weise auf die Straße geworfen und ruhestörender Lärm verübt. Drei Technikumsbesucher waren es, die so das Gastrecht mißbrauchten. Dem Schöffengericht Ritzowida wurden gegen diese hohe Strafen verhängt, vom fernerer Besuche des Technikums wurden sie ausgeschlossen. Darunter befand sich auch der am 25. September 1885 in Petersburg geborene Paul Wischhoff, der zu zwei Monaten Gefängnis und zehn Tagen Haft verurteilt worden war. Als bodenlose Gemeinheit und Mißbilligkeit wurden die Taten dieser Jelden in der Urteilsbegründung bezeichnet.

Gegen das schöffengerichtliche Urteil wendete sich Wischhoff, besonders gegen die Straftat; die beiden Komplizen hatten sich bei dem Urteil beruhigt. Wischhoff wollte glauben machen, daß er bei Begehung der Tat infolge sinnloser Betrunktheit in unzurechnungsfähigem Zustande gehandelt habe. Damit kam er aber nicht an. Das schöffengerichtliche Urteil wurde aber bezüglich der Straftat aufgehoben und an Stelle der Freiheitsstrafe Geldstrafen gesetzt, um dem Verurteilten die Möglichkeit des weiteren Besuches des Technikums und die Fortsetzung seiner Studien zu ermöglichen. Das Gericht setzte die Geldstrafen für die zwei Monate Gefängnis auf 1000 M. und für die Haftstrafe auf 30 M. fest.

Das ist gewiß ein Entgegenkommen, wie es sonst nicht geübt wird. Mit Geld läßt sich halt manches machen. Die Reichen kaufen sich von Freiheitsstrafen los, die Armen, die dem Strafgesetzbuch verfallen, müssen drummen, und nicht zu knapp. Als im Frühjahr zwei betrunkene Arbeiter in den Anlagen des Voderplatzes Rosenbüschen herausgerissen hatten, erhielt jeder 8 Monate Gefängnis. Von Rechts wegen!

Wegen 11 Mark ins Zuchthaus.

Wegen unternehmerischer Verleitung zum Meineid ist am 2. Juni vom Landgericht Raumburg der Landwirt Karl Friedrich Probst Nr. 3 zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden. Eine seiner Kühe war gestorben und der Händler Reichmann wollte das Fell für 15 M. kaufen. Der Angeklagte versprach, es ihm zu senden und übergab es dem Gemeindeveterinär Lange. Dieser gab dem Sohne des Angeklagten das Geld, behielt aber das Fell noch bei sich. Anzwischen hatte der Händler Rothe dem Angeklagten 26 M. für das Fell geboten. Probst sagte, er habe es zwar schon verkauft, aber er wolle es ihm doch geben. Er ließ es unter einem Vorwande von Lange zurückholen und verkaufte es an Rothe. Als später Reichmann dem Angeklagten auf Herausgabe des Felles verklagte (Probst hatte allerdings die 15 M. vorher zurückgegeben), suchte Probst den Lange zu bereuen, vor Gericht auszusagen, daß er die 15 M. noch nicht übergeben hatte, als Probst das Fell zurückholen ließ. Lange erstattete jedoch seine Aussage der Wahrheit gemäß. — Die Revision Probsts wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen.

Briefkasten der Redaktion.

N. 13. 1. Sie müssen zunächst den Armenkommissionsvorsteher um ein Armutsgutachten angehen und dies dann dem Prozeßgericht mit

Erhöhen wie unsere Zollmannern gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, erschweren die betroffenen Länder die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse. So ging und geht das Spiel auf der ganzen Linie; die Staaten bewegen sich im Zirkeltanz, hemmen gegenseitig ihre ökonomische Entwicklung. Und die oberstelektische Monianindustrie muß auch für die landwirtschaftlichen Böde und Grenzsperrere gegen Rußland lähen und sie verlangt dafür vom Staat Tarifvergünstigungen. Eine Liebesgabe gegen die andere! Im Geschäftsbericht der Laurahütte liest man:

„Im Abzug eingeehrt durch die einkstweilen noch unübersteigbaren österrischen und russischen Zollmannern, dazu gezwungen, infolge allmählicher Erschöpfung des heimischen Vorkommens, sich die benötigten Erze auf weite Entfernungen zu beschaffen, kann die Oberstelektische Eisen- und Stahlindustrie, deren Weiterbestand auch aus wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rücksichten eine zwingende Notwendigkeit ist, immerhin nur bis zu einem gewissen Grade sich auf ihre eigene Kraft stützen. Darüber hinaus muß aber unser Erze durch die Hilfe eines Mächtigeren, nämlich der insbesondere durch ihre Eisenbahntarife dazu befähigten Staatsregierung einsehen, um eine alleinigelebene Industrie lebensfähig, blühende deutsche Gemeinwesen steuerkräftig und ein gewaltiges Heer von bewährten treuen Arbeitern erwerbs- und damit auch steuerkräftig zu erhalten. Die Erkenntnis, daß in dieser Hinsicht unbedingt etwas geschehen muß, hat die Eisenindustrie Oberstelektens veranlaßt, am 14. Oktober 1909 dem preussischen Staatsministerium eine ausführliche Denkschrift über die Notlage der oberstelektischen Eisen- und Stahlindustrie zu übermitteln und Vorschläge zu machen, wie unserer Ansicht nach die Staatsregierung in der Lage wäre, in wirklamer Weise für eine Befreiung der schlimmsten Schäden zu sorgen. Wir dürfen wohl auch hier der Hoffnung Raum geben, daß dieser Schritt, zu dem wir uns nur unter dem harten Zwange der Verhältnisse entschlossen haben, von Erfolg begleitet sein wird, umso mehr, als vor kurzem dem gleichfalls schwer um seine wirtschaftliche Existenz ringenden Industriebezirk an Sleg, Zahn und Dill wertvolle Tarifvergünstigungen zuell geworden sind.“

Jetzt betteln die Industriellen um Unterstützung und zu der Neuordnung der Handelsverträge rufen sie auf weitere Erhöhung der Zollmannern, die natürlich auch wieder Repressalien der anderen Länder gegen Deutschland im Gefolge haben würde. Diese Entwicklung der Dinge sollten sich besonders die Arbeiter merken. Sie für die Zollnerer einzulangen unter der falschen Flagge „Schutz der nationalen Arbeit“, ist der Land- und Schlossfeudalen heißes Gemähen. Daß die Zollpolitik den Arbeitern aber Nutzen bindet, leben sie recht drastisch am vorstehenden Beispiel. Die Arbeitslosigkeit wird eingeschränkt, die Mehrbelastung durch Böde wirkt scharf lohnbedrückend und offenkundig steigert die Zollpolitik die antisozialen, die schorfmachereische Stimmung.

Banquillimente in China. In China ist plötzlich eine heftige Finanzkrise ausgebrochen, der bereits eine Anzahl von Banken in Peking und Schanghai zum Opfer gefallen sind. Dreizehn Banken in Peking haben die Zahlungen eingestellt, und mehrere Banken in Schanghai haben das gleiche Schicksal erlitten. Es sind durchwegs nationale chinesische Institute, während die in China etablierten deutschen Banken von der Krise nicht ergriffen worden sind, sondern im Gegenteil, einzelnen chinesischen Instituten zu Hilfe kommen konnten. Bei den Banken in Peking und Schanghai haben sich die gewohnten Szenen der Volksaufregung abgepielt. Die chinesische Bevölkerung, die bekanntlich sehr arm ist und für ihre mühsame Arbeit die kärglichsten Löhne bezieht, hatte bei den Banken ihre Ersparnisse hinterlegt, welche durch den Zusammenbruch als verloren zu betrachten sind. Auf einzelne dieser Institute fand ein Aufruhr statt, der zwei Tage dauerte und durch das Einschreiten der Polizei in Schranken gehalten werden mußte. Von der Bevölkerung und von den deutschen Banken, welche von der Krise nicht berührt wurden, wird eine Hilfsaktion der chinesischen Regierung für die in Schwierigkeiten geratenen nationalen Institute begehrt, weil sonst die Krise weitere Kreise ziehen könnte. Die Ursache des Zusammenbruchs einer so großen Anzahl von Banken ist in der übermäßigen Gummispekulation zu erblicken. Es scheint, daß diese Finanzinstitute in Summi und noch mehr in Gummiaktionen enorme Positionen aufgehäuft haben, welche durch den Kursfall des Kautschuks und der Gummihäute noliteid geworden sind. In Ostafrika, namentlich auch in Singapur scheint eine wilde Gummispekulation bestanden zu haben. Malaka, die Strait-Settlements, sowie andere Inseln des indischen Archipel sind in der letzten Zeit mit Gummispekulationen bedeckt worden. Zahlreiche Gummigesellschaften wurden gegründet; jetzt hat man den Krach.

Soziales.

Eine abgemietete Boykottklage.

Der frühere Steinbruder, jetzige Restaurateur Eigtus Herrmann, Berlin, Bergmannstraße, hatte gegen den Bevollmächtigten Hof der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Lithographen, Steinbruder und verwandter Verufe eine Schadenersatzklage wegen Verhängung des Boykotts angestrengt. S. Herrmann ist der Verwalter eines gelben Arbeitsnadelwerkes, durch den Arbeitskräfte zu geringeren als den ortsüblichen Löhnen vermittelt werden; auch stellt er bei Streiks Arbeitswillige zur Verfügung. Am sich als eine besonders verfolgte Unschuld hinzustellen, wandte er einen alten Bodenbüler an und stellte die Behauptung auf, man gebe nur deshalb gegen ihn vor, weil er kein Sozialdemokrat sei; ferner hob er hervor, die Sperrere werde mit unläuteren Mitteln betrieben. In zwei Instanzen, Landgericht Berlin und Kammergericht, ist er mit seiner Klage bereits abgewiesen worden. Er konnte sich jedoch dabei nicht beruhigen und rief die Entscheidung des Reichsgerichts an. Am Montag befahle sich die oberste richterliche Instanz Deutschlands mit dieser Angelegenheit und wies den Kläger mit seiner Klage kostenpflichtig ab, da der Kampf gegen den wilden Arbeitsnadelwerkes ein berechtigter und mit lauterer Mitteln geführter war.

Durch die Klageabweisung erleidet auch der hinter dem Kläger stehende Schutzverband deutscher Steinbrudereibesitzer, deren Schütling S. Herrmann ist und auf dessen Betreiben die Erhebung der Klage wohl überhaupt zurückzuführen ist, eine gefährliche moralische Niederlage.

Beamtenbestechung.

Eine umfangreichere Anklage wegen Bestechung wurde gestern gegen den früheren technischen Eisenbahnsekretär Gustav Strahle vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Der Angeklagte wurde beschuldigt, zu Berlin und Schöneberg durch sieben selbständige Handlungen als Beamter für in sein Amt einschlagende an sich nicht pflichtwidrige Handlungen Geschenke angenommen oder gefordert zu haben. Der Angeklagte war im Jahre 1886 als Bauaufseher in den Dienst der Staatsbahnverwaltung eingetreten und ist 1901 zum technischen Eisenbahnsekretär ernannt. Seit 1904 wurde er als technischer Eisenbahnsekretär im technischen Bureau der königlichen Eisenbahndirektion Berlin mit Ausschreibungsarbeiten, Aufstellen von Verträgen und Rechnungen und dem Schriftwechsel für Neubauszwecke beschäftigt. Er ist verheiratet und durch lange Krankheit seiner Frau in finanzielle Bedrängnis geraten. Er soll nun in sieben Fällen von Vertretern solcher Firmen, die sich um Bauarbeiten für die Eisenbahn bewarben, „Darlehen“, die in Wahrheit als Geschenke anzusehen waren, entnommen haben. Es handelt sich dabei um Summen von 150 M., 1000 M., 200 M., 5000 M. usw. u. s. w. Der Angeklagte ist wegen dieser Vorkommnisse im Disziplinarverfahren mit Dienstentlassung bestraft worden. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten in 5 Fällen zu 3 Monaten Gefängnis.

Durch, sie haben schwere Kämpfe als Gewerkschafter und Sozialdemokraten zu führen. Wenn Sie mir nun einen wahren Beweis des Vertrauens geben und die Erfahrungen anerkennen wollen, die ich in so langer Arbeit hinter mir habe, bitte ich Sie um eins: Nützen Sie sich, lassen Sie den Grimm und die begriffliche Bitterkeit, die in Ihnen aufgestiegen sind, nicht das Uebergewicht gewinnen. Ich spreche als Sozialdemokrat, als internationaler und als deutscher Sozialdemokrat, wenn ich sage: Wir können nichts Schlimmeres erfahren, als eine Spaltung und Trennung der tschechischen Partei, nichts Schlimmeres für die Tschechen, nichts Schlimmeres für die Deutschen, nichts Schlimmeres für die österreichische Internationale. Ich sage den tschechischen Freunden noch einmal, wir wollen, was geschehen ist, verwinden, alle diese schweren Dinge, die über Sie gekommen sind, diese Ausschließungen, die niemandem so bitter sind als mir, weil die Ausgeschlossenen doch Leute sind von unferem Fleisch und Blut. Wenn unfer sachlicher Streit auf dem Gebiete der Gewerkschaft beendet ist, werden all diese Bitternisse weggeschwemmt werden. Ich habe das Vertrauen, daß sich Vernunft und Wahrheit bei Zentralisten und Separatisten wieder durchsetzen werden. Wenn Sie wirklich einiges Vertrauen zu mir haben, dann schneiden Sie nicht alle Häden ab, brechen Sie nicht alle Brücken ab, sprechen Sie Ihre Überzeugung aus, aber halten Sie fest daran, mit den Leuten, die uns heute am bittersten bekämpfen, werden wir wieder zusammenstehen und gemeinsam arbeiten. Das glauben Sie mir als alten erfahrenen Mann in den Kämpfen und Wirnissen der sozialdemokratischen Partei und des Proletariats. Auf mich können Sie immer zählen für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die ich vom ersten Moment an als den wichtigsten Teil der proletarischen Bewegung betrachtet habe. (Stürmischer Beifall.)

Wrodedh. Prag (Tscheche, Zentralist, Eisenbahner): Unerantwortliche Personen haben versucht, einen separatistischen Keil in die Eisenbahnerorganisation zu schieben. Wir sind nach Prag gegangen und haben mit der Parteiführung gesprochen. Sie hat uns zugesichert, die Partei wird die Bestrebungen auf Gründung einer neuen Eisenbahnerorganisation nicht unterstützen und ihre Leute anweisen, nichts zur Zersplitterung des alten Verbandes zu unternehmen. Wir haben unsererseits daraufhin Neutralität versprochen und halten uns dadurch gebunden, damit es nicht heißt, wir täten daselbe, was man den Separatisten vorwirft, die Organisation zu zersplittern.

Verschiedene Anträge der tschechischen Delegierten wollen eine Verschärfung der Resolution. Es soll in ihr die einheitliche Gewerkschaftsorganisation und nicht bloß die einheitliche Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art verlangt werden.

Lauer. Wien (Tscheche, Schneider): Die deutschen Genossen haben keinen Begriff, welche Ausdehnung und welche Form der Kampf unter den tschechischen Arbeitern selber bereits angenommen hat. Daher wird es Ihnen leichter als uns, von Einigung zu reden.

Frau Staunice. Brünn schildert den mit größter Leidenschaft geführten Kampf in Brünn, dem Ausgangspunkt des Separatismus, der Formen angenommen habe, die die, welche seit 20 Jahren in der Bewegung stehen, für unmöglich erachtet haben. Die Separatisten wollen nicht alles Geld an sich reißen und es verwalten, das bisher nach Wien geschickt worden ist. Man wies uns vor, wir wollten eine neue Partei gründen. Aber unsere Partei ist in Wirklichkeit die alte, prinzipientreue, internationale Partei.

Stongesteiger wünscht eine prinzipielle Entscheidung in der einen oder anderen Richtung. Der Separatismus dringt bereits in die Alpenländer ein.

Kraml (Tscheche): Wenn man die einheitliche gewerkschaftliche Organisation anerkennen wird, dann werden wir eine einheitliche politische Organisation in Prag erreichen. Hier gibt es nur ein Entweder-Oder. Entweder wird die einheitliche gewerkschaftliche Organisation anerkannt, oder wir erkennen die einheitliche politische Organisation nicht an.

Kadornik. Brünn: Die Resolution genügt unserem Standpunkt nicht. Wir wollen Klarheit haben. In einem Schritt, der die Verschönerung ermöglichen soll, sind wir bereit, aber wir erklären, daß er der allerletzte sein soll, sonst reiht die Anarchie bei uns ein.

Paul (Sattler, Deutscher, Wien): Die Separatisten wollen einen separaten Staat innerhalb der Sozialdemokratie gründen. Wder will einen Ausgleich anbahnen. Man rufe ich zu: Landrat werde hart! Eine Verständigung ist nicht mehr möglich. Die Separatisten sind nicht mehr zurückzugewinnen. Was den Jungtschechen nicht gelungen ist, eine Spaltung der tschechischen Arbeiterschaft, hat Kemez vollbracht. Wenn Banjel, Tuzar und Kemez von den Unternehmern und der Regierung bestochen wären, könnten sie nicht anders handeln.

Jawonika. Prag: Alle Brücken sind abgedrochen. Eine Einigung kann nur durch Konzessionen erreicht werden und dazu ist man hier nicht mehr bereit. Wir müssen eigene politische Organisationen errichten.

Stein. Wien: Den Beschlüssen der tschechischen Separatisten darf man nicht trauen. Im März beschließen sie, niemand darf wegen seiner Zugehörigkeit von den Zentralorganisationen ausgeschlossen werden, und im September schließen sie mehrere Sekretäre der Zentralorganisationen aus der Partei aus. Der Separatismus bleibt bei der Gewerkschaft nicht stehen. Er hat bereits die Reichskommission für die Krankenlosen gesprengt. Die Separatisten nennen uns bestochen, aber die Ausgeschlossenen fassen den Ausschluß aus der Partei als Entlohnung auf. Wir fühlen uns aber so stark, daß wir für Einigungsbemühungen sind. Nur darf in der Einigungskommission sowohl Freiheit und Konzessionen den Separatisten nicht gelassen werden, wie die Resolution es will. Sie muß daher verschärft werden.

Im gleichen Sinne sprechen sich noch eine ganze Reihe von Rednern, hauptsächlich Tschechen, aus. Alle verlangen eine Verschärfung der Resolution. — Mar. Wien (deutscher Bauarbeiter) tritt auch dafür ein. Für keine Industriezweig sei die Zentralisation so notwendig, wie für das Baugewerbe, und gerade hier haben die Separatisten mit der Sprengung begonnen.

Die weitere Debatte wird dann auf morgen (Mittwoch) vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Berrückte Wirtschaft.

Zunker und Scharmacher ergehen sich zurzeit in Erzeffen des Arbeiterhaßes. Das sind Vorspiele für die nächsten wirtschaftlichen Kämpfe! In ihrer unerfülllichen Hablust streben die Agrarier nach Erhöhung bestehender und Einführung neuer Böde auf Lebensmittel. Und auch die industriellen Großunternehmer drängen auf Verstärkung der Zollmannern. Die Verwirklichung solcher Pläne muß die Lebenshaltung weiter verteuern, das Preisniveau aller Waren erneut in die Höhe treiben. Die weitere Folge davon ist bei der Arbeiterschaft ein verstärkter Anreiz, die Verteuerung durch Einkommenserhöhung auszugleichen. Den Zwang dazu verstärkt die Einführung neuer Steuern, die der Wolloch Militarismus notwendig macht und die, wie immer, auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden sollen. Da heißt es nun für die Zollmänner und Freunde indirekter Steuern, die Arbeiterschaft härter zu knebeln, damit sie sich gegen die Anschläge auf ihr materielles Wohl nicht wehren kann. Einengung des Koalitionsrechts soll den Gewerkschaften den wirtschaftlichen Kampf erschweren, damit die Last neuer Steuern und Böde auf den Arbeiterschultern ruhen bleibt. Daher ist es angebracht, auf die Widersinnigkeit der Schutzzollpolitik hinzuweisen. Das befördert aus anderen Motiven die Verwaltung der Laurahütte. In ihrem letzten Geschäftsbericht verlangt sie Staatshilfe gegen die ruinös wirkende Schutzzollpolitik. Die Zollnerer in Deutschland hat selbstverständlich auch unsere Nachbarn veranlaßt, sich derselben Prozia zuzuwenden.





Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Die vierte und fünfte Abteilung hält am Freitag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, einen gemeinsamen Jahrlabend im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12 ab.

Friedenau. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Reckelle, Handjerystraße 60/61 statt.

Tempelhof. Der Wahlverein veranstaltet einen sechs Abende umfassenden Unterrichtskurs über das Parteiprogramm.

Straßen. Heute abend 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: Bericht vom Parteitag in Magdeburg.

Adlershof. Am Freitag, den 21. Oktober, findet im Lokal des Herrn Wöllstein, Biomarktstr. 24, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt.

Brix-Budow. Sonnabend, den 22. Oktober, feiert der Wahlverein sein Stiftungsfest in Maadag Gefäßeln, Chausseestraße 30.

Köpenick. Heute abend 8 Uhr findet im „Stadtheater“ eine öffentliche Protestversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Körperliche Übungen und Pausen.

Das preussische Kultusministerium hat neuerdings der Ausbildung des Körpers größere Aufmerksamkeit zugewandt. Es ist nicht nur eine dritte Turnstunde dem Plane der Volksschulen eingefügt, sondern auch angeordnet worden, daß an den Schultagen ohne Turnstunde in allen Klassen fünf bis zehn Minuten auf körperliche Übungen (Atemübungen) verwendet werden sollen.

Der erste Berliner Mäßigkeitsverein. In dieser Zeit, in der die Bräueren immer mehr über den Fortschritt der Antialkoholbewegung klagen, interessiert es vielleicht, zu erfahren, daß die Bestrebungen gegen den Mißbrauch des Trinkens in Berlin bereits circa 75 Jahre alt sind.

Doppelte Steuerzahlung.

Unter der Ueberschrift: „Der Strafmonat“ veröffentlicht der in Steuerfachen tätige Magistratsrat Dr. Krenski in der „Volks-Zeitung“ folgende recht bemerkenswerte Darlegung: „Im Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 bestimmt § 60 Nummer 2b bezüglich des Aufhörens der Gemeindeeinkommensteuerverpflichtung: „Die Steuerpflicht erlischt durch das Aufgeben des Wohnsitzes, Sitzes (bei Aktiengesellschaften und sonstigen steuerpflichtigen juristischen Personen) oder Aufenthaltes mit dem Ablauf des Monats, in welchem der Wohnsitz, Sitz oder Aufent-

halt tatsächlich aufgegeben ist, sofern jedoch bis zu diesem Zeitpunkt der Gemeindebehörde hierüber keine Anzeige erstattet ist, erst mit dem Ablauf des folgenden Monats.“

Verzieht ein Steuerpflichtiger am 31. Oktober von Berlin nach einem Vorort und meldet er sich beim Magistrat Berlin bis zu diesem Zeitpunkt nicht ab, so muß er in Berlin noch für den Monat November Gemeindecinkommensteuer bezahlen, obwohl er von dem Vorort schon vom 1. November ab gleichfalls zur Gemeindecinkommensteuer herangezogen wird.

Dieser „Strafmonat“, der als Rechtsnachteil für die unterlassene oder verspätete Abmeldung gesetzlich vorgeschrieben ist, erregt in den Kreisen der davon betroffenen Steuerzahler jedesmal heftigen Unwillen, der sich sogar bis zu schriftlichen Vorwürfen über die Gesetzeskenntnis der Beamten steigert, da doch das Gesetz Doppelbesteuerung verbietet.

Das Oberverwaltungsgericht hält daran fest, daß die übliche polizeiliche Abmeldung nicht genügt. Es verlangt nach dem Wortlaut des Gesetzes eine Abmeldung bei der Gemeindebehörde, dem Magistrat oder der Steuerdeputation. Trotzdem ist die Steuerdeputation den Steuerpflichtigen soweit entgegengekommen, daß sie sich nach dem Stempel des Polizeireviers auf den Abmeldebekommen richtet.

Bei der Staatseinkommensteuer gibt es keinen Strafmonat. Hier genügt die gewöhnliche polizeiliche An- oder Abmeldung. Wer also aus Berlin verzieht, der muß dafür sorgen, daß seine polizeiliche Abmeldung am letzten Monats- tage auf dem Polizeirevier abgestempelt wird.

Ueber die Brandkatastrophe in der Neuen Friedrichstraße wird amtlich folgender Bericht erstattet: „Durch die polizeilichen Ermittlungen über die Brandkatastrophe in der Neuen Friedrichstraße, der sieben Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ist festgestellt worden, daß in den Geschäftsräumen, in denen der Brand stattgefunden hat, ohne polizeiliche Genehmigung Einbauten (durch Aufstellung von Zwischenwänden und Herstellung einer Garderobe für das Personal) vorgenommen worden sind, durch die der Zugang zu der Haupttreppe beschränkt wurde, daß ferner die Türen zu zwei der vorhandenen Treppen unzulässigerweise während der Zeit, in der sich in den Geschäftsräumen Personen befanden, verschlossen gehalten worden sind und deshalb die gefährdeten Personen nur durch einen Ausgang das Freie gewinnen konnten, daß endlich auch das Schloß dieser Tür insofern vorschriftswidrig war, als sich daran ein Nachriegel befand, der allem Anschein nach von den Verunglückten in der Verwirrung für die Türklinke der unverschlossenen Tür gehalten und umgedreht worden ist und so die Verriegelung dieses einzigen, bis dahin freien Ausganges bewirkt hat.“

Ob und inwieweit hieraus ein strafrechtlich zu ahndendes Verschulden des Geschäftsinhabers oder anderer Personen zu folgern ist, wird die strafrechtliche Untersuchung, die noch nicht abgeschlossen ist, ergeben. In der gestern im Polizeipräsidium abgehaltenen Konferenz ist beschlossen worden, mit Strenge darauf zu halten, daß in Betrieben, in denen leicht brennbare Stoffe in größerer Menge angehäuft sind, die Geschäftsräume oder Arbeitsräume mindestens zwei an entgegengesetzten Enden liegende Ausgänge haben, die während der ganzen Zeit, in der sich Personen in den Räumen befinden, unverschlossen gehalten werden müssen und nur durch eine lösbare Blombe gesichert werden dürfen.“

Der Bericht erweist, daß in dem Brandhaus schwere Verstöße gegen die feuerpolizeilichen Bestimmungen geübt worden sind und daß infolgedessen die Arbeiterinnen zu Tode gekommen sind. Wenn die Polizei ihr Augenmerk mehr auf den Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen in gewerblichen Betrieben richten würde, als auf die Niederfabelung harmlos ihres Wegs gehender Arbeiter, würde sie sicher in weiten Kreisen sich größerer Sympathie erfreuen, als das heute der Fall ist.

Wegen die Lustbarkeitssteuer nahm eine Versammlung von Vertretern der größeren Interessentenverbände Stellung. Der Verband der Berliner Theaterleiter hatte diese Sitzung einberufen, um eine gemeinschaftliche größere Aktion aller in Frage kommenden Kreise einzuleiten. Der Versammlung wohnten unter anderem bei: Geheimrat Jacob und Dr. Koppel für den Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, Dr. Osterleib für die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, Otto Neumann-Hofer für den Großen Berliner Opernverein sowie Vertreter des Saalbesitzervereins, des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes, des Vereins der Berliner Musiker, Vertreter des Kinetographenverbandes, der Berliner Gastwirte und andere sowie vom Verband Berliner Theaterleiter die Herren Direktor Gregor, Dr. Jidel und Herr Patzig als Vertreter des Herrn Dr. Löwenfeld. Alle Anwesenden waren sich über die geradezu verheerende Wirkung, die eine etwaige Einführung der Lustbarkeitssteuer erzielen würde, einig, und gaben alle dem Gedanken Ausdruck, keine Mittel unterzucht zu lassen, um die ebenso unangenehme wie unpopuläre Steuer, an der neben dem direkten Interessenten das ganze Berliner Publikum beteiligt ist, zu Fall zu bringen.

Das Caruso-Fieber grassiert wieder in Berlin. An den Kassen des Opernhauses gab es gestern ein außerordentliches Gedränge und

Geschäfte, um ein Billett zum Caruso-Gastspiel zu erlangen. Ein starkes Schutzmansaufgebot mußte auf, daß sich alle hübsch in Fleisch und Blut ausstellten, die zur Kasse wollten. Hunderte mußten aber ohne Billett abziehen; ihr stundenlanges Warten war vergeblich gewesen.

Vom fensalen Sport. Fünf Pferdestürze verzeichnen die Sportberichte über die letzten Pferderennen. Gerade diese Unglücksfälle lehren so recht deutlich, daß Pferderennen — eigentlich Pferdebegehren — nie und nimmer etwas anderes sind, als ein roher mit größter Schänderei verbundener Sport des Militär- und Zivilabels aller Länder. Es ist die Lust an der Gefahr, die Lust am Wetten, die hier in Erscheinung tritt. Vor allem wird die Pferderaserei als ein Mittel betrachtet, um dem Beschäftigungslosen Abel die ewig drückende Langeweile zu vertreiben. Dabei dient in diesem Falle die Höhe des Sports noch dazu, auch die Besitzlosen in die mannigfachen Gefahren der Geldweiten, das heißt der Geldvergeudung hineinzureißen. In diesem absichtlichen Wettspiel bewilligt der Staat unter der Maske: „Förderung der Pferdebezüge“ Geldmittel.

In früheren Jahrzehnten hatte die alte Fortschrittspartei diese Etatsausgabe öfter beanstandet. Die Adelsmacht des Herrenhauses hatte dann aber stets mit größter Pferdesachkenntnis den Nachweis zu bringen sich bemüht, Pferderennen seien ein wichtiges Mittel zur Förderung der Pferdebezüge.

Staatsmittel für die Sportunterhaltung der Junger sind ein echtes Zeichen des Klassenvorrechts der Besitzenden und der Abhängigkeit der besitzlosen Steuerzahler von den selbst für Vergnügungen bevorzugten Herren des Parlaments und des Klassenwahrechts.

Eine Fortsetzung der militärischen Ueberlandflüge Johannisthal-Döberitz

fand gestern nachmittags gegen 1/4 Uhr statt. Thelen und sein Mechaniker Benmann bestiegen die Maschine und um 3 1/2 Uhr erhob sich die Maschine in die Luft. Nach anderthalb Stunden hatte der Biplan 150 Meter Höhe erreicht und zog in westlicher Richtung davon. Infolge des scharfen Nordwestwindes kam der Aeroplan nur ziemlich langsam vorwärts und erst nach geraumer Zeit wurde das Fahrzeug über Groß-Lichterfelde gestoppt. Thelen flog dann über den Jekendorfer Forst und den Brunwald, passierte die Havel nördlich von Neu-Bladow und steuerte dann direkt auf den Militärflugplatz zu. Um 4 1/2 Uhr landete der Wrightpilot und wurde vom Leutnant Maggenheim empfangen. Der Flug, bei dem Thelen eine Höhe von 500 Meter erreichte, dauerte 1 Stunde 1 Minute.

Selbstmord einer Bierzechnjährligen. Die 14jährige Tochter Alice der in der Amsterdamer Str. 12 in Berlin wohnenden Witwe Heimke hatte sich am Sonntagvormittag aus der elterlichen Wohnung entfernt, um angeblich Verwandte zu besuchen. Bei diesen ist Alice J. jedoch nicht gewesen. Gestern wurde ihre Leiche im Teltowkanal in der Nähe der Adlershofer Brücke aufgefunden. Was das junge Mädchen in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt. Die Mutter steht vor einem Rätsel. Bei der Toten wurde nur das Schulentastungszeugnis vorgefunden.

Schon wieder zwei Personen verbrannt.

In der vergangenen Nacht um 12 1/2 Uhr wurde der 10. Automobilzug aus der Oberberger Straße nach der Eberswalder Straße Nr. 10/17 alarmiert. Dort war in einem Zimmer des Elisabeth-Stifts Feuer ausgebrochen. Es brannten Betten, Möbel, Kleider usw. Als die Feuerwehre hörte, daß das Zimmer bewohnt sei, drangen Feuerwehrmänner sofort ein. Sie fanden die 99jährige Stiftsdame Frau Gregorie verbrannt im Bette liegend. Vermutlich hat die Greisin nachts beim Gebrauch von Streichhölzern die Betten in Brand gesetzt, ist dann ohnmächtig geworden und da keine Hilfe zur Stelle war, verbrannt. Der Brand wurde erst bemerkt, als der Rauch aus dem Zimmer drang. Die Polizei wurde benachrichtigt, die eine Untersuchung einleitete und die Leiche bespaltete.

Der zweite Fall wird aus der Adersstr. 59 gemeldet. Dort geriet in der Küche des Wärters Lenz ein Kinderwagen, der vor dem Kochherd aufgestellt worden war, in Brand. Das in dem Kinderwagen schlafende neun Wochen alte Kind, Fritz Lenz, erlitt so erhebliche Brandwunden, daß es gleich nach dem Lazaruskranen- hause gebracht werden mußte. Dort stellte man fest, daß die Weine bis zum Knie verbrannt waren.

Wegen des schweren Raubes auf dem Bahnhof Großgörschenstraße, über den wir seinerzeit ausführlich berichteten, befinden sich jetzt zwei Verdächtige in Untersuchungshaft. In der Nacht zum 27. August wurde die Kassiererin Fräulein Müller, die nach Schalterwechsel zum Beginn des Frühverkehrs auf dem Bahnhof Großgörschenstraße übermüdet und sich schlafen gelegt hatte, von einem Räuber, der durch das Schalterfenster in ihren Dienstraum einstieg, niedergeschlagen und gewürgt, so daß sie die Verwundung verlor. Der Räuber entfloß dann mit der Kasse, die 800 Mk. enthielt. Unter dem Verdacht, diesen Raub verübt zu haben, wurde bereits im vergangenen Monat ein 25 Jahre alter Schächter Otto Berliner festgenommen. Einige Zeit nach dem Ueberfall erfuhr die Kriminalpolizei, daß Berliner mit dem 20 Jahre alten Schächter Max Adamkiewicz in einer Kasse in der Mulackstraße viel Geld ausgegeben und mit ihm in Streit geraten war. Adamkiewicz hatte von dem Berliner unter Drohungen Geld verlangt, umsonst, als er selbst die Tat ausgeführt, Berliner aber nur Schmiere gefunden habe. Verschiedene Umstände sprechen dafür, daß es sich in diesem Streit um den Raub auf dem Bahnhof Großgörschenstraße handelte. Berliner, der sich hier wohnungslos umhertrieb, wurde im vergangenen Monat aufgegriffen und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Adamkiewicz gelang es bisher, sich allen Nachforschungen der Kriminalpolizei zu entziehen. Gestern endlich wurde er in einer Schankwirtschaft in der Mulackstraße ermittelt und ebenfalls festgenommen. Die Kriminalpolizei brachte auch ihn nach dem Untersuchungsgefängnis, wo er dem Fräulein Müller gegenübergestellt werden soll. Die Verhafteten bestreiten bisher beide, den Raub verübt zu haben.

Auf der Polizeiwache erhängt hat sich vorgestern nachmittags der 58 Jahre alte Arbeiter Josef Lambersky, der seit sechs Wochen wohnungslos war. Lambersky ist verheiratet, seine Frau trennte sich vor sechs Wochen von ihm. Seitdem hatte L. kein Obdach mehr. Vorgestern nachmittags wurde L. in einem Laden in der Anstauerstraße wegen Diebstahls festgenommen und nach der Wache des 49. Reviers in der Mantelstraße gebracht. Dort erhängte er sich in der Zelle mit seinem ledernen Ledriemen.

Dachstuhlbrand in Moabit. In der Waldstr. 41 zu Moabit brach gestern nachmittags ein größerer Dachstuhlbrand aus. Das Feuer war erst bemerkt worden, als aus dem Dachstuhl des Vorderhauses dichter Rauch hervorbrach. Bei Anbruch der Feuerwehr schlugen dann schon helle Flammen empor. Durch unausgesehendes Wassergeben aus zwei Rohren konnte die Gefahr innerhalb einer Stunde beseitigt werden. Der Dachstuhl ist in erheblicher Ausdehnung zerstört. Die Brandursache bedarf noch der Aufklärung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Grenadierstraße 37, Hof 1 Treppe. Heute abend 1/9 Uhr beginnt der Unterricht: „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“. Vortragender: Genosse Julion Vordhardt. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Verfahren gegangen sind am vergangenen Sonntag beim Einlassieren von Verbandsbeiträgen in der Nähe der Garnikauer-, Stolpische und Pinnländische Straße 16 Marlen & 65 Pfenning vom Verband der Bauhilfsarbeiter. Der ehedige Führer wird höchst gebeten, dieselben bei Paul Passfeld, Eichenauer Straße 181 oder Engelfufer 18, vorn III, Zimmer 51 abzugeben.

Zeugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am Mittwoch, den 12. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, eine Frau in der Dorfstraße vor dem Hause Nr. 20 von einer elektrischen Kraftstromleitung überfahren wurde, werden gebeten ihre Adresse bei Richard Groebde, Straßburger Straße 46, vorn 5 Treppen, abzugeben. Auf Kosten werden vergütet.

Bemerkung wird seit dem 18. September 1910 der Arbeiter Richard Kostob geb. 7. Februar 1888 zu Potsdam. Derselbe war bekleidet mit grauem Jackett, dunkler Hose, grün-gepreselter Weste, wollenem Hemd, braune Bismarck-Stiefel, dunkelbraunes Vorhemd mit Streifen, schwarzen Stiefeln und Zugstiefeln. Die Krankenkassenscheine usw. führte derselbe bei sich. Um Nachricht wird gebeten an Herrn Fritz Branzow in Radelendorf, Streitstraße 4.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Heute, nämlich 8 1/2 Uhr, findet der vom Wahlverein veranstaltete künstlerische Vortragsabend im Volkshaus, Rosinenstr. 3, statt. Deklamatorische und Gesangsvorträge werden von Künstlern mit gutem Ruf dargeboten. Wir rechnen auf zahlreichen Besuch. Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. (einschl. Garderobe) sind im Volkshaus bei Weisheit (Stehbierhalle) sowie bei Witz, Kirchstraße 30, noch zu haben.

### Rixdorf.

Der nächste Vortragabend des Genossen Graf findet am Donnerstag, den 20. d. M., statt. Anfang 8 Uhr. Das Thema des Abends lautet: Entwicklung der Arbeiterparteien. Karten für neu hinzukommende Teilnehmer sind noch am Saaleingang zu haben.

### Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Stadtv. Schneider (L.) beantragte zunächst den ersten Punkt der geheimen Sitzung — die Umsatz- und Wertzuwachssteuerordnung — als ersten Punkt der öffentlichen Sitzung zu verhandeln. Beschlossen wurde erst die öffentliche Sitzung zu erledigen.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, dem Vorstand des Brandenburgischen Städtetages den Antrag zu unterbreiten, auf die Tagesordnung des nächsten Brandenburgischen Städtetages folgende an den Reichstag und den Bundesrat gerichtete Petition zu legen: Im Interesse wirksamer und andauernder Bekämpfung der Fleischsteuerung, sind die Hölle auf Futtermittel, Lebendvieh, Fleisch und Fleischwaren außer Kraft zu setzen und die gegen die Einklebung von Seuchen und verdorbenem Fleisch gerichteten Vorkehrungen auf dasjenige Maß zu beschränken, das in Ländern mit so hochentwickelter Viehzucht wie Dänemark, England, Holland, für ausreichend anerkannt ist.

Genosse Bernstein begründete den Antrag dahin, daß die Fleischsteuerung eine allgemeine Erscheinung und vor absehbarer Zeit eine Veränderung nicht zu erwarten sei. Da sei es Aufgabe der Städte, ihre Stimme zu erheben, um den Preis herabzusetzen. Bevor die Hölle nicht aufgehoben, trete keine Veränderung ein. Die von konservativer Seite aufgestellte Behauptung, daß das getrocknete Fleisch minderwertig sei, trifft nicht zu. Die künstlichen Fleischtreiber tragen ferner dazu bei, daß Deutschland aufhöre, auf dem Weltmarkt konkurrenzieren zu können. Diese Gründe seien wohl zu beachten und müßten den Vorstand mit veranlassen, unseren Antrag auf die Tagesordnung zu legen. Die Art, wie das Herrenhaus die von der Stadt Schöneberg und anderen Städten eingereichten Petitionen beantwortet habe, sei eine Schmach. Der Redner kennzeichnete hierbei die Rücksichtslosigkeit der Städtetage, die eine solche den Städten vom Herrenhaus gewordene Mißachtung nicht einmal zurückweisen. Hierbei kam Bernstein auf den letzten Städtetag zu sprechen. Auch die Worte des Rottbuser Oberbürgermeisters Werner, der da meinte, daß die Vororte die Geschwüre Groß-Berlins darstellten, bewiesen den ganzen Tiefstand solcher Städtetage; trotzdem dürfe man sich nicht entmutigen lassen. Gottschalk (Abd. Fraktion) bewunderte den Optimismus des Genossen Bernstein, sprach sich jedoch für den Antrag aus. Redner meinte, wenn es dem Berichterstatter nur nicht so ginge wie ihm als Referenten für das Wahlrecht. Den von ihm unterbreiteten Theisen seien erst vorher die Giftzähne ausgebrochen worden. Außerdem sei ein Umlaufbrief, dem Herr Stadtv. Schneider nicht fernstehe, ihm vorausgeschickt, der besage, daß die Mehrheit des Schöneberger Stadtparlaments nicht auf dem Standpunkt stehe, daß das Wahlrecht verbessert werden müsse. Dieser Umlaufbrief enthalte die Unwahrheit. Redner meinte, der Städtetag sei ein rüchsendes Konglomerat und es wäre besser, wenn Groß-Berlin seinen eigenen Städtetag abhielte. Schneider (sonst. Hausbesitzergruppe) findet es unbegreiflich, wie man so herabwürdigend von dem Herrenhaus sprechen könne. Dem Antrage wurde zugestimmt, obwohl von liberaler Seite der Versuch gemacht wurde, auf Zurückziehung des Antrags einzuwirken. Zugestimmt wurde ferner der Herstellung der Hochkanäle in der Innendruck-, Mühl-, Freiherz- und Stein-, Salzburger Straße und Rathausplatz. Nimmehr gelangte die Erwähnung einer Ehrengabe an Veteranen zur Verhandlung. Die gemilderte Deputation hatte beschlossen, denjenigen Kriegsteilnehmern (Kombattanten) an dem Feldzuge 1870/71 oder an einem von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriege, die am 1. September 1910 hier wohnhaft waren, eine einmalige Ehrengabe zu gewähren und zwar: a) den fremder Wahrung und Pflege bedürftigen Veteranen mit einem Einkommen bis 600 M. einschließlich eine Ehrengabe von 80 M.; b) den sonstigen Veteranen mit einem Einkommen bis 900 M. einschließlich eine Ehrengabe von 40 M.; c) den Veteranen mit einem Einkommen von über 900 M. bis 1800 M. einschließlich eine Ehrengabe von 80 M. Hierzu lag ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor, der verlangte zu beschließen bei a) 80 M., bei b) 60 M. und c) 90 M. einschließlich 1830 M. 40 M. und bei 1850 M. bis 1800 M. 30 M. zu gewähren. — Genosse Küter betonte, daß da es das Reich an der Erfüllung seiner Pflichten diesen Leuten gegenüber fehlen lasse, sollte wenigstens die Kommune sich solchen Anträgen gegenüber geneigt zeigen. Der Abstand von 900 M. bis 1800 M. sei doch zu groß, um einen einigermaßen gerechten Ausgleich zu schaffen. Die Liberalen Brunnhuber und Gottschalk hielten diesen Antrag für befremdend und für eine Wahlmanöver. Die zu gewährenden Sätze wären bereits die höchsten und darüber hinaus sollte man nicht gehen. Für eine gerechtere Verteilung sei man nicht zu haben, es sei alles geschehen. Der Kammerer Machowicz wies darauf hin, daß der gesamte Betrag sich auf 15 000 M. beläuft, da noch Weidungen hinzugekommen seien; er empfehle Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Bei der Abstimmung stimmten 21 Liberale gegen den Antrag, während außer den Sozialdemokraten auch die Hausbesitzergruppe und Liberale Vereinigung insgesamt 19 Stimmen auf den Antrag vereinigten. Darauf wurde der Magistratsantrag einstimmig angenommen. — In die Wohlfahrtsdeputation wurde Genosse Müllender, in den Ausschuss zur Vergrößerung und Bedeckung der Veranda des Verwaltungsgebäudes auf dem Niesefeld die Genossen Baumig und Reich und als Armenpfleger Genosse Hartung gewählt.

### Die neue Umsatz- und Wertzuwachssteuerordnung.

Die Urteile vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärte Umsatz- und Wertzuwachssteuer hat den hiesigen Magistrat veranlaßt, mit größter Beschleunigung in der vergangenen Woche eine neue Umsatz- und Wertzuwachssteuerordnung auszuarbeiten, mit der sich am letzten Montag die Stadtverordnetenversammlung in geheimer Sitzung beschäftigte. Im Anschluß an diese Sitzung stimmte dann noch in der Nacht der Magistrat den von den Stadtverordneten Verantwortl. Redakteur: Carl Dermuth, Berlin-Rixdorf. Für den

vorgenommenen Änderungen zu. Infolgedessen war es möglich, die neue Umsatz- und Wertzuwachssteuerordnung noch im Laufe des gestrigen Dienstags dem Bezirksausschuß, dem Regierungspräsidenten und dem Oberpräsidenten von Brandenburg vorzulegen. Alle drei Behörden haben der neuen Steuerordnung unverzüglich nach Prüfung ihre Genehmigung erteilt und noch am Abend des gestrigen Dienstags trat die neue Umsatz- und Wertzuwachssteuerordnung für Schöneberg in Kraft.

### Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Das ungeschickliche Eingreifen der Polizei gelegentlich der Lichtbildervorträge des Genossen Graf macht einen weiteren Vortragsabend erforderlich. Dieser wird am Freitag, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Schwarz, Möllendorferstr. 25/26, stattfinden. Das Thema des Vortrages lautet: Das Zeitalter der Erdgeschichte. Für Teilnehmer ohne Teilnahmeerkarten wird, zur Deckung der Unkosten, ein Eintrittsgeld von 15 Pf. erhoben.

### Ober-Schöneweide.

Nach jahrelangem vergeblichen Petitionieren ist nun endlich doch die Gemeinde in den postkassen Nachbarortsverkehr mit Berlin und zugleich mit Karlsruh eingereicht worden; dies hat zur Folge, daß auch alle mit Berlin im Nachbarortsverkehr stehenden Orte mit einbegriffen sind. Es steht demnach Ober-Schöneweide jetzt im Nachbarortsverkehr mit: Berlin, Baumhauensweg, Vorklagen-Kummelberg, Brig, Charlottenburg, Friedenau, Friedrichsfelde, Groß-Lichterfelde, Grunewald, Halensee, Heinersdorf, Hohen-Schönhausen, Karlsruh, Konowitz, Lichtenberg, Mariendorf, Nieder-Schöneweide, Neu-Lichtenberg, Nieder-Schönhausen, Kohnsdamm, Pantow, Wilmersdorf, Reinickendorf-Ost und West, Rixdorf, Samargendorf, Schöneberg, Steglitz, Stralau, Südlende, Tempelhof, Treptow, Weihensee, Westend, Wilhelmshagen, Wilmerdorf. Es kosten gewöhnliche Briefe bis 250 Gramm in diesem Gebiete 5 Pf. Porto.

### Waldershof.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Gemeindevorsteher die Schreiben der Schöffen Dr. Ehrmann und Kaiser und der Gemeindevorordneten Dr. Franke und Kosside, die ihre Ämter in der Vertretung niederlegen. Herr Dr. Ehrmann ist besonders durch die Vereinbarung der einzelnen Parteien verärgert, nach der bei der Zusammenlegung von Kommissionen jede vorhandene Parteigruppierung gleichmäßig berücksichtigt werden soll. Zum 1. April 1911 muß die höhere Schule wiederum um eine Klasse vermehrt werden und sollen die Stellen eines Oberlehrers und einer Lehrerin ausgeschrieben werden. Die Ortsschule für das Kuratorium der höheren Schule wurde ohne Änderung genehmigt. Die Anschaffung eines Klavierstuhls zum Preise von 1600 M. für dieselbe Schule wurde bis nach der Etatberatung vertagt. Die Schuldeputation wurde auf Befehl der Regierung um eine Kapazität vermehrt. Der katholische Pfarrer des Ortes wird nunmehr auch sein Auge über unsere Kinder wachen lassen. Zu dem Gesuch der freiwilligen Sanitätskolonne um Ueberlassung der Turnhalle beantragten unsere Genossen die Ablehnung. Der hiesige Arbeiterturnverein hatte des öfteren schon um die Ueberlassung der Turnhalle petitioniert. Jedemal wurde der Antrag durch die Gemeindevertretung abgelehnt. Unsere Genossen vertreten den Standpunkt, daß bei Ueberlassung der Turnhalle an private Vereine der Arbeiterturnverein, der seit langem die Ueberlassung beantragt hatte, als erster zu berücksichtigen sein. Der Antrag der freiwilligen Sanitätskolonne wurde abgelehnt. Für einzelne Teile des nördlich der Bismarckstraße, zwischen Sedanstraße und Wöhrerfeld gelegenen Feldweges hatten die Anlieger 15 M. pro Quadratmeter geboten. Da bei früheren Verkäufen einzelner Teile des Feldweges 25 M. erzielt wurden, wurde das Angebot abgelehnt. Die Luftbarkettsteuer, die in der Kommissionsfassung bedeutende Erhöhungen vorseh, wurde angenommen. Unter Geschäftliches teilte der Gemeindevorsteher die Genehmigung der erhöhten Hundesteuer mit. Von den Vertretern des Grundbesitzervereins wurde der Gemeindevorsteher interpelliert über den Stand der Verhandlungen betr. den Bau der elektrischen Straßenbahn nach Köpenick, über den in Aussicht stehenden Kommunalsteuerzuschlag für das nächste Etatsjahr, über die Vergütung der Schreibmaterialien und die Zuschünderarbeiten und über die Delegation von Gemeindevertretern zu den Sitzungen des Vorortvereins. Zur Verantwortung auf dieser Anfragen erklärte der Gemeindevorsteher: daß die Verhandlungen mit Köpenick wieder aufgenommen sind, aber schon jetzt gesagt werden kann, daß Köpenick eine garantierte Gewinnbeteiligung nicht zugesprochen wird, sondern nur einen Gewinn von der Bruttoeinnahme. Der Kommunalsteuerzuschlag hängt mit der Besteuerung des Postziffus zusammen, doch glaubt der Gemeindevorsteher, daß die Besteuerung bleiben und dadurch eine Erhöhung des Kommunalsteuerzuschlages nicht erfolgen wird. Es sei Aussicht vorhanden, auf 150 Proz. wieder herabzugehen. Zum Schluß teilte der Gemeindevorsteher noch mit, daß er eine Vorlage vorlegen werde, nach der eine Delegation zu den Versammlungen des Vorortvereins möglich sei.

### Nieder-Schönhausen-Nordend.

Der hiesige Bildungsausschuß veranstaltet am Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Etablissement Sanssouci (Inhaber A. Tusch), seinen ersten Theaterabend. Zur Aufführung gelangt: „Asfernenluft“, Schauspiel in vier Akten von Hermann Martin Stein und Ernst Schöngen. Eintrittskarten a 60 Pf. sind in den bekannten Verkaufsstellen und bei den Bezirksführern zu haben.

### Vorfingwalde-Wittenau.

Aus der Gemeindevertretung. Bei den geschäftlichen Mitteilungen gibt der Gemeindevorsteher Witte bekannt, daß die August-Schulze-Stiftung genehmigt worden ist. Ein Teil der Zinsen soll am 21. Oktober an Bedürftige zur Verteilung gelangen; der Rest der Zinsen soll zu einem Fonds für kranken Kinder aufgesammelt werden. Beschlossen wurde, daß Steuerbeträge unter 1 Mark von zuziehenden oder nach auswärts ziehenden Personen nicht mehr eingezogen werden sollen. Eine Debatte entspann sich über die Abänderung des Paragraph 3 der Gaslieferungsbedingungen (Zahlung der Einrichtungskosten). Von unserer Seite wurde festgestellt, daß Zuleitungsrohre vom Hauptrohr bis an die polizeilich festgelegte Baufluchtlinie auf Kosten der Gemeinde zu legen. Beschlossen wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, das Zuleitungsrohr nur bis an die Grundstücksgrenze zu ziehen. Die Gemeinde Wilmersdorf wurde in den Kanalisationsverband aufgenommen. Das Krankenhaus der Gemeinden Reinickendorf, Ziegel, Wittenau und Rosenthal soll am 1. November seiner Bestimmung übergeben werden. Zu den Einweihungsfeierlichkeiten sollte die Gemeindevertretung 3000 M. bewilligen. Das wurde abgelehnt. Für die Kolonie Vorfingwalde wurde der Bau eines neuen Schulhauses mit Turnhalle im Werte von 55 000 M. beschlossen. Ein sehr schlechtes Geschäft macht die Gemeinde mit der Verpachtung des Restaurants an den Restaurateur Brandenburg. Das Grundstück kostete der Gemeinde 180 000 M. Für Renovationsarbeiten des Lokals wurden 30 000 M. ausgegeben. Restaurateur Brandenburg zahlt eine jährliche Pacht von 4 000 Mark, so daß die Gemeinde in jedem Jahr für die Vergütung der 210 000 M. mehrere 1000 Mark draufgeben muß.

### Bruchmühle-Nadebrüll.

Auf zur Gemeindevahl! Am morgigen Donnerstag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr, finden am hiesigen Ort die Gemeindevahlen statt. Die Gegner, besonders die Mitglieder des Vorortvereins, sind unter Anwendung des kräftigsten Terrorismus bemüht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Auch der im Ort angestellte Lehrer Strube leistet im Wahlkampf sein Möglichstes gegen die Sozialdemokratie. Daraus erhellt für die Arbeiter, daß sie alles anwenden muß, um dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Die Berliner Arbeiter, soweit dieselbe mit hiesigen Wählern zusammenarbeiten, ersuchen wir, letztere auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen.

kräftigen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Die Berliner Arbeiter, soweit dieselbe mit hiesigen Wählern zusammenarbeiten, ersuchen wir, letztere auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen.

### Teltow.

Am Montagmorgen verunglückte der bei der Firma Rixe beschäftigte 68 Jahre alte Teltowener Wilhelm Wittke, indem er beim Wasserholen an der Mittelmühlende des Gleichgewichts verlor, in den Teitowkanal stürzte und in den Fluten verschwand. Sofort aufgenommene Rettungsversuche blieben leider ohne Erfolg. Erst am gestrigen Tage gelang es die Leiche des Wittke zu bergen.

### Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Berlin Südost. Die Heringspartei, welche der Protestversammlung wegen verweigert wurde, findet am Sonntag, den 21. Oktober, statt. Die Treffpunkte sind dieselben, wie schon bekannt: 7 Uhr Jugendversammlung am Marklammerplatz; Sanitätswoche am Ködler Bahnhof; Genußausflüge. Teilnahmeort: 20 Pf. Eltern sind herzlich willkommen. Das Lokal ist „Abendrot“ bei Köpenick.

Freie Jugendorganisation der östlichen Vororte. Heute Mittwoch, den 19. Oktober, 8 Uhr pünktlich, findet im Lokal von Steiner, Kronprinzenparken, Frankfurter Chaussee, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Zimmermann über „Schuldenlasten Jugend und Jugendorganisation“. Redegänger, Kolleginnen! Sorgt für Massendruck. Gäste und Eltern willkommen.

## Aus der Frauenbewegung.

Mutterrecht. Die „Deutsche Gesellschaft für Mutterrecht und Kinderrecht“ veranstaltet am 19. Oktober 8 1/2 Uhr im Berliner Rathaus, Saal 109, eine Versammlung mit Vortrag. Thema: Was ist Mutter- und Säuglingsfürsorge? Referent ist Herr Dr. Augendreich. Eintritt 20 Pf. für Mitglieder, 50 Pf. für Nichtmitglieder.

In einer vom „Bund für Mutterrecht“ einberufenen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Dr. David über das Thema „Sozialreform und Sexualauslese“. Der Redner führte aus, daß die Sozialreform nicht etwa, wie ihr seit Darwin immer wieder vorgeworfen werde, durch Erhaltung des Schwachen und Minderwertigen eine natürliche Auslese verhindere und dadurch die Degeneration fördere. Das Ziel der Sozialreform sei gar nicht, den Schwachen in rassenhygienischem Sinne zu schützen, den allein wirtschaftlich Schwachen wolle sie vor Vernichtung durch Profitinteressen bewahren und sei somit vordecia und Erhalterin der höchsten menschlichen Werte. Allerdings gewinne der Einwand einen Schein von Recht, daß die Sozialreform überhaupt jede Auslese innerhalb der Klasse verhindere, da sie nichts vernichte und somit neben dem wertvollen auch den minderwertigen Menschen erhalte und seine Fortpflanzung ermögliche. Dies beweise inoffiziell nur, daß die Sozialreform allein nicht zu dem erhofften Ziele führe, sondern daß als ein zweites Hebel hier die Sexualauslese einsetzen müsse, und zwar neben der Auslese des Individuums bei der Wattenwahl auch die Keimauslese, indem sonst gesunde Eitern Sorge tragen, daß sie nicht zu Zeiten körperlicher oder seelischer Schwäche zur Zeugung fähigen und somit ungünstig beeinflussten Keimzellen zur Entwicklung bräuchten.

In den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion.

Erklärung. Das frühere ungarische Parteimitglied Alpari sendet uns folgende Erklärung:

„In der Nr. 237 vom 9. Oktober 1910 des „Vorwärts“ wird in dem Artikel „Bürgerliche Kritik der Kopenhagener Frauenkongress“ u. a. gesagt:

„Über auch eine Frau Alpari aus Ungarn soll sich beschwert haben, daß die ungarische Sozialdemokratie die Frauenbewegung nicht nur ungenügend unterstützt, sondern sogar die Bekämpfung“ der Frauenstimmrechtsbewegung seitens der ungarischen Parteileitung soll „längst“ bekannt sein. Präzise sein Doktor: Diese „Frau“ Alpari (Alpari) war erstens ein Mann und zweitens einer, der von der ungarischen Partei ausgeschlossen ist wegen Verbreitung unwahrer Nachrichten über sie im Ausland.“

Dazu habe ich folgendes zu bemerken:

Den Artikel des Redakteur Knappstein kenne ich nicht. Sowie ich entnehme ich aber aus dem „Vorwärts“, daß sie meine Ausführungen in Kopenhagen mit dazu benützt, um die Sozialdemokratie im allgemeinen als eine unzureichende Vorkämpferin der Frauenrechte hinzustellen. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich auf der Konferenz nichts gesagt habe, was eine solche Schlussfolgerung zuläßt. Ich habe nämlich dort ausdrücklich hervorgehoben, daß der ungarische Parteikongress vom Jahre 1908 die Agitation für das Frauenwahlrecht einem jeden Genossen zur Pflicht machte, und ferner, daß die Kongresse vom Jahre 1909 und 1910 im ähnlichen Sinne beschlossen haben. Allerdings sagte ich auch, daß die Parteileitung diesen Beschluß nicht nachgekommen sei und las als Beleg einige Stellen aus dem Zentralorgan vor. Aber ich setzte hinzu, daß eine große Anzahl Genossen und Genossinnen dieses nicht billigten. Im Namen dieser begrüßte ich den Antrag der deutschen Genossinnen, von dessen Annahme wir erwarteten, daß er uns den Rücken stärken und den Sieg der sozialdemokratischen Auffassung im ungarischen Wahlrechtskampfe beschleunigen werde. Wie aus dieser Rede Waffen gegen die Sozialdemokratie geschmiedet werden können, bleibt mir ein Rätsel.

Im weiteren behauptet Alpari, zu Unrecht ausgeschlossen worden zu sein. Er stellt dazu folgende Behauptung auf: Zwei Instanzen hätten nicht auf Ausschluß erkannt und bei der dritten, die ihn mit einer geringen Majorität ausschloß, hätte man ihm keine Gelegenheit gegeben, sich zu verteidigen. Ferner hätten sich nach dem Ausschluß eine Reihe zur Partei gehörige Organisationen mit ihm solidarisch erklärt und deutsche Parteiblätter beschäftigt ihn weiterhin als Korrespondenten.

### Witterungsänderung vom 18. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (mm am)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (Luft)	Temp. in C. (Regen)	Stationen	Barometer (mm am)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (Luft)	Temp. in C. (Regen)
Sonnenberg	764	S	3	Rebel	7	0	Charlottenburg	760	W	2	halb bed.	0	0
Danzburg	764	W	3	Rebel	6	0	Charlottenburg	763	W	2	wollig	7	0
Berlin	764	S	1	bedeckt	4	0	Stettin	764	S	4	bedeckt	13	0
Königsberg	765	W	2	Rebel	9	0	Worms	760	W	3	halb bed.	5	0
München	765	W	1	wollig	8	0	Wien	767	S	3	wollig	10	0
Wien	767	S	1	Rebel	4	0							

Wetterprognose für Mittwoch, den 19. Oktober 1910. Bittlich neblig oder wollig, am Tage ziemlich mild bei schwachen südwestlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 10.	am 18. 10.	Wasserstand	am 17. 10.	am 18. 10.
Remel, Elbe	113	-3	Saale, GutsMuths	86	+8
Bregel, Jüterburg	72	-5	Qabel, Spandau	78	+3
Wiegels, Thorn	38	-6	Waldow, Potsdam	98	+0
Oder, Ratibor	170	-6	Stree, Spremberg	98	0
Krossen	211	-11	Beeslow	-155	0
Hannfurt	223	-15	Seier, Witten	-96	+2
Waldow, Elbe	22	-4	Witten	-12	0
Regel, Brandenburg	-5	-1	Rhein, Pommern	376	-4
Regel, Brandenburg	-13	+1	Rhein	178	-7
Regel, Brandenburg	59	-4	Rhein	169	-5
Dresden	-68	-10	Redar, Gellhorn	62	+10
Borb	188	-11	Rain, Weichsel	-	-
Regensburg	162	-6	Rossl, Trier	86	0

\*) + bedeutet Sturm, - Stille. \*) Unterstrichen. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.